ISSN 2072-781X

aep informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft e.V. 45. Jahrgang Nr. 2/2018, Preis € 6,00

MIND THE GAP

23% weniger in der Tasche ...

Frauen verdienen in Österreich fast ein Viertel weniger als Männer.

Das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern wird als Einkommensschere oder **„Gender Pay Gap"** bezeichnet. Im Jahr 2014 verdienten Frauen – gemessen an den Bruttostundenlöhnen von Männern – um 23% weniger als Männer.

Diese – im europäischen Vergleich – sehr großen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich machen die bis heute bestehende Ungleichheit besonders sichtbar.

... umso mehr Barrieren

- **Ungleiche Verteilung „privater" Versorgungsarbeit („Care"):** Frauen arbeiten und leisten viel, sehr oft aber unbezahlt. Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege und Sorge um andere brauchen viel Zeit. Noch immer gibt es das Vorurteil, Frauen seien „von Natur aus" für diese Tätigkeiten zuständig.
- **Teilzeit:** Fast jede 2. Frau, aber nur jeder 10. Mann in Österreich arbeitet Teilzeit.
- **Niedriglohnbereich – Arbeiten ohne Existenzsicherung („Working Poor"):** Jede vierte erwerbstätige Frau in Österreich (25%) arbeitet im Niedriglohnbereich (Im Vergleich dazu arbeiteten z.B. 2013 nur 8% der Männer im Niedriglohnbereich).
- **„Gläserne Decke":** Aufstiegsmöglichkeiten und Führungspositionen bleiben Frauen oft versperrt.

TRADITIONELLE GESCHLECHTERBILDER UND GESCHLECHTSSPEZIFISCHE ARBEITSTEILUNG LASSEN DIE EINKOMMENSSCHERE AUSEINANDERKLAFFEN.

Geschlechtsspezifische Bewertung von Arbeit

In Berufen und Branchen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, sind Leistungen geringer entlohnt. Viele dieser Arbeitsbereiche werden als „weiblich" angesehen (Kinderbetreuung, Pflege, haushaltsnahe Tätigkeiten wie Putzen). Diese werden mit „weiblichen Eigenschaften" (z.B. Fürsorglichkeit) und nicht mit Qualifikation und Leistung in Verbindung gebracht.
Die Entwertung der Arbeit von Frauen hat eine lange historische Tradition.

Weitreichende Folgen

- Abhängigkeit von Anderen – meistens von (Ehe-)Männern
- Existenzielle Ängste, Sicherung des finanziellen Überlebens als Dauerproblem
- weniger Möglichkeiten der Teilhabe am sozialen, kulturellen, politischen Leben
- (Alters-)Armut, geringe Pensionen
- ...

Es könnte schon lange ganz anders sein

Der Politik stünde ein **Bündel an Maßnahmen** zur Verfügung, um eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu gewährleisten. Die Umsetzung scheitert am politischen Willen. So ist die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit" bis heute ein **„Prinzip ohne Praxis"** geblieben.

Gleicher Lohn

feminism loaded

Bildnachweis

[1] www.facebook.com/genderwagewatchers/photos
[2] Sujet von Christine Prantauer im Rahmen des Kulturprojekts: „Ausgestrickt und eingenommen. Eine feministische Raumpflege in 2 Arbeitsgängen", ArchFem, Innsbruck 2006.
[3] Foto: copyright Sigrid Schönfelder, Graz, 8. März 2016. Demonstration zum Internationalen Frauentag.

Hier die Vorderseite des Roll Ups „Mind the Gap – Gleicher Lohn"
Die Rückseite dieses Roll Ups auf S. 59.

feminism loaded

Wanderausstellung zu Feminismus und Frauenbewegungen

Feminism loaded ist eine Projekt des Arbeitskreises Emanzipation und Partnerschaft – AEP

Geschichte und Aktualität von Frauenbewegungen und Feminismus sind zentral für die Demokratisierung der Gesellschaft. Sie sind jedoch bis heute nicht im kollektiven Gedächtnis verankert – weder in Schulbüchern noch in der medialen Öffentlichkeit.
Vor diesem Hintergrund stellt die Wanderausstellung **feminism loaded** zentrale Themen wie Gewalt gegen Frauen, Einkommensdiskriminierung, Pflege und Sorgearbeit, die Unterscheidung Sex-Gender oder geschlechtsspezifische Rollenbilder zur Diskussion und vermittelt Denkanstöße. Die Ausstellung wird in den Folgejahren zu vielen öffentlichen Orten wandern und kann von Schulen, Bildungshäusern oder Kultureinrichtungen angefordert werden.

Medium Roll Up

Kernelement der Ausstellung sind 10 bedruckte Roll Ups (85 x 200 cm). Sie beschäftigen sich mit zentralen Themen der feministischen Wissenschaft und Frauenbewegung:

Mind the Gap – Gleicher Lohn
No Go – Gewalt
Who Cares – SorgeArbeit
Barbie meets Ken – Körper und Norm
It's a girl – Rollen und Bilder
Another World – Männlichkeit(en)
It's time – FrauenPolitik
We can do it – Frauenbewegung Österreich
Global Feminism – Frauenbewegungen International
No Way – Backlash

Jedes Roll Up ist doppelseitig bedruckt. Die eine Seite des Roll Ups orientiert sich am Medium Sprache und gibt Denkanstöße aus feministischer Wissenschaft und frauenbewegten Debatten. Das jeweilige Thema folgt einem klar strukturierten Aufbau: Gesellschaftliche Bedingungen, wichtige inhaltliche Impulse, Schlüsselsatz ähnlich einer Formel und ein (positiver) Ausblick. Drei Bildelemente (Illustration, künstlerisches Bild und dokumentarisches Bild) unterstützen das Thema.

INHALTSVERZEICHNIS

FEMINISM LOADED – EINE AUSSTELLUNG DES AEP

Editorial ... 4

1997 das erste Frauenvolksbegehren ... 6
Das Frauenvolksbegehren von 1997 – Fokus: Tirol Monika Jarosch ... 7
Presseerklärung: 30 Tiroler Fraueninitiativen stellen sich hinter das Frauenvolksbegehren! ... 10

DAS FRAUEN*VOLKSBEGEHREN 2018

Frauen*Volksbegehren 2.0 – Eines für alle Lena Jäger ... 12
- **Die neun Forderungen –** Präambel ... 16
- Vorbemerkungen von Elisabeth Grabner-Niel und Verena Sperk ... 17
- Macht teilen ... 18
- Einkommensunterschiede beseitigen ... 20
- Armut bekämpfen ... 22
- Arbeit verteilen ... 24
- Wahlfreiheit ermöglichen ... 26
- Selbst bestimmen ... 28
- Vielfalt leben ... 30
- Gewalt verhindern ... 32
- Schutz gewähren ... 34

Die Tiroler Aktionistas* für das Frauen*Volksbegehren 2.0 Elisabeth Grabner-Niel ... 36
„Warum ich mich engagiere“ Stimmen von Tiroler Aktionistas* ... 38

Direkte Demokratie in Österreich – ein Überblick Sarah Ertl ... 40
Volksbegehren alt und neu Max Preglau ... 42
Auf geht’s in die Vergangenheit! Monika Jarosch ... 43
wortraum – plattform oberländer autorInnen ... 47
Rezensionen ... 50

Offenlegung nach dem Mediengesetz:
Medieninhaber und Verleger: AEP (s. Impressum). Die AEP-Informationen sind eine feministische Zeitschrift, die zur Auseinandersetzung mit der patriarchalen Mitwelt und zum Widerspruch anregen wollen. Sie möchten dazu beitragen, die widerständigen Kämpfe von Frauen zu dokumentieren und die vielfältigen Existenzweisen von Frauen sowie die Freiräume, die sich Frauen immer schaffen und geschaffen haben, sichtbar zu machen. Unser Anspruch ist es, Hierarchien in den Geschlechterverhältnissen aufzudecken sowie der Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen und den gewalttätigen Strukturen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft entgegenzuwirken. Damit wenden sich die AEP-Informationen gegen alle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die weibliche Lebensmöglichkeiten einschränken und streben eine umfassende Veränderung des von Herrschaft gekennzeichneten Geschlechterverhältnisses an.

Liebe Leserinnen und Leser,

ein frauenpolitisches Jahrzehnte-Ereignis wie das aktuelle Frauen*Volksbegehren verdient eine Ausgabe der AEP Informationen. Die Darstellung der einzelnen Forderungen gibt sowohl Einblick in konkrete schwierige Lebenslagen von Frauen, macht aber darüber hinaus auch gesellschaftliche benachteiligende Strukturen sichtbar. Die vorgeschlagenen Lösungsansätze berühren ebenfalls gleichzeitig reale Lebenssituationen und Perspektiven auf einen grundlegenden Wandel in Richtung einer menschengerechteren Zukunft. Die Zusammenschau dieser Ebenen macht deutlich: Lebensentscheidungen, die als individuell bestimmt und den eigenen Wünschen folgend erscheinen, sind stark von strukturellen Möglichkeiten vorgegeben. Die neun Forderungen zeigen auch die Widersprüchlichkeiten, denen Frauen* in einer patriarchalen Gesellschaft ausgesetzt sind, als Stichworte: die Sorge für pflegebedürftige Menschen durch unbezahlte Arbeit ist nach wie vor fast alleinige weibliche Verantwortung, gleichzeitig ist jedoch eine halbwegs beruhigende ökonomische Absicherung nur durch Erwerbsarbeit gegeben.

Dieses Frauen*Volksbegehren stößt eine frauenpolitische Diskussion an, die ein besseres Leben anstrebt. Die Ausgabe der AEP Informationen soll dazu ein Beitrag sein. Sie möchte eine breite feministische Debatte anregen, selbstkritische Reflexionen ermöglichen und schließlich auch Lust auf mehr machen. Denn eine lebhafte Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen benötigt neue Ideen, neue Visionen und auch neue Utopien.

Die aktuelle Ausgabe der AEP Informationen verfolgt daher mehrere Ziele:

Zum einen geht es uns darum, auf die Kontinuität frauenpolitischer zivilgesellschaftlicher Initiativen hinzuweisen. In diesem Sinn erhält auch das Frauenvolksbegehren von 1997 einen Platz und die Verbindung damit wird deutlich gemacht.

Neben der Auseinandersetzung mit den neun Forderungen im Detail möchten wir uns auch das Instrument Volksbegehren als solches genauer ansehen. Wie verortet es sich eigentlich in politischen Prozessen der „direkten Demokratie"? Welche Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung bietet es uns?

Schließlich ist uns auch wichtig, die Motivation der beteiligten Aktivist*innen sichtbar zu machen. Ein derart großes zivilgesellschaftlich getragenes Projekt ist nicht möglich ohne das Engagement von vielen Einzelnen. Hier sind individueller Einsatz, langer Atem, gute Vernetzung, konstruktives Miteinander und das Aushalten von Unterschiedlichkeiten gefragt. Warum tun sie sich das überhaupt an? Dies haben wir bei den Tiroler Aktionistas* nachgefragt.

Abschließend noch eine Anmerkung zum Sternchen: Die Schreibweise Frauen* macht sichtbar, dass die gesellschaftliche Konstruktion von Geschlechterrollen gemeint ist, die dem weiblich verorteten Teil der Bevölkerung nach wie vor engere Handlungsspielräume erlaubt, weniger Entfaltungsmöglichkeiten und ein geringeres Maß an selbstbestimmter Lebensgestaltung zugesteht. Diese wünschen wir uns jedoch für alle! So lautet auch das Motto des Frauen*Volksbegehrens: Eines für alle.

Andrea Urthaler, Elisabeth Grabner-Niel und Monika Jarosch

Elisabeth Grabner-Niel und Verena Sperk haben dieses Heft gestaltet: Elisabeth Grabner-Niel ist Mitglied im Vorstand des AEP und Koordinatorin des Frauen*Volksbegehrens in Tirol. Verena Sperk ist Mitarbeiterin in der Bildungs- und Beratungseinrichtung „Frauen aus allen Ländern".

Die Eintragungswoche für das Frauen*Volksbegehren wurde auf 1. bis 8. Oktober 2018 festgesetzt.

Wenn bereits eine Unterstützungsunterschrift geleistet wurde, zählt diese bereits. Das heißt: nur 1 x unterschreiben!

Alle Wahlberechtigten ab 16 Jahren können das Frauen*Volksbegehren unterstützen, bei jedem Gemeindeamt (amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen!), unabhängig von der Wohnsitzgemeinde, per Bürger*innenkarte oder per Handy-Signatur.

www.frauenvolksbegehren.at

IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck (vertreten durch Dr. Monika Jarosch)

Für den Inhalt verantwortlich: die Redaktion. Grafik: büro54. Druck: dps Arnold.

Die in den namentlich gekennzeichneten Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit jenen der Redaktion identisch sein.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 30.4.2018. Die nächste Ausgabe der AEP-Informationen erscheint Anfang September 2018 – Redaktionsschluss hierfür ist der 31.7.2018.

Redaktion: Elisabeth Grabner-Niel, Monika Jarosch, Andrea Urthaler. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe wurde inhaltlich gestaltet von Elisabeth Grabner-Niel und Verena Sperk.

Titelbild/Illustrationen: Nachweise bei den Fotos.

1997

DAS ERSTE FRAUENVOLKS-BEGEHREN

1997 DAS ERSTE FRAUENVOLKSBEGEHREN

Internationaler Frauentag. Foto: privat/Frauenvernetzung für Begegnung und Austausch/AEP

Vom 7. bis 14. April 1997 wurde in Österreich das erste „Frauenvolksbegehren" durchgeführt. Es wurde von 11,17% der Wahlberechtigten (644.665 Personen) unterstützt.

„Alles, was Recht ist!"

„Als Reaktion auf die beiden von der Koalitionsregierung beschlossenen Sparpakete und auf die zunehmend verstummende Frauenbewegung und Frauenpolitik initiierte das **Unabhängige-FrauenForum (UFF),** eine überparteiliche Plattform, 1997 ein Frauenvolksbegehren. „Alles, was Recht ist!", lautete das Motto des Frauenreferendums, das 11 Forderungen beinhaltete.

Der Text des ersten Frauenvolksbegehrens

„Die UnterzeichnerInnen des Frauen-Volksbegehrens fordern den Beschluss folgender bundesgesetzlicher Maßnahmen:

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist im Bundes-Verfassungsgesetz zu verankern. Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) verpflichtet sich damit zum aktiven, umfassenden Abbau der Benachteiligungen von Frauen. Die tatsächliche Gleichberechtigung ist insbesondere durch folgende gesetzliche Maßnahmen herzustellen:

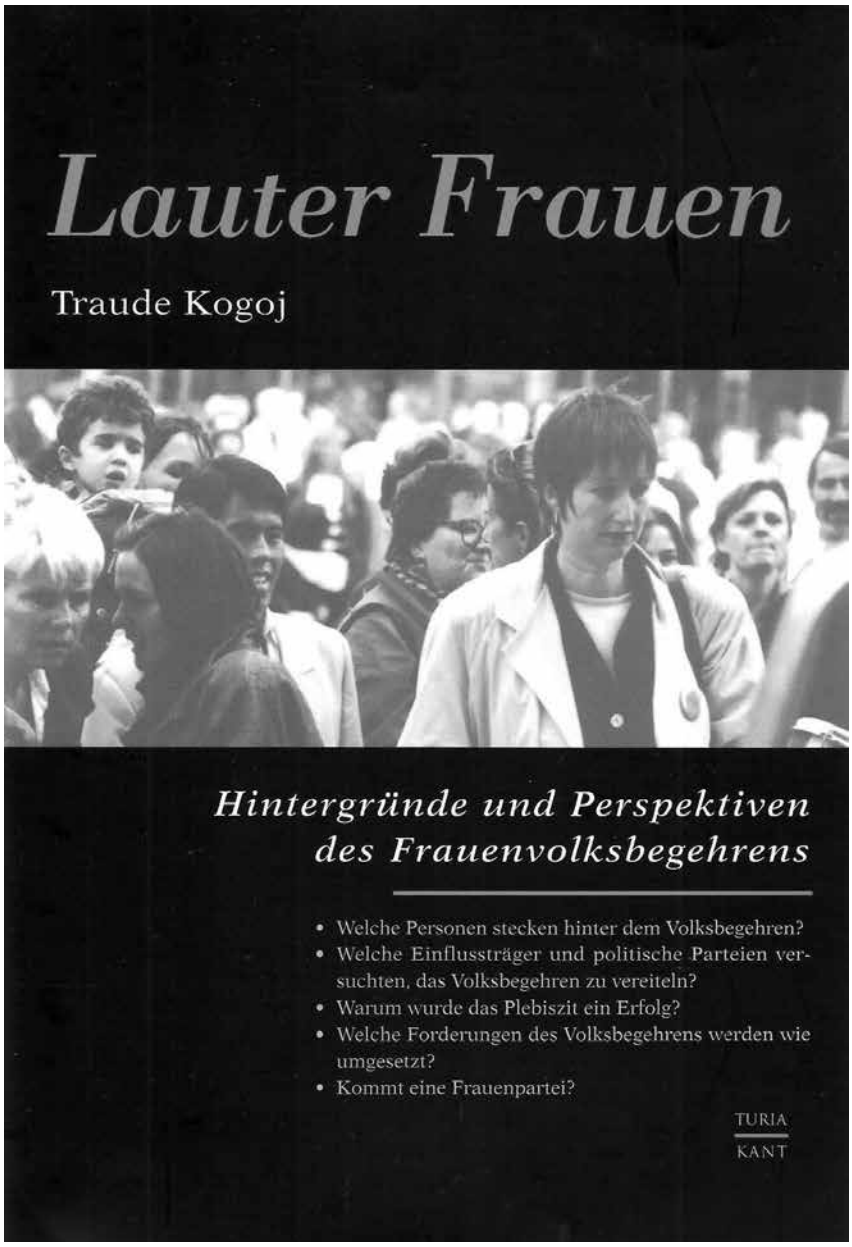
- Unternehmen erhalten Förderung und öffentliche Aufträge nur, wenn sie dafür sorgen, dass Frauen auf allen hierarchischen Ebenen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten sind.
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist anzustreben. Deshalb ist ein Mindesteinkommen von S 15.000,- brutto, das jährlich dem Lebenskostenindex angepasst wird, zu sichern.
- Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind arbeits- und sozialrechtlich der vollen Erwerbstätigkeit gleichzustellen.
- Keine Anrechnung des PartnerIneinkommens bei Notstandshilfe und Ausgleichszulage.
- Die Gleichstellung der Frauen muss auch durch staatliche Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Die Bundesregierung hat geschlechtsspezifische Statistiken zu den Themen Beruf und Bildung zu erstellen und jährlich zu veröffentlichen.
- Jeder Mensch hat das Recht, Beruf und Kinder zu vereinbaren. Daher hat der Gesetzgeber für die Bereitstellung ganztägiger qualifizierter Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen zu sorgen. Tagesmütter sind auszubilden und arbeits- und sozialrechtlich abzusichern.
- Zwei Jahre Karenzgeld für alle AlleinerzieherInnen.
- Gesetzlich garantierter Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes mit Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit.
- Ausdehnung der Behaltefrist am Arbeitsplatz nach der Karenzzeit auf 26 Wochen.
- Jeder Mensch hat das Recht auf eine Grundpension, die nicht unter dem Existenzminimum liegen darf. Wenn ein/e Lebenspartner/in nicht erwerbstätig ist, hat der/die andere dafür Pensionsbeiträge zu zahlen. Kindererziehung und Pflegearbeit wirken pensionserhöhend.
- Keine weitere Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen, bevor nicht die tatsächliche Gleichberechtigung in allen Bereichen gegeben ist."

DAS FRAUENVOLKSBEGEHREN VON 1997 – FOKUS: TIROL*

Monika Jarosch

Zahlen

Die mediale Präsenz war sehr gut, besonders die Medienfrauen der Tiroler Tageszeitung und des ORF-Landesstudios Tirol hatten sich mit Berichten, Interviews und Hörfunksendungen intensiv eingebracht. Höhepunkt der Radioberichterstattung war die Ausstrahlung von „Tirol-Thema" in der letzten Woche vor der Eintragungszeit, eine Sendung um die Mittagszeit, in der die Frauenreferentin des Landes Tirol, Elisabeth Stögerer-Schwarz, und ich selbst HörerInnenanrufe beantworteten, die teilweise sehr kritisch waren. Auch in der Tiroler Tageszeitung (TT) war in der Woche vor dem 14. April eine ganze Seite dem Thema Volksbegehren gewidmet mit Interviews, Meinungen und einem Inserat. TT und Bezirksblätter brachten die Presseaussendung („30 Tiroler Frauenorganisationen unterstützen das Frauenvolksbegehren!"), in den Bezirksblättern erschien ein von mehreren Frauenorganisationen (SPÖ, Grüne, LIF, BDF, Frauen im Brennpunkt und AEP-Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft) finanziertes Inserat. Die Ausnahme war – wie so oft, wenn es um Frauenagenden geht – die Kronenzeitung, die sich zum Frauenvolksbegehren mehr oder weniger ausschwieg.



Grundsätzlich unterstützen alle unabhängigen Frauenorganisationen das Frauenvolksbegehren durch Aufrufe an ihre Mitglieder, hinzugehen und abzustimmen. Besonders erwähnt sei hier die Katholische Frauenbewegung, die sich trotz ihrer weltanschaulichen Nähe zur ÖVP auf die Seite der BefürworterInnen stellte und für viele ihrer Frauengruppen Informationstage und -abende abhielt. Über Aufrufe und veröffentlichte Zustimmungserklärungen hinaus war der Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft (AEP), dem ich selbst angehöre, aktiv beteiligt durch die Einrichtung einer „Hotline" zum Frauenvolksbegehren, die mit medialer Unterstützung in der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde: Sechs Wochen lang, dreimal die Woche, konnten Informationen über Eintragungs- und Öffnungszeiten sowie Auskünfte über die Inhalte des Volksbegehrens eingeholt werden.

Beim AEP kamen Studentinnen und unabhängige Befürworterinnen zusammen, um Telefondienst zu machen, Plakate zu kleben und Falter zu verteilen. Hier fanden sich auch Frauen aus den Parteien (mit Ausnahme der ÖVP) und ein paar unabhängigen Organisationen ein, die das Geld für ein Inserat in den Bezirksblättern zusammenbrachten.
Die SPÖ-Frauen, die Grüne Frauenorganisation, das Liberale Forum, die freiheitlichen Frauen und der Bund demokratischer Frauen beteiligten sich aktiv und intensiv an der Bewerbung. In den Bezirken, in Innsbruck selbst, überall gab es Informationsabende, Informationsstände, Falterverteilungen und Plakataktionen.

Der bittere Beigeschmack

Nur der Tiroler Frauenrat, ein Zusammenschluss von über 33 Frauenorganisationen aus den Parteien, der Wirtschaft, dem Sozialbereich und unabhängigen Organisationen hat versagt. Ja – das Frauenvolksbegehren selbst wurde zum Anlass (wenn auch nicht als alleinige Ursache) seiner Auflösung. Trotz Beschlussfassung in der Vollversammlung, eine unterstützende Presseerklärung zu veröffentlichen, verweigerten sechs Frauengruppen aus der ÖVP, ÖVP-Bünden und der Partei nahestehenden Institutionen im Nachhinein die Zustimmung zum Medientext, teilweise mit der Begründung, übergeordnete Gremien hätten anders entschieden. Im Grunde bedeutete dies, dass viele Frauen im Tiroler Frauenrat nicht eigenständig entscheiden konnten. So erfolgte in der letzten Sitzung im Juni 1997 die Auflösung dieses Gremiums. Die Presseerklärung wurde mit dem Titel „30 Frauenorganisationen in Tirol unterstützen das Frauenvolksbegehren" dennoch herausgegeben und fand großen Widerhall in den Medien.

Stimmung, Bedingungen und Ursachen

Bei dieser Vielfalt und Vielzahl an Aktivitäten, bei dieser erfreulichen Medienresonanz hätte frau erwarten können, dass mehr als 7% der Tiroler Wahlberechtigten unterschreiben würden. Woran lag es, dass es nicht mehr waren?
Das Interesse an entsprechenden Informationen war doch groß: Überall wurde diskutiert und debattiert, die Gespräche waren spannend und intensiv. Auch aus Schulen kamen Anfragen: LehrerInnen fragten nach Informations- und Grundlagenmaterialien, und so fand z.B. in der HAK Wörgl unter großer Beteiligung eine Podiumsdiskussion mit der Frauenreferentin, der Vizepräsidentin der Arbeiterkammer und anderen statt, bei der die SchülerInnen Kenntnisse und Wissbegier zeigten.

* Ganz wesentlich, gerade für Tirol, war die eindeutige Ablehnung durch die ÖVP und die ÖVP-Frauenbewegung. Zwar versicherten deren VertreterInnen immer wieder, es sei jeder/jedem freigestellt, eine eigene Entscheidung zu treffen, aber die massiven Gegenargumente der Tiroler Nationalrätin Kathi Horngacher, von WirtschaftsvertreterInnen sowie von den SpitzenfunktionärInnen wurden medial groß verbreitet und den BefürworterInnen immer und überall entgegengehalten. Hier zeigte sich meiner Meinung nach ganz besonders deutlich die Männerdominanz innerhalb dieser Partei sowie die mangelnde Eigenständigkeit der ÖVP-Frauenbewegung.
* In Innsbruck selbst gab es nur ein Abstimmungslokal. Angesichts der geringen Beteiligung an den Volksbegehren der Jahre zuvor, bei denen es immer bis zu 15 Stellen gegeben hatte, meinten die Stadtoberen, diesmal mit einer einzigen Örtlichkeit das Auslangen finden zu können. Also gab es nur ein Lokal (wenn auch mit mehreren Schaltern) für fast 80.000 Wahlberechtigte, während in Salzburg-Stadt mit seinem überragenden Ergebnis für 98.000 Stimmberechtigte 16 Wahllokale geöffnet waren. Auch das Wissen darüber, wo unterschrieben werden konnte, war nicht gut verbreitet, trotz guter Presseberichterstattung und Aufklärung.
* Hinsichtlich der ländlichen Gebiete mit vielen kleinen und sehr kleinen Gemeinden liegt die Vermutung nahe, dass hier die Abgabe einer Unterstützungsunterschrift gesellschaftlich doch mit Schwierigkeiten verknüpft ist, wird doch damit öffentlich, wenn frau sich zu Frauenanliegen bekennt, auch wenn mir Frauen versicherten: „Nein, da haben wir keine Angst!" Aber schon das Bewusstsein, es könne schwierig werden, genügte.
* Ein weiterer Aspekt könnte in „Trägheit und Gleichgültigkeit" gesehen werden, in dem Sinn, dass es vielen nicht der Mühe wert war, den Weg ins Abstimmungslokal zu nehmen und die Unterschrift zu leisten. Ein patriarchales Familienmodell und ein

traditionelles Frauenbild scheinen mir besonders in Tirol noch weit verbreitet zu sein. Aus persönlicher Erfahrung weiß ich, dass viele Frauen zwar selbstbewusst sind und sich Freiräume schaffen können, dies aber nur im privaten Raum. Wenn es um den öffentlichen Raum, wenn es um Politik geht, zögern sie, sich gegen den Willen ihrer Ehemänner zu stellen, um vielleicht nicht auch ihren kleinen privaten Freiraum zu gefährden.

* Die ärgerliche Konnotation des Begriffes „Feminismus" mit „gesellschaftszerstörend", „familienzersetzend", weil „männerfeindlich". So wurde mir selbst oft von Frauen gesagt, wenn das Frauenvolksbegehren für die Frauen sei, ja, dann würden sie unterschreiben; aber „feministisch" wollten sie nicht sein, und irgendwie feministisch sei das Ganze doch.
* Das „Ja, aber!"-Syndrom: Ja, mit vielem sei Frau/Mann einverstanden, aber der/dem Einen fehlten wichtige Punkte im geforderten Maßnahmenkatalog, Anderen waren manche Punkte zuviel und eine Separatabstimmung fehle. Einige dieser „Ja, aber-Punkten" möchte ich hier aufzählen:

So war vielen die Forderung nach verfassungsrechtlicher Verankerung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen unverständlich, sogar unter Juristinnen, die einwandten, es gäbe doch den Gleichberechtigungsgrundsatz in der Verfassung. Andere bemängelten, dass so wesentliche Punkte wie Schwangerschaftsabbruch, die Ausländerinnenproblematik oder Gewalt an Frauen nicht mitberücksichtigt worden seien. Die massivsten Einwendungen kamen von der Gruppierung „Frau in der Wirtschaft" im Tiroler Wirtschaftsbund. Es würden Forderungen aufgestellt, die zwar sehr idealistisch klängen, die aber von kontraproduktiver wirtschaftlicher Wirkung seien. Arbeitsplätze für Frauen könnten nicht dadurch gesichert werden, dass für Klein- und Mittelbetriebe künstlicher Gegenwind erzeugt werde. Frauenspezifische Belastungen wie die Ausdehnung der Behaltefrist am Arbeitsplatz verhinderten geradezu Frauenarbeitsplätze. Bei Notstandshilfe und Ausgleichszulage wurde gefordert, die Solidarität der Partner zu verlangen und erst subsidiär die Gemeinschaft der SteuerzahlerInnen heranzuziehen. Genauso kontraproduktiv sei ein gesetzlich garantierter Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes mit Rückkehrrecht auf den Arbeitsplatz.

Insgesamt bewirkten die Gespräche und Diskussionen jedoch schon, dass Frauenanliegen bewusster und öffentlicher wurden. Sie verbreiterten die Kenntnis über die Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen gegen Frauen, die sich nicht nur im Erwerbsleben konkretisieren.

* Die Geschichte der Volksbegehren in Österreich zeigt, dass entsprechende Initiativen, die nur von einer einzelnen Partei unterstützt wurden, keinen Erfolg hatten, und dass hingegen solche, die von breitem überparteilichen Konsens getragen wurden, eher Zustimmung im Parlament fanden. So ist es immer wichtig darauf hinzuweisen, wie sehr das Frauenvolksbegehren von unabhängigen Organisationen getragen wurde, haben sich doch in vielen Bundesländern Plattformen zur vernetzten Unterstützung gebildet. Ein weiterer zentraler Punkt für Tirol liegt darin, den Frauen und Männern nahe zu bringen, dass bei einer Unterstützung von Frauenanliegen die Entscheidung für eine Partei ganz im Hintergrund stehen sollte.

LAUTER! FRAUEN!

Anmerkung

* Dieser Artikel ist ein leicht gekürzter Beitrag aus: Traude Kogoj (1998). Lauter Frauen. Hintergründe und Perspektiven des Frauenvolksbegehrens. Verlag Turia + Kant Wien, ISBN 978-385132-171-5, 284 S.

30 TIROLER FRAUENINITIATIVEN STELLEN SICH HINTER DAS FRAUENVOLKSBEGEHREN!

Presseerklärung 1997

Vom 7. bis 14.4.1997 liegt das Frauenvolksbegehren österreichweit in allen Gemeindeämtern zur Unterschrift auf. 30 Tiroler Fraueninitiativen rufen die Tiroler Bevölkerung zum aktiven Eintreten für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf.

Die 30 Fraueninitiativen setzen sich für die Veränderung und Verbesserung der Lebenssituation von Frauen ein und fühlen sich Fraueninteressen verpflichtet.

Die grundsätzliche Botschaft des Frauenvolksbegehrens baut auf der Tatsache auf, dass Frauen trotz bestehender Gesetze nach wie vor benachteiligt sind, zum Beispiel bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Alterssicherung.

Ziel ist es, dass diese grundsätzlichen Anliegen auf parlamentarischer Ebene zunächst thematisiert und dann politischen Lösungen zugeführt werden.

Naturgemäß müssen die einzelnen Forderungen noch genau diskutiert werden – genau das ist das Anliegen eines Volksbegehrens.

Mit der Unterschrift fordern die BürgerInnen die politische Verantwortlichen auf, gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen und praktisch zu ermöglichen.

Neben den Tiroler Fraueninitiativen wird das Frauenvolksbegehren von Frauen und Männern aus allen gesellschaftlichen, politischen und konfessionellen Organisationen und Initiativen unterstützt:

AEP-Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft; Arbeitsmarktservice Tirol-Frauenreferat; BERTA; Berufsförderungsinstitut; Bund demokratischer Frauen; Evangelische Frauenarbeit Tirol-Salzburg; Fachschaft Geiwi; Frauenorganisation der Tiroler Grünen; Frauenreferat des Landes Tirol; Frauenselbsthilfe nach Krebs für Tirol; Freiheitliche Frauenorganisation; Insieme; Katastrophenhilfe Österr. Frauen; Katholische Frauenbewegung; Kontaktstelle für Frauen im LSR; Liberales Forum Tirol; Lions Victoria Innsbruck; ÖGB-FSG-Frauen; ÖH-Innsbruck-Frauenreferat; Österreichisches Frauenform - Feministische Theologie; Referat Frau und Familie der Stadt Innsbruck; SPÖ-Frauen Tirol; Tiroler Beschäftigungsverein; Tiroler Plattform für Alleinerziehende; Verein selbstorganisierter Kindergruppen; Verein Tiroler Juristinnen; Wissenschaftsladen Innsbruck; Zentrum Frauen im Brennpunkt; Zonta Club Innsbruck I; Zonta Club Innsbruck Tyrol

Internationaler Frauentag 2018. Foto: privat/Frauenvernetzung

DAS FRAUEN*-VOLKSBEGEHREN 2018

FRAUEN*VOLKSBEGEHREN 2.0 – EINES FÜR ALLE

Eine kurze Skizze über wer, warum, was und wie

Lena Jäger

„Wir freuen uns, Sie am 28.4. im Kosmos Theater begrüßen zu dürfen, wenn wir unsere Initiative, unsere Agenda und die Beweggründe für ein neues Frauen*Volksbegehren vorstellen wollen. Es freut uns, unsere Initiative in diesem Rahmen – in Anwesenheit von Vertreterinnen des Frauen*Volksbegehrens 1997 – präsentieren zu dürfen." (Quelle: OTS, Aviso: Pressekonferenz "20 Jahre Frauen*Volksbegehren – Jetzt erst recht!" vom 19. April 2017)

Mit diesen Worten ging die erste Presseaussendung des neues Frauen*Volksbegehrens am 19. April 2017 hinaus an die Öffentlichkeit und bestätigte damit erstmals offiziell die ersten aufkeimenden Gerüchte. Seitdem kämpft die Initiative Frauen*Volksbegehren dafür, die Ungleichbehandlung und systematische Benachteiligung von Frauen* in Österreich sichtbar zu machen.

Im folgenden Artikel möchte ich als eine der Erstinitiatorinnen kurz skizzieren wann, wie und warum sich diese Initiative gebildet hat. Als Historikerin verweise ich zu Beginn darauf, dass es so viele verschiedene Sichtweisen der Ereignisse geben wird, wie es daran beteiligte Frauen* gibt. Deswegen bemühe ich mich um eine schnörkellose Darstellung und bleibe bei den vorliegenden Quellen.

Quelle: Frauen*Volksbegehren

Die ersten Anfänge

Im November 2016 bekam ich in der Gruppe eines business-Netzwerkes mit, dass die damaligen ObFrauen* ein Treffen planten um eventuell ein neues Frauen*Volksbegehren zu starten und zu schauen, wer Lust hat sich daran zu beteiligten, und so meldete ich mich, wie ca. 30 andere Frauen* auch, für das Treffen am 18. November 2016 an. Ich schrieb: „Würde mich gerne an der Konzeption des Frauen*Volksbegehrens 2017 beteiligen. Wenn ich was mitbringen soll, bitte schreiben." Das Wohnzimmer, in dem wir uns trafen, war voll. Die Frauen* jung, ich mit meinen damals 35 Jahren war fast die älteste. Wir redeten drei Stunden, sammelten Beweggründe, spekulierten über die bevorstehenden Wahlen, die Präsidentschaftswahl in den USA und die Bundespräsidentschaftswahl in Österreich. Spürbar lag die Furcht vor einem möglichen backlash im Raum. Wir waren uns einig,

eine Zeit des Umbruchs kommt auf uns zu und wir wollten mitbestimmen...
Auch redeten wir über die Finanzierung, darüber wem die Benachteiligung der Frauen* etwas bringt und wer ein Interesse hätte, uns zu unterstützen. Wenige der Frauen* waren bereits politisch aktiv, aber alle sofort bereit ihre persönlichen Netzwerke zur Verfügung zu stellen. Das erste Treffen im neuen Jahr sollte dann zum konstituierenden Moment werden.

Gesagt getan – egal was passiert

Wissend um den Ausgang beider Wahlen, trafen wir am 7. Jänner 2017 in einem Plenum von über 50 Frauen* die Entscheidung, ein neues Frauen*-Volksbegehren zu starten. Egal was passieren würde. Eine erste Struktur wurde beschlossen und in den Tagen und Wochen danach ein Arbeitsmodus gefunden, der in seinen Grundfesten nach wie vor von uns gelebt wird. Das Team *Kommunikation* bestand aus ursprünglich vier Frauen* und sollte unseren Auftritt, unser Corporate Design entwickeln. Das *Legal Team,* verantwortlich für die Generierung der Forderungen und der Struktur des Vereins sowie aller rechtlichen Fragen, hatte einen doppelköpfigen Lead, die Teams *Budget, Netzwerk* und *Aktionismus* hatten jeweils eine Frau* im Lead. Diese neun Frauen* trafen sich ab sofort einmal wöchentlich zum Orga-Jour-fixe. In diesem Gremium wurden alle Entscheidungen getroffen, basisdemokratisch, dementsprechend konnten und können diese Sitzungen schon auch mal sehr lang und anstrengend sein.

Anfang Februar entschieden wir, der Einladung zur Teilnahme an der Pressekonferenz am 28. April 2017 zum Jubiläum des ersten Frauen*Volksbegehrens zu folgen. Wir hatten die Planungstreffen zu den Feierlichkeiten von Beginn an besucht und die teilnehmenden Frauen* darüber informiert, was wir planten. Es schien uns ein schöner Bogen am Jubiläumstag quasi die Bombe platzen zu lassen und die Öffentlichkeit über unser Vorhaben zu informieren. Wir hatten also von Anfang Jänner an gute drei Monate Zeit an den Forderungen, unserer Corporate Identity und unserer gesamten Infrastruktur zu arbeiten. Im Wesentlichen waren zu dem Zeitpunkt neben den neun Frauen* des Orga-Teams um die 15 bis 20 Frauen* tätig.

Der Anspruch: eine Initiative für alle

Keine Entscheidung ist leichtfällig gefallen, die selbstgestellten Ansprüche waren sehr hoch. Unser inklusiver, intersektionaler Frauen*begriff stand von Beginn an fest. Gut die Hälfte von uns sind im queerfeministischen Umfeld verankert. Wir waren uns einig, dass dieses Frauen*Volksbegehren für alle sein sollte. Zuerst wollten wir auf die Diskriminierung auf Grund des weiblichen Geschlechts hinweisen als einenden Moment, darüber hinaus auf weitere bestehende Diskriminierungen und Mehrfachbenachteiligungen. Wir fragten uns, wie wir die Forderungen generieren sollten. Wir waren uns unserer Privilegien bewusst. Wir hatten gerade einen Altersabstand von gut 10 Jahren, hatten alle eine akademische Bildung. Daher sahen wir uns außerstande Forderungen für alle Frauen* aufstellen zu können. Letztlich erstellten wir einen Fragebogen mit drei Fragen, den wir dann österreichweit an Frauen*organisationen verschickten. Herzstück war die Frage nach drei gewünschten Forderungen für ein mögliches neues Frauen*Volksbegehren. Wir fragten nach einer Kontaktperson, und der Bereitschaft zur Mitarbeit an unserer Initiative. Das erste Mal benannten wir, wer wir waren und was wir wollten. Wir schrieben:

Wer wir sind: Derzeit diskutiert eine Gruppe von Privatpersonen aus unterschiedlichen frauen*politischen und beruflichen Kontexten über die Abhaltung eines Frauen*-Volksbegehrens. Die Entscheidung darüber, ob, wie und wann eine solche Initiative gelauncht wird, wird in den nächsten Wochen getroffen.

Unsere Vision ist:
1) Feminismus salonfähig machen!
2) Nach unserem erfolgreichen Frauen*Volksbegehren sind Frauen* bei allen politischen Entscheidungen mit dabei statt mitgemeint.
3) Die formal von der Verfassung garantierten Rechte von Frauen* werden tatsächlich von allen umgesetzt.
(Quelle: Fragebogen Google-Doc, erstellt am 22. Februar 2017, aus dem Archiv des Frauen*Volksbegehrens)

Die Vision in die Politik tragen

Natürlich hatten wir darüber nachgedacht, ob es unbedingt ein Volksbegehren sein müsste. Wir wollten

dezidiert das Wort an die Politiker*innen Österreichs richten, an alle Parteien, und wir wollten vor allem, dass sie uns antworten. Uns eint die Überzeugung, dass alle Menschen in einer Gesellschaft gleich viel wert sind. Das österreichische Parlament lässt zu, dass unsere Leistungen tagtäglich schlechter bezahlt, weniger gesehen und weniger geschätzt werden. Wir wollen uns befreien von der latenten Schuld, die auf den Schultern einer jeden Frau* liegt: Die Schuld, es nicht zu schaffen – nicht zu schaffen, Karriere zu machen, einen perfekten Haushalt zu führen, gut auszusehen und dabei entspannt zu sein und natürlich jung zu bleiben und bescheiden. Die gläserne Decke war da. Wir spürten sie und einige von uns hatten sich schon ziemlich an ihr gestoßen. Außerdem hatten wir alle Mütter, Großmütter, Tanten, von denen einige, diese Schuld tragend, daran zu Grunde gingen oder verbitterten. Unseren Töchtern soll es anders gehen. Wir wollen nicht länger wegschauen. Laut sagen wir, dass wir – genauso gut ausgebildet wie männliche Mitbewerber – nicht akzeptieren, weniger zu verdienen oder weniger gefordert und gefördert zu werden. Wir schauen hin auf den unglaublichen Pensionsunterschied von knapp 50% in diesem Land. Eine Zahl, die uns sagt: Ihr, euer Leben, eure Leistungen sind nur halb so viel wert wie die eurer Brüder, Söhne, Enkel oder die eurer Männer. Und ja, Frauen* empfinden dafür Schuld, zwar nicht alle gleich stark, aber die wenigsten sind frei davon.

Die Forderungen gehen an die Öffentlichkeit

Zurück zur Entstehung der Forderungen. Alle Antworten, die uns erreichten, wurden ausgewertet. Wir kategorisierten und clusterten. Innerhalb eines Monats trafen wir uns immer wieder in kleineren und größeren Besetzungen. Am 21. April 2017 wurden die Forderungen in einem Plenum von 18 Frauen* beschlossen. Die erste Fassung hatte 15 Forderungen, die sich in jeweils fünf Forderungen der Bereiche Arbeit & Wirtschaft, Familie & Gesundheit, Gesellschaft & Politik gliederten.

Langsam wurde die Zeit knapp, es waren noch genau sieben Tage bis zur Pressekonferenz, und genauso partizipativ, wie wir die Forderungen aufgestellt hatten, planten wir auch die Finanzierung. Wir hatten ein Budget aufgestellt, das von Mindestkosten um die 300.000 Euro ausging. Also konzipierten wir eine Crowdfunding Kampagne um die ersten 100.000 Euro einzunehmen. Es war uns ernst mit der breiten Bewegung aus der Zivilbevölkerung. Die letzten Tage hatten wir alle schlaflose Nächte, ein Vorgeschmack darauf, wie es in den vielen Monaten nach der Pressekonferenz werden würde.

Am 28. April 2018 trafen wir uns zwei Stunden vor der Pressekonferenz. Wir gingen noch einmal alles durch, besprachen die Aufgaben und den Zeitplan. Wir schalteten unsere Website und unsere Social-Media-Kanäle frei. Der Vorhang fiel: Teresa Havlicek als Sprecherin unserer Initiative saß gemeinsam mit Eva Rossmann, Sonja Ablinger, Maria Rösslhumer, Uli Weish und Hannah Steiner am Podium, um Bilanz zu ziehen, was sich in den Jahren zwischen dem ersten Frauen*Volksbegehren und diesem Tag getan hat. Und in der Bewertung dieses Punktes liegt auch der Grund für unsere Initiative.

Zwei zentrale Fragen

Zwei der meist gestellten Fragen an uns sind: Warum braucht es ein neues Frauen*Volksbegehren und warum sollte es dieses Mal erfolgreich sein? Ich beantworte diese Fragen gerne aus vollem Historikerinnenherz: Es gibt keinen Grund zu glauben, dass dieses Frauen*Volksbegehren erfolgreicher oder wenig erfolgreicher wird als das erste. Volksbegehren sind in Österreich per se keine Erfolgsgeschichte, und trotzdem ist es wichtig, sie zu stellen und vom Recht auf direkte Demokratie Gebrauch zu machen. Am Ende reicht es, es als eine Art Protest zu betrachten. Wir protestieren und die Regierung und das gesamte Parlament muss sich mit unserem Protest auseinandersetzen, denn wir haben die notwendigen 100.000 Stimmen erreicht um im Parlament behandelt zu werden. Wir haben genau 247.436 Unterschriften bekommen und sagen danke an jede*n Unterstützende*n. Eure Stimme macht uns stark. Darüber hinaus sollte Schweigen und sich das Unrecht anschauen, einfach weil es eh nichts bringt, keine Option sein. Heute genauso wenig wie damals und schon gar nicht in Zeiten wie diesen.

Bisher Erreichtes und nächste Schritte

Seit dieser Pressekonferenz hat sich einiges getan: Wir sind mittlerweile österreichweit über 500 Aktionistas*, es gibt Gruppen in sieben Bundesländern und wir konnten über 600 Aktionen durchführen. Wir haben die Forderungen in einem langen Prozess noch einmal überarbeitet, geschärft und in eine andere Form gebracht. Wir haben bis zum heutigen Tage 200.000 Euro generieren können. Wir wissen, dass wir in den Ausschüssen sitzen werden, und wir wollen uns gut vorbereiten. Deswegen heißt es jetzt noch einmal alles geben. **Die Eintragungswoche steht fest! 1. bis 8. Oktober 2018.** Dann sind es beinahe zwei Jahre für mache von uns. Zwei Jahre, in denen das Frauen*Volksbegehren für die meisten ganz oben stand. Einige der Erstinitiatorinnen konnten unserer Initiative nicht mehr diese Priorität in ihrem Leben einräumen und das ist verständlich. Tatsächlich sind es geschätzt um die 27.000 ehrenamtlichen Stunden, die geleistet wurden. Multipliziert mit dem Durchschnittsnettostundenlohn der Gastronomie von 7,91 Euro ergibt sich daraus ein Wert von 213.030 Euro. Eigentlich müsste der Stundenlohn ja auch mehr betragen, denn wir sind, Kellner*innen, Verkäufer*innen, Lehrende, Vortragende, Manager*innen, Grafiker*innen, Pressesprecher*innen und Jurist*innen. Oft alles gleichzeitig. Und damit wir mit einer weiteren breit angelegten Kampagne noch viel mehr Menschen davon überzeugen können zu unterschreiben, findet von 8. Mai bis zum 5. Juni 2018 eine weitere Crowdfunding Kampagne statt, um all die Filme, Info-Materialien und Aktionen sowie ein bundesweites Treffen finanzieren zu können. Wir bitten um eine weitere Investition von 10 Euro um Österreich zukunftsfähig zu machen. Für echte Gleichwertigkeit.

Quelle: Verein Frauenvolksbegehren 2.0

Autorin
LENA JÄGER ist Projektleiterin und eine der Erstinitiatorinnen des Frauen*Volksbegehrens 2.0, umtriebig in Kultur, Bildung und Genuss – immer kompromisslos feministisch.

DIE NEUN FORDERUNGEN DES FRAUEN*VOLKSBEGEHRENS 2.0

Vision einer besseren Gesellschaft für alle

Es ist Zeit
Wir erheben unsere Stimmen!
Für unsere Großmütter und Mütter.
Für uns.
Für unsere Kinder und Enkelkinder.
Für alle, die nach uns kommen.
Wir sind stark.

Wir fordern gleiche Chancen für alle Menschen.
Ungeachtet von Status, Bekenntnis und Herkunft.
Unabhängig von Beeinträchtigungen.
Solidarisch mit jenen, die Diskriminierung
und mehrfach Benachteiligung erfahren.
Wir halten zusammen.

Es ist Zeit, sich zu lösen.
Wir wollen frei entscheiden, wie wir leben.
Selbstbestimmt wählen, wen wir lieben.
Ohne Geschlechterrollen und Klischees.
Gelöst von gesellschaftlichen Normen.
Für eine Welt voller Vielfalt.

Es ist Zeit, zu kämpfen.
Wir fordern Sichtbarkeit und Mitsprache.
Für alle Bevölkerungsgruppen.
In Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.
In allen Bereichen des Lebens.
Für echte Gleichwertigkeit.

Es ist Zeit, zu handeln.
Wir begehren Veränderung
In Österreich und überall sonst auf der Welt.
Heute für morgen.
Einfach und klar.

Wir sind in Bewegung.
(Präambel des Frauen*Volksbegehrens, www.frauenvolksbegehren.at)

Frauen* Volksbegehren *

VORBEMERKUNGEN

Elisabeth Grabner-Niel, Verena Sperk

Die Forderungen verfolgen ein zweifaches Ziel: Der Alltag von Frauen* soll konkret verbessert und gleichzeitig sollen gesellschaftliche diskriminierende Strukturen, die zu diesen Problemlagen führen, verändert werden. Die Richtschnur ist die Vision einer besseren Gesellschaft für alle.

Die neun Forderungen beziehen sich auf drei Bereiche: die gerechte Verteilung von ökonomischen Ressourcen und Entscheidungspositionen, ein Aufbrechen einengender Stereotypien sowie Schutz vor Gewalt.

Jeder einzelnen Forderung ist eine Doppelseite gewidmet. Die ausformulierten Forderungen sind den Netzseiten des Frauen*Volksbegehrens entnommen und sind in Schilderungen von Lebensrealitäten, Info-Kästen mit Tiroler und österreichischen Zahlen oder auch anschaulichen Grafiken eingebettet. Dazu wurden verschiedene Quellen herangezogen: der Tiroler Gleichstellungsbericht von 2016, Daten der Statistik Austria und diverse Medien. Berichte von Frauenprojekten oder Einrichtungen, die mit den angesprochenen Problemlagen befasst sind, machen sichtbar, was individuelle Frauen bzw. -initiativen bereits täglich in den entsprechenden Bereichen an feministischer Arbeit leisten.

Jede dieser Forderungen kann aus verschiedensten Blickwinkeln betrachtet werden. Hier können nur wenige davon zur Sprache kommen, und dies in einer subjektiven Auswahl. Die schlaglicht-artige Darstellung soll zum eigenen Weiterforschen anregen.

Die neun Forderungen des Frauen*-Volksbegehrens sollen Ausgangspunkt für viele Gespräche sein, für eine Meinungsbildung durch kritische Einwände gegenüber einzelnen Forderungen und damit eine allgemeine Thematisierung von feministischen Vorstellungen anstoßen. Diese Ausgabe der AEP Informationen möchte dazu einen Beitrag leisten.

Die neun Forderungen auf einen Blick:

- Macht teilen
- Einkommensunterschiede beseitigen
- Arbeit verteilen
- Armut bekämpfen
- Wahlfreiheit ermöglichen
- Selbst bestimmen
- Vielfalt leben
- Gewalt verhindern
- Schutz gewähren

Brunch zum Internationalen Frauentag 2018 im AEP, Foto: Monika Zanolin

MACHT TEILEN DAS IST GERECHT

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen*. Trotzdem nehmen sie an Entscheidungstischen in der Wirtschaft und in der Politik nicht die Hälfte der Plätze ein. Daher braucht es eine verpflichtende Geschlechterquote von 50% auf allen Ebenen.

Nadja, 32, hat direkt nach ihrem Master in Informatik eine rasche Karriere hingelegt. Nach fünf Jahren, in denen sie einmal befördert wurde, wird der Abteilungsleiter*innen-Posten ausgeschrieben. Sie hat dafür die idealen Qualifikationen und rechnet sich gegen ihren männlichen Mitbewerber* gute Chancen aus. In einem letzten Gespräch fragt ihr Chef* Nadja über ihr Privatleben aus, wobei sie manche Informationen nicht preisgibt. Ein paar Tage später bekommt sie eine Absage: Sie sei zwar die qualifizierteste Bewerberin* gewesen, allerdings stellen ihr Alter und ihr potentielles Kinderkriegen ein zu großes Risiko dar. Die Wahl fiel deshalb auf einen männlichen Mitbewerber*.

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- die Hälfte aller Plätze für Wahllisten und in Vertretungskörpern auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene für Frauen* und Männer*
- die Hälfte aller Plätze in politischen Interessensvertretungen und der Sozialpartnerschaft sowie in diversen öffentlichen Beiräten, Gremien, Kommissionen etc. Für Frauen* und Männer*
- die Hälfte aller Plätze in Leitungs- und Kontrollgremien von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften für Frauen* und Männer*
- wirksame Sanktionen, wenn die Quoten nicht erfüllt werden.

Warum steht Frauen* jeder zweite Sitz am Entscheidungstisch zu?

Österreich ist eine repräsentative Demokratie. Aber Frauen* sind nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils vertreten. Deswegen stehen entscheidende Anliegen von Frauen* auf der politischen Agenda meist ganz unten und viele Probleme bleiben ungelöst liegen. Wenn Frauen* in der Minderheit sind, werden ihre Stimmen in Diskussionen oft nicht ernst genommen und ihre Leistung zu wenig gewürdigt.

Insbesondere trifft dies auch in der heimischen Privatwirtschaft zu, wo der Männer*Anteil in Vorständen und Aufsichtsräten unverändert bei 90% liegt. Und das, obwohl es nachgewiesen ist, dass Unternehmen insgesamt profitieren, wenn Entscheidungsgremien die gesamte Gesellschaft repräsentieren. Dass Frauen* nicht ausreichend repräsentiert sind, ist also nicht nur Ausdruck mangelnder Anerkennung von Qualifikationen und weiblicher Leistungen, sondern hat auch nachteilige betriebs- und volkswirtschaftliche Konsequenzen.

Die aktuelle Ausgangslage

In Vorständen und Aufsichtsräten kommen auf jede Frau* neun Männer*.

Am 1. Jänner 2018 tritt eine 30-% Geschlechterquotenregelung in Kraft. Diese gilt aber nur für Unternehmen ab 1.000 Arbeitnehmer*innen und ist zu niedrig. Sie gilt nur, wenn beide gleich qualifiziert sind und eines der Geschlechter aktuell unterrepräsentiert ist.

Viele Beispiele und Untersuchungen zeigen, dass Quoten wirken und sogar zu insgesamt besserer Qualifikation aller neu eingestellten Mitarbeiter*innen führen.

Die stärkere Präsenz von Frauen* in Führungsetagen hat nachgewiesene positive wirtschaftliche Effekte für Unternehmen sowie für die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

Die UN-Frauen*rechtskonvention trägt ihren Vertragsstaaten auf, Maßnahmen zur Realisierung von Chancengleichheit und Gleichstellung zu setzen.

Wirtschaftliche Entscheidungspositionen[1]

Seit 1.1.2018 gilt in Österreich für Aufsichtsräte eine Quote von 30% Frauenanteil. Unter diese gesetzliche Regelung fallen bundesweit nur an die 70 Unternehmen. Aktuell liegt der Prozentsatz bei 18%. Es werden Neubestellungen erfasst: Wird dabei die Quote nicht erreicht, wird diese Wahl für ungültig erklärt und der Posten bleibt unbesetzt. Diese Vorgabe folgt einer international erfolgreichen Regelung: Derartige Maßnahmen machen Frauen sichtbarer und setzen verstärkten Druck auf Gleichstellungsmaßnahmen. Mehr Vielfalt an der Führungsspitze bringt längerfristig eine Veränderung in der Organisationsstruktur mit sich. In der Privatwirtschaft ist es für Frauen weitaus schwieriger, in die höchsten Führungsetagen vorzudringen, als in staatsnahen Unternehmen. Quoten stellen einen erfolgreicheren Weg dar, die hermetisch geschlossenen Männer-Netzwerke aufzubrechen, als Appelle an Gleichberechtigung. Allein der Beschluss zur Quote hat schon eine Dynamik ausgelöst: Unternehmen fangen an, proaktiv Frauen für die Führungsetage zu suchen.

1) https://www.arbeiterkammer.at/service/studien/frauen/frauen_management_report.html

InfoBox

Frauen sind zunehmend in der Spitzenpolitik vertreten, jedoch sind wir von einer gleichen Beteiligung an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsgremien weit entfernt, ihre Präsenz entspricht nicht ihrem Bevölkerungs- und Mitgliederanteil. Die bloße zahlenmäßige Verteilung der Geschlechter sagt natürlich noch nichts darüber aus, ob eine emanzipatorische Frauen- bzw. Geschlechterpolitik betrieben wird, aber die Anwesenheit von Frauen in zentralen Entscheidungsgremien in Politik und Wirtschaft ist eben auch eine Frage der demokratischen Repräsentation. Deshalb ist es durchaus von Interesse, einen Blick auf diese Zahlen zu werfen.

EU-Ebene

Von Österreich zu entsenden: 18 Abgeordnete, 7 davon weiblich = 38,9% (Frauenanteil lag schon mal bei 50%.)

Bundesebene

Bundesregierung: 5 Frauen = 35,7% (drei ÖVP, zwei FPÖ)
Nationalrat: 65 Frauen = 35,5% der Abgeordneten, Präsidium: zwei der drei Positionen von Frauen besetzt

Länderebene

In den neun österreichischen Landesregierungen: insgesamt 27 Frauen = 36%
Tiroler Landesregierung: Bereits in der letzten Legislaturperiode eine 50% Besetzung (vier Frauen und vier Männer)
Landtage österreichweit: 2017 mit 143 Frauen, 2018 gesunken auf 140 Frauen (insgesamt 440 Personen) = Frauenanteil knapp über 31,8%
Tiroler Landtag: Landtagspräsidentin und die zweite Stellvertretung sind weiblich, von den 36 Abgeordneten sind 10 weiblich = 27,8%

Gemeindeebene

Deutlich geringerer Frauenanteil; der Tiroler Gleichstellungsbericht führt als Begründungen an: zeitliche Vereinbarkeitsprobleme mit Betreuungsarbeit und Erwerbsarbeit, männlich dominierte Strukturen in den Gemeinden oder geschlossene Politiknetzwerke. Doch gerade Gemeindepolitik stellt sich oft als erste Stufe für Laufbahnen in der Politik dar.
Steigende Anzahl an Bürgermeisterinnen: 2018 österreichweit 161 (2017: 155) = 7,7%, europäischer Durchschnitt von 15%, in Tirol sind es 6,1% (von 279 Ämtern als Gemeindevorstand 17 von Frauen geführt).
Ebene der Gemeinderäte: österreichweiter Frauenanteil von 23%, im EU-Durchschnitt sind es 32,1%.

Quellen: Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen, Frauen in der Spitzenpolitik in Österreich, www.parlamentarismus.at, Zahlen von 27. Februar 2018
Gleichstellungsbericht Tirol 2016. Frauen und Männer in Tirol, Bericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, im Auftrag der Abteilung JUFF, Tiroler Landesregierung

Nüsse knacken – Früchte ernten

In der Abteilung Gesellschaft und Arbeit / Bereich Frauen und Gleichstellung der Tiroler Landesregierung gibt es ein spezielles Angebot für Frauen, die sich gesellschaftspolitisch engagieren möchten:
Der Kompetenzlehrgang vermittelt Frauen das nötige Handwerkszeug, damit sie mutig ihre Anliegen und Potentiale in öffentlichen Gremien, Vereinen oder Parteien einbringen und damit Zivilgesellschaft mitgestalten können. Neben dem Erlernen des Handwerks stoßen sie hier auf große Frauensolidarität, es entstehen solide Netzwerke.
Im Herbst 2018 startet wieder ein Lehrgang. Angesprochen sind Frauen mit Verantwortung oder Funktion in Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik, Interessensvertretungen und/oder BürgerInnen Bewegungen; Multiplikatorinnen.

https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/frauen/themen/frauenwaehlen/fotoarchivpolitiklehrgaenge/

Quelle: Abteilung Gesellschaft und Arbeit, Bereich Frauen und Gleichstellung

EINKOMMENSUNTERSCHIEDE BESEITIGEN

DAS IST GERECHT

Österreich hat nach wie vor einen der höchsten Einkommensunterschiede in der EU. Sowohl Frauen* mit Lehrabschluss als auch Akademikerinnen* sind davon betroffen. Zur Beseitigung der Einkommensschere muss Arbeit endlich fair bewertet, die Gehaltstransparenz ausgebaut und die Vergleichbarkeit von Gehältern ermöglicht werden.

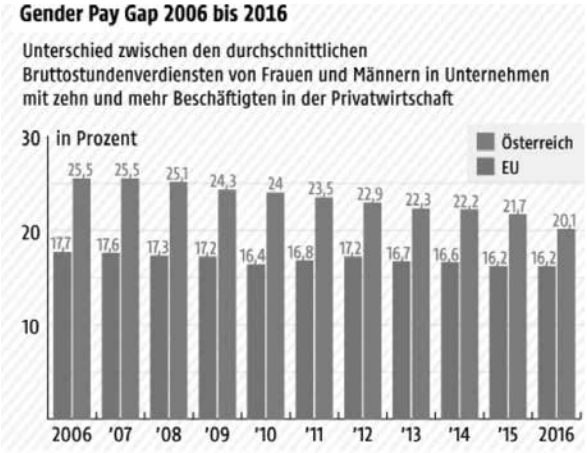
Theresa, 35, arbeitet in einem Betrieb mit ca. 120 Mitarbeiter*innen als Assistentin* der Geschäftsführung gemeinsam mit ihrem Kollegen* Bernd, der über weniger Arbeitserfahrung verfügt. Bei einem Gespräch unter Kolleg*innen erzählt Bernd stolz, dass er bei seiner Einstellung gut verhandelt hat und nun ein Bruttogehalt von 3.000 Euro bezieht. Theresa traut ihren Ohren nicht: Sie bekommt für die gleiche Arbeit nämlich nur 2.500 Euro. Pro Jahr verdient sie damit 7.000 Euro weniger. Längerfristig wird sich dieser Unterschied auch massiv auf Theresas Pension auswirken.

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- volle Lohntransparenz durch eine detaillierte Aufgliederung aller betrieblichen Einkommensberichte in sämtliche Gehaltsbestandteile
- die verpflichtende Erstellung konkreter Maßnahmenpläne zum Abbau von Einkommensdifferenzen bei gleichwertiger Arbeit durch diejenigen Unternehmen, deren Einkommensberichte geschlechterdiskriminierende Unterschiede aufweisen
- sozial- und wirtschaftliche Maßnahmen, die die eklatanten Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Arbeitsmarktsegmenten, Branchen und betrieblichen Hierarchien eindämmen und in diesen zu einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis führen
- zusätzliche und weiterführende Pilotprojekte mit Vorbildwirkung im öffentlichen Dienst im Bereich der objektiven Bewertung von Arbeit
- die Koppelung von öffentlicher Auftragsvergabe und Förderungen an Aktivitäten zur Gleichstellung im Betrieb.

Warum braucht es Gehaltstransparenz und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit?

Laut Rechnungshof-Einkommensbericht 2016 verdienen Frauen* in Österreich je nach Branche zwischen 57% und 85% der durchschnittlichen Männer*einkommen. Es gibt nur eine Branche, in der Frauen* bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung zumindest 99% des Gehalts der Männer* verdienen, nämlich im Bergbau. Bei den „sonstigen Dienstleistungen" sind es nur 64%. Der „Gender Pay Gap" ist also klar bewiesen und liegt nicht nur daran, dass Frauen* aufgrund der vielen Gratis-Pflegearbeit oft nur Teilzeit arbeiten gehen können.



Foto/Grafik: Grafik: ORF.at; Quelle: Statistik Austria

Die verpflichtenden Einkommensberichte für Unternehmen mit mehr als 150 Mitarbeiter*innen haben sich bislang nicht als geeignetes Instrument herausgestellt, um Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern. Zum einen sind Mitarbeiter*innen und Betriebsrät*innen oft nicht genügend damit vertraut. Zum anderen sind die Berichte aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nur wenig aussagekräftig und bieten keine ausreichende Vergleichsmöglichkeit. Eine faire Bezahlung ist hingegen nur möglich, wenn Einkommen existenzsichernd sowie transparent und nachvollziehbar sind. Betriebe sollten daher verpflichtend alle bezahlten Leistungen offenlegen und Maßnahmen zu einer gerechteren Bewertung von Arbeit erstellen.

Der Einkommensunterschied bei unselbstständig Beschäftigten betrug im Jahr 2015 38,4%. Unter Berücksichtigung der Unterschiede im Beschäftigungsausmaß und Beschränkung des Vergleichs auf Vollzeibeschäftigte beträgt der gender pay gap immer noch 17,3%.

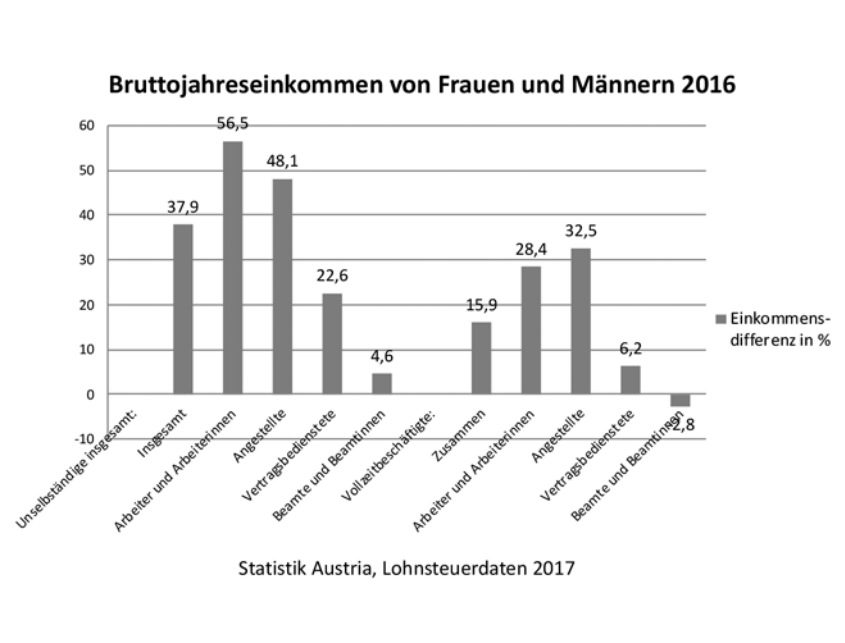
AMS Tirol – Statement zu: Einkommensunterschiede beseitigen

Wichtige AMS-Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsmarktservice im ganzen Land haben mit ihrer Unterschrift zum Zustandekommen des Frauen*Volksbegehrens 2.0 beigetragen. Nicht zuletzt, weil das F*VB die Forderungen grundlegender ansetzt, als es dem AMS in seinem Wirkungsbereich möglich wäre.

So gehört die unbezahlte Sorge- und die bezahlte Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern neu verteilt. Diese ist es, die dem inzwischen genau berechneten Unterschied zwischen Frauen- und Männereinkommen zu Grunde liegt. An dieser ungerechten Verteilung, der geschlechtsspezifischen Zuschreibung bzw. Arbeitsbewertung liegt es, dass Frauen über die Jahre ihres Erwerbslebens unglaublich große Einkommenseinbußen und eine Pension oft am Rande bis unter die Armutsgrenze hinnehmen müssen.

Im arbeitsmarktpolitischen Frauenprogramm setzt das AMS an den neuralgischen Punkten an: Es unterstützt den Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienphase, um die Abwesenheit vom Beruf kurz zu halten. Mit dem FiT-Programm fördern wir Frauen in alternativen, besser bezahlten Berufen Fuß zu fassen. In den Frauenberufszentren geht es um eine nachhaltige Laufbahnplanung. Doch nicht nur auf die Kund*innen des AMS bezogen, auch innerhalb der Organisation arbeiten wir konsequent an der Gleichstellung von Frauen und Männern. Der Gleichstellungs- und Frauenförderplan bewirkt, dass die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern im AMS in den letzten 5 Jahren deutlich geschrumpft und der „Equal Pay Day" 2017 im AMS bereits auf den 6. Dezember vorgerückt ist (im Vergleich dazu Österreich am 13.10.2017, Tirol am 3.10.2017). Um die Einkommensunterschiede zu beseitigen, sind im F*VB etliche Forderungen aufgelistet, die wir unterstützen, weil die bisherige Erfahrung im begrenzten Rahmen der Organisation bereits ihre Wirksamkeit bewiesen haben, wie bspw. Maßnahmenpläne zum Abbau von Einkommensdifferenzen.

GABI DALLINGER-KÖNIG
SABINE PLATZER-WERLBERGER



Frauen verdienen 38% weniger als Männer

Trotz steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen bleiben die Unterschiede betreffend Teilzeit, Betreuungspflichten und Einkommen zwischen den Geschlechtern groß, wie eine Analyse von Statistik Austria anlässlich des Weltfrauentags zeigt. Der Unterschied zwischen den mittleren Bruttojahreseinkommen von Frauen und Männern liegt bei 38%.

Die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen stieg von 62% im Jahr 2006 auf fast 68% im Jahr 2016 und war damit höher als in der EU insgesamt (61%). Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen hat sich im Zeitvergleich jedoch kaum geändert. Die verstärkte Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt ist in erster Linie auf die steigende Zahl von Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen.

Zahl der Frauen in Teilzeit steigt

Im Zehnjahresvergleich erhöhte sich die Teilzeitquote der Frauen von 40% (2006) auf fast 48% (2016). In der EU verzeichnet Österreich damit, knapp vor Deutschland, den zweithöchsten Wert (EU-28: 32,6%). Bei den Männern zeigt sich ebenfalls eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung von 6,6% (2006) auf 11,8% (2016).

ORF online 5.3.2018

ARMUT BEKÄMPFEN

DAS IST GERECHT

300.000 Alleinerziehende – darunter 90% Frauen* – leben mit ihren Kindern in Österreich. Mehr als die Hälfte von ihnen sind armutsgefährdet, insbesondere auch dann, wenn vom zweiten Elternteil nicht regelmäßig Kindesunterhalt gezahlt wird. Daher braucht es einen existenzsichernden staatlichen Unterhaltsvorschuss.

Ursula: „Ich bin eine alleinerziehende Mami* mit vier kleinen Jungs*. Mein Exmann* zahlte nach der Scheidung im Mai 2014 keine Alimente. Über das Jugendamt bekam ich einen monatlichen Unterhaltsvorschuss von 440 Euro für alle vier Kinder. Seit 2016 ist mein Exmann* arbeitslos und zahlt nur mehr 232 Euro im Monat! Das ist meine Geschichte und mein Leben ist ein tägliches Überleben." Quelle: www.forumkindesunterhalt.at

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- einen garantierten Anspruch auf staatlichen Unterhaltsvorschuss solange Familienbeihilfe bezogen wird
- die Anpassung des Betrags an angemessene Regelbedarfssätze
- Entkoppelung der Zahlung von der Leistungsfähigkeit des*der Unterhaltspflichtigen, gleichzeitige Beibehaltung der Verpflichtung zur Rückzahlung nach Leistungsfähigkeit
- bundesweiten Ausbau der staatlich finanzierten, rechtlich abgesicherten Frauen- und Mädchenberatungsstellen.

Warum braucht es den Unterhaltsvorschuss?

In Österreich gibt es rund 180.000 Alleinerziehende. In den allermeisten Fällen übernehmen Frauen* die alleinige Erziehungsverantwortung. Sie und ihre Kinder haben in Österreich das höchste Risiko, in die Armut zu schlittern und oft ernsthafte existenzielle Probleme.

In rund der Hälfte der betroffenen Fälle wird über einen längeren Zeitraum zu wenig oder gar kein Unterhalt gezahlt. Die Auszahlung des Unterhalts kann nämlich aktuell auf Anordnung des Gerichtes sofort und rückwirkend gestoppt werden. Die Klärung dieser Ansprüche dauert oft mehrere Monate, in denen rund 70.000 betroffene Kinder keinerlei oder zu wenig Unterhalt bekommen. Denn der Staat übernimmt nicht automatisch die Alimente.

Außerdem besteht der Unterhaltsanspruch nur bis zum 18. Lebensjahr. Wenn Jugendliche auch danach noch eine Ausbildung oder ein Studium machen möchten, müssten sie theoretisch einen Elternteil vor Gericht klagen, denn alle Behörden (z.B. die Stipendienstelle) berechnen ihre Leistungen unter Einbeziehung der Alimente.

Tiroler Plattform für Alleinerziehende

TIROLER PLATTFORM FÜR ALLEINERZIEHENDE

Alleinerziehende Eltern sind gesellschaftliche Realität. In Österreich sind rund 14 % aller Familien mit Kindern unter 15 Jahren sogenannte Ein-Eltern-Familien, 160.000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren leben bei einem Elternteil. In über 90 % ist die Mutter alleinerziehend.

Geht es um die Lebensrealitäten von Alleinerziehenden, so lassen sich die Probleme in drei Schlagworten zusammenfassen: Zeitmangel, Kinderbetreuung und Geldsorgen. Mehr als 40 % der Ein-Eltern-Haushalte in Österreich sind armutsgefährdet. Aus diesem Grund sind auch die Forderungen des Frauen*Volksbegehrens ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Situation von alleinerziehenden Müttern.

Oft sind es Alleinerziehende, die wegen ihrer Betreuungspflicht besonders häufig Teilzeit arbeiten. Die Ermöglichung der Wahlfreiheit zwischen Voll- und Teilzeitarbeit ist gerade für Alleinerziehende daher eine wesentliche Voraussetzung, um eine finanzielle Absicherung der Ein-Eltern-Familie sicherzustellen. Berufstätige alleinerziehende Mütter sind auf eine gut funktionierende, kostenlose und wohn- bzw. arbeitsplatznahe Kinderbetreuung angewiesen, die ganztägig und ganzjährig zur Verfügung steht.

Darüber hinaus stellt der garantierte staatliche Unterhaltsvorschuss einen essentiellen Bestandteil der Existenzsicherung und damit Armutsvermeidung dar, wenn ein Elternteil seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommt. Und Handlungsbedarf ist gegeben: jede zweite Alleinerziehende bekommt für ihr Kind weniger Unterhalt oder Unterhaltsvorschuss, als der Regelbedarf vorsieht. Und jede fünfte schaut durch die Finger.

KARIN LANG, Tiroler Plattform für Alleinerziehende
www.alleinerziehende-tirol.net

Schuldenberatung: Frauen und Schulden

Jeder will es, wenige haben viel davon und keiner hat genug: Es geht ums Geld bzw. hier um das „Minus-Geld", die Schulden.

Frauen sind von finanziellen Schwierigkeiten mehrfach besonders betroffen:

- Frauen übernehmen häufig Bürgschaften für Kredite, die ihr Partner aufgenommen hat. Vielfach geschieht dies auch dann, wenn die Frauen nur über ein geringes Einkommen verfügen und von den Anschaffungen des Kredites keinen Nutzen hatten. Frauen stehen hiebei häufig unter großem emotionalen Druck, denn ein „nein" würde vom Partner als mangelndes Vertrauen oder mangelnde Liebe interpretiert werden.
- Im Zug meiner Tätigkeit als Schuldnerberaterin ist mir hierbei ein sehr krasses Beispiel berichtet worden: Eine junge Frau unterschrieb für ihren Freund, den sie damals erst 3 Wochen kannte, einen Kredit für ein Auto. Nach drei weiteren Wochen war der Freund samt Auto nicht mehr gesehen; der Kredit blieb.
- Aufgrund ihrer hohen Armutsgefährdung leben allein stehende Frauen oft in extrem engen finanziellen Verhältnissen und sind manchmal gezwungen, selbst Gegenstände des täglichen Lebens nur über Ratenzahlungen sprich Kleinkredite finanzieren zu können.

Die Gründe für die Armutsgefährdung sind vielfältige: mangelnde oder ungenügende Beraufsausbildung vieler Frauen; langjährige Erwerbslosigkeit nach Eheschließung oder wegen Betreuungspflichten für Familienangehörige; eine hohe Beschäftigungsquote von Frauen in Niedriglohnbranchen bzw. in Arbeitsverhältnissen mit mangelnder sozialversicherungsrechtlicher Absicherung; Arbeitslosigkeit, vor allem von älteren Frauen; die hohe Zahl der Scheidungen, die Frauen in vielfach höherem Alter oft ohne ausreichenden Unterhalt zurücklässt.

Die Armutsbetroffenheit wächst zudem mit der Anzahl der Kinder, insbesondere in Verbindung mit den erschwerten Erwerbsmöglichkeiten der Mütter, an.

Die Ansprüche der Konsumgesellschaft, sich stets modisch kleiden zu müssen, ein Auto zu fahren und Urlaube vorweisen zu können, setzt viele Frauen unter Druck. Da sparen zur Zeit nicht „in" ist, werden die Anschaffungen auf „pump" macht: Die Vielfalt der Möglichkeiten wie Raten- oder Kreditkartenkauf, Versandhäuser und Internetshopping lässt einen leicht den Überblick verlieren. So können aus vielen kleinen Verpflichtungen unbemerkt große Schuldenberge werden.

Vor allem junge Leute sind von diesem gesellschaftlichen Druck der Konsumgesellschaft betroffen und beginnen ihre „Schuldnerkarriere" daher schon früh.

Exzessives Kaufverhalten von Frauen kann auch auf psychische Faktoren zurückzuführen sein. Belastungssituationen werden von kaufsüchtigen Menschen durch das Erlebnis des Einkaufens kompensiert. Häufig werden dabei Einkäufe im Versandhandel getätigt. Die farbigen Kataloge, die immer mehr wie ein Zeitschriftenmagazin gestaltet werden, sprechen den Wunsch nach der Leichtigkeit des Lebens besonders an. Vielfach werden Dinge bestellt, die nicht benötigt werden. Diese Gegenstände lagern dann oft noch originalverpackt in der Wohnung oder werden an Freunde weiter verschenkt.

Da es in Österreich eine unglaubliche Vielzahl (geschätzte 60) an Versandhäusern gibt, können sich die betroffenen Frauen schon hoch verschulden, bevor die Krankheit als solche erkannt wird.

In meiner Beratungstätigkeit fällt mir auf, dass Frauen über die finanzielle Haushalts- und Verschuldungslage schlecht informiert sind und sich erst in der Krisensituation mit dem Thema Geld auseinander setzen. Vielfach wird mir erklärt, dass finanzielle Dinge, die über die Haushaltsplanung hinausgehen „Männersache" sei. Teilweise wird der Bereich der Schulden auch ausgeblendet und verdängt. Ich denke, dass Schulden immer noch ein Tabu-Thema sind, dass erst durch die öffentliche Diskussion der letzten Jahre etwas aufgeweicht wurde.

Aktion im öffentlichen Raum, 28. März 2018. Foto: privat/Frauenvernetzung

MMag. IRIS KÄRLE
Schuldenberatung Tirol, www.sbtirol.at

ARBEIT VERTEILEN DAS IST GERECHT

Frauen* stemmen zwei Drittel aller unbezahlten Haus- und Sorgearbeit und werden daher oft in zeitlich befristete und niedrig entlohnte Teilzeitarbeit gedrängt. Eine allgemeine 30-Stunden-Woche soll schrittweise eine gleiche Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit schaffen und ein gutes Leben für alle ermöglichen.

Michael wurde während des Studiums jung Vater* und hatte einen Nebenjob. Dennoch schaffte er es, das Studium abzuschließen. Die Mutter* der gemeinsamen Tochter* hatte sowohl vor als auch nach der Schwangerschaft einen Teilzeitjob. Beim zweiten Kind sollte das anders werden, aber die finanzielle Lage ließ es nicht zu, denn Michaels Einkommen war wesentlich höher als das seiner Frau*. Heute steht die Familie vor einem frustrierenden Dilemma: Michaels Frau* möchte ihre Stunden aufstocken, findet aber nichts Passendes. Er würde gerne mehr Zeit mit den Kindern verbringen, aber sein Chef verlangt Vollzeit.

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei variablem Lohn- und Personalausgleich
- die staatliche Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, um eventuelle Wettbewerbsnachteile auszugleichen.

Fakten und Zahlen

- Frauen* leisten den Grossteil an unbezahlter Arbeit im privaten Bereich.
- Rund vier Stunden pro Tag wenden sie für Haus-, Pflege-, Sorge- und Erziehungsarbeit auf.
- 48,1% der Frauen* arbeiten Teilzeit, aber nur knapp über 10% der Männer*.
- Familie und Beruf lassen sich besser vereinbaren, wenn sich beide Elternteile die unbezahlte Arbeit im privaten Bereich teilen.

Warum braucht es eine faire Arbeitszeitverteilung?

Unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse sind auf Gewinn und individuelle Nutzenmaximierung ausgerichtet. Soziale Verantwortung bleibt dagegen unbezahlt auf der Strecke. Dies betrifft vor allem Frauen*, die den Großteil der unbezahlten Arbeit in den privaten vier Wänden leisten. Diese Tatsache hat zahlreiche negative Folgen: Sie erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie ist mitverantwortlich für geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede. Und nicht zuletzt ist sie immer wieder auch Anlass für Streit innerhalb der Familie.

Eine Reduktion der Normalarbeitszeit von derzeit ca. 40 Wochenstunden bedeutet wirtschaftlich eine Steigerung der Produktivität, die Schaffung von Arbeitsplätzen und somit gesundes Wachstum. Menschen könnten länger und gesünder arbeiten. Dies würde in weiterer Folge zur Entlastung der Sozialversicherungssysteme führen. Zudem würde eine faire Arbeitszeitverteilung Familien erleichtern, sich Aufgaben frustfrei zu teilen und finanzielle Ungleichgewichte aufzulösen.

Abbildung 20 Haushaltsführung (durchschnittlicher Zeitaufwand)

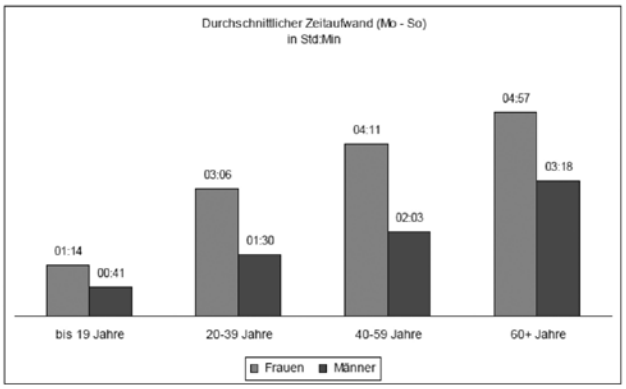
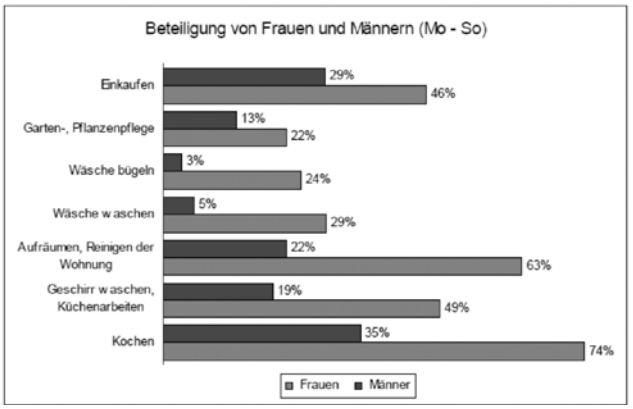


Abbildung 29 Ausgewählte Tätigkeiten im Haushalt (Anteil der Ausübenden) – Alle Personen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, ZEITVERWENDUNG (2008/09)

Ausschnitt aus einem Interview mit dem Soziologen Jörg Flecker

News.at: Wie ist die derzeitige Arbeitszeitsituation in Österreich?

Flecker: Österreich hat unter den europäischen Ländern eine der höchsten Wochenarbeitszeiten. Selbst die Jahresarbeitszeiten, Urlaubs-und Feiertage miteinberechnet, liegen über dem Durchschnitt der EU.

Gibt es da geschlechterspezifische Unterschiede?

Wir haben einen sehr hohen Anteil an Teilzeit bei Frauen, der nähert sich gerade der 50-Prozent-Marke. Das bedeutet zwar kürzere Arbeitszeit, aber auch deutlich weniger Einkommen, was gerade im Hinblick auf die soziale Absicherung Nachteile mit sich bringt. Hingegen arbeiten 15% der Männer, aber auch 10% der vollzeitbeschäftigten Frauen mehrmals die Woche über 10 Stunden am Tag.

Wäre eine 30-Stunden-Arbeitswoche die Lösung?

Auf jeden Fall sollte es ein langfristiges Ziel sein. Wenn man diese in beispielsweise zwei Schritten realisiert, könnte die Arbeit in der Gesellschaft völlig neu verteilt werden – zwischen Männern und Frauen, Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigen, Arbeitslosen und Beschäftigten.

Meine Großmutter musste in den 60ern noch samstags arbeiten. Von 48 Stunden wurde zuerst auf 45, 1975 dann auf 40 reduziert. Wie kann es sein, dass so etwas damals möglich war, heute sich jedoch so viele gegen eine Arbeitszeitverkürzung stellen?

Nachdem es vorher zu einer massiven Verlängerung gekommen war, gab es Mitte des 19. Jahrhunderts Bewegungen in die Gegenrichtung. Arbeitszeit wurde, in längeren Abständen, immer wieder reduziert. Was ja auch Sinn macht. Wenn die Gesellschaft immer reicher wird, wenn man immer weniger Arbeit braucht, um Güter und Dienstleistungen herzustellen, dann braucht es nicht so lange Arbeitszeiten. Die Gesellschaft profitiert ja von arbeitssparenden Maschinen.

Gegenstimmen kommen vor allem von Wirtschaft und Unternehmen. Verständlicherweise, oder?

Natürlich steigen die Kosten zuerst einmal. Es ist eben eine Umverteilung. Man kann das auch nicht in großen Schritten alleine in einem Land machen, das muss auf europäischer Ebene koordiniert werden. Aber wir haben in Europa massive Ungleichgewichte, stecken in einer tiefen Krise, an der auch die hohe Produktivität in einzelnen Ländern schuld ist. Will man diese Ungleichgewichte ausgleichen, muss man die Kosten in Überschussländern wie Deutschland oder Österreich erhöhen. Wenn aber auch andere europäische Länder die Arbeitszeit verkürzen, muss das kein Nachteil für Österreich sein.

Welche Vorteile ergeben sich für Unternehmen dadurch?

Es gibt viele Berufe, wo das Unternehmen viel in seine Mitarbeiter investiert. Wenn gerade diese Personen dann 13 Stunden am Tag arbeiten, Burn-Outs bekommen und ausfallen, sind diese Investitionen in den Wind geschossen. Wenn sich alle an Arbeitszeitgrenzen halten müssen, kann der Konkurrenzdruck entschärft und mehr auf die Gesundheit der MitarbeiterInnen geachtet werden.

… und die Work-Life-Balance verbessert sich.

Genau. Arbeit ist immer unpünktlicher geworden, viele Beschäftigte wissen nicht mehr, wann sie aus der Arbeit rauskommen oder ob sie von zuhause aus noch arbeiten müssen. Das schafft nicht nur in Hinblick auf Erholung, sondern auch auf Familie und Kinderbetreuung Probleme. Es bleibt keine Zeit mehr, um am sozialen Leben teilzunehmen. Singles in Pflegeberufen tun sich schwer, jemanden kennenzulernen. Warum? Weil Dienstpläne nicht eingehalten werden und sie nur schwer ein Date ausmachen können. Und das ist ein ungünstiger Zustand für ein gutes Leben.

Lässt sich sagen, wie die neue Generation der Arbeitenden, die Generation Y, zum Thema Arbeit steht?

Es gibt Hinweise, dass die jungen Leute mehr darauf achten, dass sie der Beruf nicht auffrisst. Allerdings stellt sich auch die Frage, ob sie sich das längerfristig leisten können, wenn sie Karriere machen wollen. Aber den Wunsch nach einer ausgewogenen Work-Life-Balance gibt es auf jeden Fall.

Zur Person: JÖRG FLECKER ist Professor für Soziologie an der Universität Wien. Davor war er wissenschatlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, die sich mit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auseinandersetzt. Er ist überzeugter Verfechter der 30-Stunden-Woche.

Quelle: News Fakten Leben Menschen – Fakten 21. Juni 2016. https://www.news.at/a/arbeitszeitverkuerzung-6438345

WAHLFREIHEIT ERMÖGLICHEN

DAS IST GERECHT

Eltern – vor allem Frauen* – können nach der Geburt oft nicht wieder Vollzeit arbeiten, weil die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung fehlen oder zu teuer sind. Daher braucht es einen Rechtsanspruch auf kostenlose, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die mit einem Vollzeitjob vereinbar ist – wenn die Eltern das wollen.

Anna, 43, ist verheiratet, Mutter* des vierjährigen Lukas und lebt in einer Kleinstadt. Sie kann nur Teilzeit arbeiten, weil die Öffnungszeiten des Kindergartens nichts anderes zulassen. Weil ihr Mann* aus gesundheitlichen Gründen nur sehr wenig verdient, steht die Familie unter hohem finanziellen Druck. Hinzu kommt der hohe soziale Druck: Ihr Bub leidet darunter, dass er immer als Letzter abgeholt wird, und sie, weil sie als „Rabenmutter" ihr Kind nicht, wie fast alle anderen, nach dem Mittagessen abholt.

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- den Rechtsanspruch auf kostenlose, qualitativ hochwertige Betreuung für jedes Kind bis zum 14. Lebensjahr unabhängig vom Wohnort und Erwerbsstatus der Eltern
- die Vereinbarkeit der Betreuungseinrichtung mit einer Vollzeitberufstätigkeit der Eltern, also ganztägige und ganzjährige Öffnungszeiten sowie leichte Erreichbarkeit
- vereinheitlichte bundesweite Qualitätsstandards für eine bedarfsorientierte Betreuung und eine individuelle (Früh-)Förderung.

Warum braucht es einen Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung?

Gerade für Kinder unter drei Jahren fehlen in Österreich qualitativ wertvolle Kinderbetreuungsplätze. Da unbezahlte Arbeit wie Kinderbetreuung nach wie vor eher von Frauen* als von Männern* gemacht wird, können Frauen* oft nur in Teilzeit oder gar nicht arbeiten. Dies ist einer der Gründe, warum Frauen* ein wesentlich niedrigeres Lebenseinkommen

Aktion im öffentlichen Raum, 28. März 2018. Foto: privat/Frauenvernetzung

und geringere Pensionen als Männer* haben. Der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ist daher nach wie vor ein zentrales frauen*politisches Ziel.

Derzeit geht der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze aber viel zu langsam voran. Daher soll jedes Kind ein Recht auf Förderung haben, unabhängig davon, wo es wohnt und wieviel die Eltern verdienen. Der Förderungsauftrag umfasst die Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und soll dessen Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit ermöglichen. Damit das gelingt, ist eine funktionierende Beziehung zwischen Kind und Betreuungsperson unverzichtbar. Diese erfordert ein Mindestmaß an qualitativen Ressourcen, vor allem im Hinblick auf die Qualifizierung der Betreuungspersonen, die Gruppengrößen und den Fachkraft-Kind-Schlüssel.

Demo am Internationalen Frauentag 2018, Innsbruck. Foto: privat/Frauenvernetzung

InfoBox

- Derzeit hängen Platzangebot, Kosten, Betreuungsqualität und Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich stark vom Wohnort ab.
- Für sieben von zehn Kindern unter sechs Jahren gibt es in Österreich keinen Betreuungsplatz, der mit einer Vollzeitarbeit der Eltern vereinbar ist.
- Nur das letzte Kindergartenjahr vor der Volksschule ist in ganz Österreich gratis: gefördert werden 20 Stunden pro Woche, das Mittagessen ist extra zu zahlen.
- Für Frauen* in Österreich ist die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen der wichtigste Grund für die Teilzeitbeschäftigung: bei den 15- bis 64-Jährigen für 37,5% und bei den 25- bis 49-Jährigen mit einem Kind unter 15 Jahren sogar für 80,3%.

SELBST BESTIMMEN

DAS IST GERECHT

Mädchen* und Frauen* sollen aufgeklärt, frei von Zwängen und unabhängig über ihre Sexualität bestimmen dürfen. Daher muss ihr Recht, frei über ihren Körper entscheiden zu können, stärker geschützt und nachhaltiger garantiert werden.

Fabienne ist 15. In letzter Zeit geht es in der Schule oft um Sex. Doch wie darüber gesprochen wird, ist ihr unangenehm. Die Burschen* zeigen Pornos auf dem Handy her, der Sexualunterricht ist einfach langweilig. Sie ist neugierig auf Sex, traut sich aber nicht darüber zu sprechen oder nach einem Termin beim Frauen*arzt zu fragen. Da sie mitversichert ist, würde der nämlich auf der Versicherungsabrechnung ihrer Eltern auftauchen. Irgendwann schläft sie mit Tom, es machen jetzt sowieso schon alle in der Klasse. Verhütet hat sie nicht.

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- die Verankerung und Finanzierung von zeitgemässer Bildung zu den Themen Sexualität, Verhütung und Schwangerschaft in Schulen und Bildungseinrichtungen
- staatlich finanzierte, rechtlich abgesicherte, anonyme und kostenfreie Beratungsstellen in ausreichender Zahl zu Sexualität, Geschlechtsidentität, Verhütung und Schwangerschaftsabbruch
- gratis in Beratungsstellen zur Verfügung gestellte Verhütungsmittel
- die volle Kostenübernahme von Schwangerschaftstests, Verhütungsmitteln, die eine ärztliche Untersuchung und Beratung voraussetzen, sowie von Schwangerschaftsabbrüchen durch Krankenkassen
- Angebot und Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in allen öffentlichen Krankenanstalten.

Warum braucht es einen leichten Zugang zu Verhütung und Schwangerschaftsabbruch sowie individueller Beratung?

Österreich hat europaweit eine der höchsten Raten an Schwangerschaftsabbrüchen. Das liegt daran, dass Aufklärung und Prävention bei uns schlecht funktionieren. Im Wesentlichen wünschen sich die Österreicher*innen zwei Maßnahmen zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften: Zum einen mehr und bessere Informationen über Verhütung, etwa altersgerechte, ungezwungene sexualpädagogische Angebote an Schulen, einen Ausbau der Beratungsstellen oder mehr Zeit bei Fachärzt*innen. Zum anderen einen leichteren Zugang zu wirksamen Verhütungsmittel.

Da Verhütungsmittel teuer sind, müssen diese auch gratis sein. Schwangerschaftstests und solche Verhütungsmittel, die eine ärztliche Untersuchung und Betreuung erfordern, sind daher von den Krankenkassen zu zahlen. Jede Frau*, die ungewollt schwanger ist, muss zudem in allen öffentlichen Krankenhäusern die Möglichkeit zum kostenlosen Schwangerschaftsabbruch haben – egal, wo sie in Österreich wohnt.

Selbstbestimmte Entscheidungen treffen

Laut dem statistischen Bundesamt Deutschland waren 2017 über 39% der Frauen*, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, verheiratet und über 60% haben bereits lebend geboren. Um Entscheidungen selbstbestimmt treffen zu können, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Frauen*, Familiensysteme und Partner*innenschaften derart unterstützen, dass auch das Entscheiden für ein (weiteres) Kind möglich wird. Deshalb steht das Frauen*Volksbegehren für die Bekämpfung von Armut, den Ausbau von Betreuungsangeboten zur Unterstützung der Erziehungsbeauftragten und den Schutz gewaltbetroffener Frauen* und Kinder.

Teenager-Mütter entstammen weit häufiger sozial schlechtgestellten Familien[1]. Gerade deshalb ist es zentral, einen kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln zu gewährleisten und der mangelnden Aufklärung entgegenzuwirken.

Dafür hat das österreichische Bildungsministerium 2015 den Grundsatzerlass Sexualpädagogik konzipiert. Sexuelle Bildung soll demnach Wissen, Kompetenzen und Werte vermitteln, um Sexualität in Verantwortung für sich und andere leben zu können. Trotz dieser Ausrichtung an den WHO-Standards gab es massiv Kritik von konservativen Kräften („Zwangs-" und „Frühsexualisierung")[2], die im Widerspruch zum Wunsch von Jugendlichen steht, flächendeckend Zugang zu einer hochwertigen Sexualpädagogik zu be-

kommen[3]. Da sich bisher wenig getan hat[1,2], sind auch im Sinne der Prävention vor ungewollten Schwangerschaften die hier genannten Forderungen verständlich.

Anmerkungen

[1]https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/III/III_00406/imfname_639133.pdf
[2]http://www.medienimpulse.at/articles/view/935
[3]http://www.bjv.at/cms/wp-content/uploads/2015/01/bjv_position_sexualitt_2014.pdf

Aktion im öffentlichen Raum, 28. März 2018. Foto: privat/Frauenvernetzung

Perspektiven aus der Sexualpädagogik

Sexualität umfasst nicht nur Reproduktion, sondern auch Beziehung und Lust. Letztere können wichtige Ressourcen für alle Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Aussehen, Herkunft, Behinderungen, Krankheiten usw. sein und zu Lebensqualität und Wohlbefinden beitragen. Im Widerstand zur (medialen) Überflutung mit Mythen und diskriminierenden Darstellungen ist eine Thematisierung von Sexualität notwendig, die sowohl Selbstbestimmung als auch die Wahrnehmung von Körpern und Gefühlen fördert. Selbst bestimmen heißt, die eigene Sexualität und sexuelle Orientierung gestalten zu können und dabei sowohl die eigenen Grenzen als auch die der anderen wahrzunehmen und zu respektieren. Voraussetzung dafür ist es, den eigenen Körper mit all seinen Facetten anzunehmen und sich selbst mit der unvergleichlichen Sammlung an sexuellen Möglichkeiten wertzuschätzen.

DANIELA SCHWIENBACHER
ist Sexualpädagogin und studiert Erziehungswissenschaften sowie Gender, Kultur und Sozialer Wandel.
STEFAN FELDERER ist Sexualpädagoge und absolviert das Masterstudium Chemie sowie das Lehramtsstudium Chemie/Biologie.

dowas für frauen
Durchgangsort für wohnungs- und arbeitssuchende Frauen

Seit über 30 Jahren bieten wir im DOWAS für Frauen Beratung, Begleitung, betreute Wohnmöglichkeiten und Hilfe bei der Existenzsicherung von Frauen für Frauen, die an der Veränderung ihrer Lebenssituation arbeiten wollen. Neben unserem vielfältigen Angebot ist es uns ein großes Anliegen, fokussiert weiblichen Lebenswelten Raum zu geben und Frauenrechte einzufordern. Ein selbstbestimmtes Leben sollte für jede Frau selbstverständlich sein und eigentlich nicht mehr eingefordert werden müssen. Gleichstellung und Selbstbestimmung sind im DOWAS für Frauen wichtige Themen. Daher engagiert sich unser Verein seit vielen Jahren im Aktionskomitee Schwangerschaftsabbruch. Der 2012 gegründete Arbeitskreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, für ein adäquates Angebot bei ungewollter Schwangerschaft in Tirol zu kämpfen. Sowohl die Finanzierung als auch die Durchführung soll kein Hindernis für Frauen darstellen und somit einen selbstbestimmten Umgang mit einer ungewollten Schwangerschaft ermöglichen. Leider gibt es in Tirol seit vielen Jahren nur einen Arzt, der Abbrüche durchführt. Allerdings ist es uns mit dem vor etwas mehr als zwei Jahren eingesetzten Härtefallfonds für Schwangerschaftsabbrüche zumindest in finanzieller Hinsicht gelungen, Entlastung für Frauen zu schaffen. Zeitgleich wurde auch eine finanzielle Förderung für Verhütungsmittel im DOWAS für Frauen angesiedelt, mit dem Frauen, vor allem bei der Inanspruchnahme von Langzeitverhütungsmitteln, unterstützt werden können.

Die Beratungsstelle des DOWAS für Frauen suchen Frauen, die im Schwangerschaftskonflikt bzw. ungewollt schwanger sind, regelmäßig auf. Zuletzt gab es eine Beratung mit einer 30-jährigen Frau, die ungewollt schwanger war. In einem E-mail an uns schrieb sie Folgendes: *„Just wanted to say thank you for the assistance I received from Dowas, I already had the appointment with the doctor. It wouldn't have been possible to intervene soon without your help. Thank for the support and advice."*

SELBST BESTIMMUNG ist eine der tragenden Säulen im DOWAS für Frauen.

DSA[in] KATRIN MARTH
Mag.[a] NATASCHA CHMELAR
www.dowas-fuer-frauen.at

VIELFALT LEBEN DAS IST GERECHT

Werbung, Spielzeug, Schulbücher: Die meisten Medien- und Kulturprodukte beschreiben Frauen* und Männer* fast ausschließlich auf klischeehafte und oft auch abwertende Weise. Es gibt "dümmliche Hausfrauen" und leicht bekleidete "Magermodels", aber nur selten eine starke und kluge Superheldin, Forscherin oder Präsidentin. Diese Rollenklischees haben nachhaltige negative Auswirkungen auf die spätere Berufswahl und stellen ernstzunehmende Gefahren für die physische und psychische Gesundheit dar. Ein Verbot sexistischer Werbung und die Förderung von respektvollen, klischeefreien Medieninhalten führt zu mehr Respekt für alle Geschlechter.

Hannah, 29, und ihr Freund wollen für ihre 5-jährige Tochter Sonja natürlich nur das Beste. Sie achten in der Erziehung darauf, dass Sonja sich frei von Stereotypen entfalten kann. Klar gibt es da manchmal auch etwas aus der "rosaroten" Ecke, aber auch Baukästen, Bücher über kluge Forscherinnen* oder einen Fußball. Immer öfter im Alltag merkt Hannah wie schwierig es ist, normales Spielzeug zu bekommen. Nicht nur in den Werbekatalogen, sogar im Kindergarten kennen die Kinder schon große Unterschiede: Die Mädchen* tragen süße Röckchen mit Prinzessinnenaufdruck, die Buben* träumen von Raumschiffen, werden Chefs und haben ganz andere Spielsachen. Einmal hat sogar schon ein Junge* zu Sonja gesagt, sie darf nicht in die Auto-Spieleecke, denn das ist "nichts für Mädchen".

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- Verbot von Werbungen, Marketingstrategien und sonstigen kommerziellen Medieninhalten, die Menschen in abwertender, stereotyper und/oder sexistischer Weise darstellen.
- Gesetzliche Verankerung einer geschlechtersensiblen Ausbildung aller Pädagog*innen mit bundesweit einheitlichen Standards und Evaluationsmaßnahmen, sowie staatliche Finanzierung und gesetzliche Verankerung von Institutionen und Beratungsstellen, die in diesem Bereich Schulungen, Aus- und Weiterbildung anbieten.
- Verbot der sexualisierten Darstellung Minderjähriger.
- Verbot von geschlechterdiskriminierenden und stereotypen Darstellungen in Kinder- und Jugendmedien, insbesondere in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen
- Presseförderungsbonus für alle Medien, die sich in der Blattlinie zu einer geschlechtersensiblen, klischeefreien Berichterstattung bekennen

Ausstellung feminism loaded, Roll Up 5, "it's a girl"

Warum braucht es ein Verbot sexistischer Werbung?

Neben den Eltern und Geschwistern, dem Kindergarten oder Tageshort haben auch Medieninhalte wie Werbungen und Kinderbücher einen großen Einfluss auf das Lernen. Medieninhalte sind ein gemeinsamer Nenner der Gesellschaft, sie definieren, was als normal gilt und was nicht. Was dort präsentiert wird, erachten schon kleine Kinder als normal. Medieninhalte und Erziehungskonzepte sind oft von Vorstellungen geprägt, die Menschen in stereotyper Art und Weise darstellen oder beschreiben. Homo- und bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen werden so gut wie nie dargestellt. Diese Schieflage führt zu einer geschlechtsdiskriminierenden Öffentlichkeit und hat ernstzunehmende Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit von Menschen (Angststörungen, Magersucht, Depressionen bei jungen Mädchen* und Buben* werden so immer häufiger).

Werbeverbote gibt es jetzt schon in vielen Bereichen, vor allem wenn es um Jugendschutz und Gesundheit geht. Eine Haselnusscreme darf nicht behaupten, dass sie gesund ist. Pharmaunternehmen dürfen nur sehr eingeschränkt werben, und bei Tabak und Alkohol gibt es ein explizites Jugendwerbeverbot. Vor allem in Hinblick auf mögliche schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit bringt ein Verbot sexistischer Werbung eine Verbesserung.

Denn was verliert eine Gesellschaft, in der es keinen Sexismus in Werbung und Medien mehr gibt? Nichts. Was gewinnt eine Gesellschaft, in der Mädchen* und Frauen*, aber auch Buben* und Männer* so dargestellt werden, wie sie sind und wie sie ein wollen? Alles.

Gemeinsame Begehren

Liebst du mehr als ein Geschlecht/ Gender?
Liebst du mehr als eine Person?
Welche Lebens-, Liebes-, Beziehungs- bzw. Familienformen entsprechen Dir? Was lebst Du wie? Und warum gestaltest Du etwas außerhalb der üblichen Beziehungsvorgaben und -normen? Welche Wünsche hast du an Gesetzgebung und Umfeld?
Der Verein ArchFem – Interdisziplinärer Raum für feministische Intervention – plant für das Jahr 2018 in monatlichen Abständen offene Stammtische für Menschen, die Beziehungsformen reflektieren und aktiv verändern wollen.
Althergebrachte Rollen-, Familien- und Beziehungsmuster können in der Gruppe im Gespräch oder mit verschiedenen Mitteln des kreativen Ausdrucks aufgeweicht und neu entworfen werden. Optional werden kreative Inputs unterschiedlicher Künstlerinnen zum Thema geplant.
Wir freuen uns über zahlreiche Widerständige mit Spaß an der Auseinandersetzung, die berichten oder zuhören wollen, denn auch wenn sich die selbstgewählte (sexuelle) Identität ändern kann, ist sie trotzdem immer richtig.

Infos zur Veranstaltungsreihe:
ArchFem – Interdisziplinärer Raum für feministische Intervention
www.archfem.net
info@archfem.net
facebook.com/Archfem

Der Verein Amazone fokussiert die Entwicklung einer geschlechtergerechten Arbeit mit dem Ziel, Mädchen* auch in gemischtgeschlechtlichen Kontexten zu stärken und Mädchenarbeit mit weiteren genderpädagogischen Ansätzen zusammenzuführen. Die Umsetzung der Arbeitsschwerpunkte Ausbildung, Gesundheit, Gewalt, Kultur, Multimedia, Arbeit, Politik und Sexualität erfolgt mit feministischer Haltung über die Zugänge Bildung und Förderung in drei Handlungssäulen: dem Mädchenzentrum, der Mädchenberatung und der Fachstelle Gender.
Medien transportieren Vorbilder, Vorlagen und kulturelle Skripte, die die Vorstellung einer „wünschenswerten" Persönlichkeit beeinflussen. Dabei zeigt sich, dass die Kategorie Geschlecht sehr präsent ist. Die Darstellungen von Frauen* und Männern* haben sich in den letzten Jahren zwar ausdifferenziert, sind allerdings in fast allen Bereichen nach wie vor geschlechterstereotyp ausgerichtet. So spielen Jugendlichkeit und das äußere Erscheinungsbild bei Frauen* eine bedeutende Rolle, während Männern* hier ein deutlich größerer, auf Inhalt und Persönlichkeit gerichteter Spielraum zugestanden wird.
Ziel der medienpädagogischen Arbeit des Vereins Amazone ist es, Jugendliche darin zu unterstützen und zu fördern, einen kritischen Blick auf Medieninhalte zu werfen. In Projekten und Workshops werden im Sinne einer unterstützenden Lebensplanung Medieninhalte hinterfragt und vielfältige Geschlechtsidentitäten aufgezeigt.

www.amazone.or.at

Verein zur Erarbeitung feministischer Erziehungs- und Unterrichtsmodelle

Der Verein EfEU beschäftigt sich seit 1986 mit dem Themenfeld „Geschlecht und Bildung". Wir forschen, beraten, publizieren, vernetzen und sind im Fortbildungsbereich tätig. Unsere Zielgruppen sind vor allem Multiplikator*innen: Lehrkräfte, Elementarpädagog*innen, Freizeitpädagog*innen. Unsere Inhalte sind vielfältig: Geschlechtersensible Pädagogik, Berufsorientierung, L(i)ebensformen, Gewaltprävention, Sprache, Sozialisation, Medien, Schulentwicklung – um nur ein paar zu nennen – sind uns ein Anliegen. Es ist uns wichtig, Theorie mit Praxis zu verbinden, Geschlechterbilder zu hinterfragen und neben Geschlecht auch andere Diversitätskategorien im Blick zu haben.
Obwohl sich in Österreich in den letzten Jahrzehnten gesetzlich einiges in Richtung Geschlechtergerechtigkeit bewegt hat, erleben wir zeitgleich einen Backlash mit Sexualisierung, Entsolidarisierung, Stereotypisierungen in Werbung, Spielzeug oder Kleidung. Das Frauen*Volksbegehren spricht wichtige konkrete Forderungen an. Gerade im Bildungsbereich ist es unentbehrlich, dass Pädagog*innen Wissen darüber haben, welche Bedeutung Geschlecht auf der individuellen, der interaktionalen, der institutionellen und der gesellschaftlichen Ebene hat. Dieses Wissen gehört verpflichtend in der Aus- und Fortbildung verankert und Pädagog*innen müssen mit Ressourcen unterstützt werden, damit sie dieses Wissen in ihrer Arbeit gut umsetzen können.
Das Frauen*Volksbegehren fordert Sensibilisierung, Verbote, aber auch Anreize – dieses Dreigespann finden wir sehr sinnvoll.

www.efeu.or.at

GEWALT VERHINDERN

DAS IST GERECHT

Jede fünfte Frau* über 15 ist in Österreich von körperlicher Gewalt betroffen und sogar fast drei Viertel von sexueller Belästigung. Um diese untragbaren Zustände zu beenden, braucht es rasch eine Offensive für Gewaltschutz und -prävention.

Maryam wurde kurz nach ihrem 18. Geburtstag nach Österreich geholt und hier in eine von ihren Eltern und Schwiegereltern arrangierte Ehe gezwungen. Diese war von Anfang an von Gewalt geprägt. Verbaler Gewalt in Form von Erniedrigungen folgte bald die physische. Selbst während ihrer Schwangerschaft lässt ihr Mann* nicht von ihr ab. Um ihr ungeborenes Kind zu schützen, bringt sie den Mut auf, in einem Frauen*haus Schutz zu suchen. Sie wird als Hochrisikofall eingestuft und bekommt einen Platz. Nicht alle schutzbedürftigen Frauen* bekommen diese Hilfe: 2015 mussten österreichweit über 350 Schutzbedürftige und ihre Kinder aufgrund fehlender Finanzierung abgewiesen werden.

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- den bundesweiten Ausbau von staatlich finanzierten und rechtlich abgesicherten, leicht zugänglichen, kostenfreien Einrichtungen und Beratungsstellen für alle gewaltbetroffenen Frauen* und ihre Kinder
- den Ausbau der Kooperation zwischen Behörden, Gerichten und Gewaltschutzzentren
- verstärkte Sensibilisierungsprogramme in Schulen, der Justiz und der Polizei sowie Präventionsprogramme und Antigewalttrainings für Gefährdende.

Frauen gegen VerGEWALTigung

Beratung Prävention Information

„Frauen gegen Vergewaltigung" ist eine Fachstelle zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen ab 16 Jahren. Unser Verständnis von Gewalt ist feministisch und geschlechterbasiert. Wir gehen davon aus, dass die gesellschaftlich bedingte Geschlechterhierarchie Männergewalt an Frauen und Mädchen begünstigt.

Gewalt verhindern heißt für uns: Geschlechterdemokratie

Sexualisierte Gewalt und Übergriffe stellen in ihrer Häufigkeit und Alltäglichkeit in allen Lebensbereichen ein ungelöstes gesellschaftliches Problem dar und es besteht gesamtgesellschaftlicher Handlungsbedarf. Sexualisierte Gewalt darf nicht individualisiert und ins Private gerückt werden. Die Forderung sowohl nach sozialer Gerechtigkeit als auch nach Geschlechtergerechtigkeit sowie nach Konsens, Respekt und gewaltfreier Kommunikation müssen in die Politik getragen werden und ist ein direktes Mittel zur Prävention von sexualisierter Gewalt.

Solidarität

Die Anzeige- und Aufdeckungswahrscheinlichkeit bei sexualisierten Grenzüberschreitungen soll erhöht werden, indem für gesellschaftliche Bedingungen Sorge getragen wird, in denen eine klare Haltung gegen jede Form von Diskriminierung und Gewalt vorherrscht und betroffenen Frauen keine Mitschuld zugewiesen wird.

Sexualisierte Gewalt zum Thema machen

Kontinuierliche Sensibilisierung für das Thema der sexualisierten Gewalt und das Aufzeigen des gesellschaftlichen Zusammenhangs sowie der geschlechtsspezifischen Sozialisation und der damit verbundenen Rollenzuschreibungen sind notwendig. Sensibilisierungsprogramme zu sexualisierter Gewalt und ihren Folgen sind in Aus- und Weiterbildungscurricula für Berufe im Gesundheitsbereich sowie bei Polizei und Justiz zu implementieren.

Gewaltschutz

Der Zugang zu spezialisierter psychosozialer Beratung und Begleitung durch einschlägig qualifizierte Beratungsstellen ist in ganz Österreich zu schaffen und zu gewährleisten, um die besonderen Herausforderungen im Umgang mit sexualisierter Gewalt gegen Frauen zu berücksichtigen.

Die angemessene Finanzierung von bestehenden Fachstellen zu sexualisierter Gewalt, um insbesondere auch nachhaltige Gewaltpräventionsarbeit leisten zu können, ist sicherzustellen.

KARIN WACHTER, psychosoziale Beraterin und Prozessbegleiterin
www.frauen-gegen-vergewaltigung.at

FRAUEN HAUS tirol

schrittweise und kein bisschen leise oder warum ich Feministin bin und bleibe

Heuer vor 40 Jahren wurde in Wien das erste Frauen*haus in Österreich eröffnet. Auch das Frauen*haus Tirol bietet nun seit 37 Jahren Schutz, Unterkunft, Beratung und Begleitung für Frauen* und Kinder an, die von körperlicher, psychischer und/oder sexualisierter Gewalt bedroht oder betroffen sind. Zum einen ist die Geschichte der Frauen*häuser eine Erfolgsgeschichte, weil sehr viele Errungenschaften im Opferschutzbereich – wie beispielsweise die Einführung und Novellierung des Gewaltschutzgesetzes – auch durch das Zutun von Expertinnen aus den Frauenhäusern ermöglicht wurden. Zum anderen verweist uns die Tatsache, dass es Frauen*häuser oder andere Unterstützungseinrichtungen braucht, auch darauf, dass die Gewalt selbst seit der Gründung der Frauen*häuser in den 1970iger Jahren nicht geringer geworden ist. Wir wissen auch, dass es trotz zahlreicher Errungenschaften, trotz vergleichsweise guter gesetzlicher Ausgangslage zum Schutz vor Beziehungsgewalt in Österreich noch sehr vieles zu verändern und verbessern gilt, um gewaltbetroffenen Frauen* und Kindern bestmögliche und differenzierte Hilfe anbieten zu können. Nach wie vor gibt es zu wenige Frauen*häuser oder andere spezialisierte Einrichtungen, nach wie vor gibt es keine Garantie für eine finanzielle Absicherung, nach wie vor gibt es kaum Unterstützungsmöglichkeiten und Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen* mit Behinderungen, nach wie vor gibt es keine Schutzeinrichtungen für Transgender-Personen, nach wie vor kann in den Frauen*häusern eine uneingeschränkte, niederschwellige, kostenlose oder kostengeringe Inanspruchnahme nicht flächendeckend garantiert werden.

Gewalt verhindern heißt vor allem aber auch, beharrlich **Geschlechter*gerechtigkeit zu fordern und zu fördern, Ungleichverhältnisse und Diskriminierungsformen abzubauen,** denn ohne diese Geschlechter*gerechtigkeit gibt es auch keine Gewaltfreiheit. Je größer Abhängigkeiten, umso größer ist auch das Risiko, dass diese Abhängigkeiten gewaltvoll missbraucht werden. Und je komplexer die Abhängigkeitsverhältnisse, umso schwieriger wird es auch, der Gewaltdynamik ein Ende zu setzen. Wenn ich im Rahmen der Gewaltprävention – einem inhaltlichen Schwerpunkt des Frauenhauses Tirol – in Schulklassen gehe, dann ist es immer mein allerwichtigstes Ziel und mein allergrößter Wunsch, dass die Schüler*innen diesen Zusammenhang verstehen. „Gewalt fällt also bekanntlich nicht einfach vom Himmel", sondern ist immer auch ein Ausdruck von benachteiligenden Strukturen und Machtmissbrauch. In einer Gesellschaft gibt es viele Formen der Unterdrückung und Diskriminierung. Gewalt gilt nach wie vor als eine der häufigsten Formen, um Frauen* zu unterdrücken und damit in untergeordneten Positionen zu halten. Machtungleichheiten, rechtliche Benachteiligung und ökonomische Abhängigkeit sind der Boden, auf dem Gewalt gedeiht – und Frauen* sind viel häufiger davon betroffen. Es ist also kein Zufall, dass Gewalt im Geschlechter*verhältnis hauptsächlich von Männern* ausgeht und überwiegend Frauen* und Kinder trifft. Für Frauen* und Kinder ist der angeblich sicherste Ort – die Familie – nachweislich und weltweit immer noch der gefährlichste Ort. Der Zusammenhang zwischen Geschlechter*gerechtigkeit und möglicher Gewaltfreiheit ist einer der wesentlichsten Gründe, warum ich mich als Leiterin des Frauenhauses Tirol und als Feministin bei den Aktionistas* zum Frauen*Volksbegehren in Tirol engagiere. Denn es gibt viele Gründe Feministin zu sein und zu bleiben.

Mag.ª GABI PLATTNER
Geschäftsführung und inhaltliche Leitung. Frauenhaus Tirol.
www.frauenhaus-tirol.at

Aktion im Öffentlichen Raum, 28.3.2018, Foto: privat/Frauenvernetzung

SCHUTZ GEWÄHREN

DAS IST GERECHT

Auf der Flucht werden insbesondere Mädchen*, Frauen* und LGBTIQ-Personen Opfer von sexueller Gewalt und Menschenhandel. Deshalb brauchen sie besonderen Schutz, den ihnen das Asylrecht aktuell allerdings nicht ausreichend gewährt. Hier herrscht akuter Handlungsbedarf.

Das fordert das Frauen*-Volksbegehren konkret:

- die gesetzliche Verankerung von frauen- und geschlechtsspezifischen Fluchtgründen nach UNHCR-Richtlinien sowie eine geschlechtersensible Auslegung und Anwendung von Migrationsrecht, wie es etwa die UN-Frauenrechtskonvention und Istanbul-Konvention vorsehen
- verpflichtende Weiterbildungs- und Sensibilisierungsmassnahmen für Polizei, Dolmetscher*innen sowie behördliche und gerichtliche Entscheidungsträger*innen
- das Recht auf schnelle und sichere Familienzusammenführung
- einen eigenständigen und vom/von der Ehepartner*in unabhängigen Aufenthaltsstatus
- die geschlechtergetrennte Unterbringung, spezielle Schutzräume sowie Zugang zu staatlich finanzierter, geschlechtsspezifischer, medizinischer und psychologischer Therapie und Beratung.

Warum verdienen flüchtende Mädchen*, Frauen* und LGBTIQ-Personen besonderen Schutz?

Frauen* und LGBTIQ-Personen haben oft spezifische Gründe zu fliehen: Sie wollen konservativen Gesellschaften und einer Politik, die ihnen keine Rechte gibt, den Rücken kehren und ein freies, selbstbestimmtes Leben führen. In ihrer Heimat waren sie etwa durch Zwangsheirat, Menschenhandel, Genitalverstümmlung oder Todesstrafe bedroht. Manche Gerichtsurteile erkennen dies bereits an, doch meistens werden geschlechter*spezifische Fluchtgründe in erster Instanz kaum erkannt und anerkannt.

Um das zu ändern, brauchen Frauen* und LGBTIQ-Personen eine spezielle Rechtsberatung vor der Einvernahme bzw. Informationen durch geschulte Beamt*innen oder Unterkunftsbetreuer*innen, was spezifische Fluchtgründe sein könnten und welche eigenständigen Rechte sie im Verfahren haben. Zudem müssen die Behörden, Beamt*innen und Unterkunftsbetreuer*innen besser geschult und für geschlechter*spezifische Fluchtgründe sensibilisiert werden.

FRAUEN AUS ALLEN LÄNDERN

Bildungs- und Beratungseinrichtung

Frauen aus allen Ländern ist eine Bildungs- und Beratungseinrichtung für Frauen und Mädchen mit Migrationsgeschichte und/oder Fluchterfahrung in Innsbruck und bietet seit über 15 Jahren Frauen und ihren Kindern einen Ort zum Austausch und zum Lernen. Alle Kurse und Beratungen werden mit professioneller Kinderbetreuung angeboten, wodurch diese nicht nur für Mütter leichter zugänglich sein sollen, sondern auch ihre Kinder eigenen Raum bekommen.

Internationaler Frauentag. Foto: privat/Frauenvernetzung

In unserer täglichen Arbeit zeigt sich immer wieder sehr deutlich, welchen spezifischen Belastungen geflüchtete Frauen und ihre Kinder ausgesetzt sind. Die Flucht selbst bedeutet für sie ihre Heimat und häufig auch nahestehende Personen und Familie zurücklassen zu müssen. Viele Frauen – und teilweise auch ihre Kinder – erfahren auf der Flucht Formen von psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt und erleben in weiterer Folge oft schwerwiegende Traumatisierungen. Auch nach ihrer Ankunft sind sie nicht

selten Diskriminierung und rassistischen Übergriffen ausgesetzt. Neben all diesen Belastungen ist das Ziel, ein selbstbestimmtes und gutes Leben führen zu können, oft sehr schwierig zu verfolgen. Deshalb sind frauenspezifische Angebote wichtig, die innerhalb eines geschützten Raums die komplexen Lebensrealitäten von geflüchteten Frauen und Kindern berücksichtigen und dadurch ein Leben in Selbstbestimmung fördern.

Das bedeutet für unsere Arbeit:

- Die Kursinhalte orientieren sich an den Interessen der Lernerinnen, die für sie relevante Themen selbst einbringen können.
- Die Beratung verfolgt den Grundsatz der Parteilichkeit und kann dolmetschgestützt in Anspruch genommen werden.
- Die Angebotsplanung orientiert sich an den Rückmeldungen der Frauen und berücksichtigt daher beispielsweise die Betreuungspflichten vieler Teilnehmerinnen (z.B. durch Vormittagskurse).
- Das Team setzt sich aus Mitarbeiterinnen mit unterschiedlichen professionellen Hintergründen zusammen und teilt eine feministische und antirassistische Haltung. Dadurch wird ein professionelles und (selbst)kritisches Arbeiten möglich.

VERENA SPERK
Frauen aus allen Ländern
www.frauenausallenlaendern.org

Das Igler Flüchtlingsheim für geflüchtete Frauen und Kinder

Joy wurde vor drei Jahren aus Nigeria nach Europa verschleppt. Vor der Ausreise musste sie sich wie viele junge nigerianische Frauen dem *Juju-Ritual* unterziehen. Bei diesem Ritual werden den Frauen Fingernägel, Haare vom Kopf- und Schambereich abgeschnitten und anschließend in einer Dose konserviert. Dabei werden die Frauen von einem *Priester* in den Glauben versetzt, dass in Europa ein besseres Leben auf sie warte. Gleichzeitig schwören die Frauen über sämtliche Schicksale, die über sie ergehen werden, zu schweigen und alles zu tun was von ihnen verlangt wird. Widersetzen sie sich dem, wird ein böser Zauber freigesetzt, der sie und ihre Familie ein Leben lang heimsuchen wird. Unwissentlich ist dies bereits der Beginn organisierten Menschenhandels, der Frauen in die Zwangsprostitution bringt. Die Frauen werden meist über Libyen nach Italien verkauft. Die Reisekosten belaufen sich im Schnitt auf 20.000 bis 40.000 Euro, die die Frauen dann abarbeiten müssen. Auch Joy geriet in die Fänge der Menschenhändler und musste sich zwangsprostituieren. Dabei erlitt sie Höllenquallen, nicht zuletzt auch aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, als homosexuelle, junge Frau. Nach ihrer Ankunft in Österreich kann sie im Haus Liah endlich zur Ruhe kommen und hat es binnen eines Jahres geschafft, in einer Bildungsmaßnahme erfolgreich Fuß zu fassen und spricht bereits fließend Deutsch.

Das Haus Liah

Das Haus Liah bietet seit Juni 2017 geflüchteten Frauen mit und ohne Kindern Unterkunft und Schutz. Zudem werden die Frauen professionell und sensibel betreut. Die Einrichtung setzt sich zum Ziel, Frauen eine sichere Umgebung zu bieten, sie aber ihren Lebensalltag selbstorganisiert und autonom gestalten zu lassen. Für viele Frauen ist das Haus Liah der erste Ort, an dem sie endlich zur Ruhe kommen können und keine Angst vor geschlechterspezifischer Gewalt haben müssen. Obwohl es vor Ort keine Security gibt und auch die Lage des Hauses nicht geheim ist, wird er trotzdem als Fraueneinrichtung respektiert, in dem Männer keinen Zugang haben.

Das Schicksal von Joy ist kein Einzelschicksal, wird aber oftmals vonseiten der Asylbehörden in den Schatten gerückt. Wir fordern, dass Menschenhandel und Zwangsprostitution als Fluchtgrund in der Praxis anerkannt werden und Frauen keine Angst vor Abschiebung in ihr Herkunftsland haben müssen, in dem sie oftmals aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Schicksale stigmatisiert werden. Zudem fordern wir mehr Sensibilisierung von Seiten der Behörden und mehr Anlaufstellen für betroffene Frauen.

Das Haus Liah in Igls ist eine Unterkunft für geflüchtete alleinstehende Frauen und Kinder und gewährleistet ihnen während ihres Asylverfahrens die notwendige Unterstützung.

JENNIFER HAUSBERGER MMA leitet das Haus Liah, ANGELIKA KNAPP BA absolviert ein Praktikum im Haus Liah.

DIE TIROLER AKTIONISTAS* FÜR DAS FRAUEN*VOLKSBEGEHREN 2.0 EVENTS – ERFOLGE

Elisabeth Grabner-Niel

Eine von der Zivilgesellschaft getragene Initiative wie das Frauen*Volksbegehren ist darauf angewiesen, dass sich Menschen freiwillig engagieren und eine Verbindlichkeit eingehen. Umso erfreulicher und auch erstaunlicher ist es, wenn sich im Laufe der vielen verschiedenen Aktivitäten eine bunte verlässliche Gruppe herausbildet, mal größer mal kleiner, die viel Spaß beim gemeinsamen Planen hat und sich auf ein kontinuierliches Engagement einlässt. Der Kontakt mit der gesamtösterreichischen Projektleiterin war als roter Faden ein wichtiger Aspekt.

Das erste öffentliche Treffen zum Frauen*Volksbegehren 2.0 fand am 10. Jänner 2018 gemeinsam mit der gesamtösterreichischen Projektleiterin Lena Jäger im Treibhaus in Innsbruck statt und zog über 70 Menschen an, die sich informieren und zum Teil auch in Interessent*innen-Listen eintragen wollten. In der Folge wurden ca. im 10-Tage-Takt Planungstreffen an den verschiedenen Orten abgehalten: im ArchFem, bei Frauen-aus-allen-Ländern, im AEP und im Kulturcafé ARARAT. Die Zusammensetzung der Aktionistas* ist vielfältig, eine bunte Gruppe: Studentinnen, Pensionistinnen, aus dem schulischen Lehrberuf, in Fraueninitiativen Tätige, aus dem universitären und politischen Bereich, überwiegend weiblich, aber doch nicht nur.

Als eine sehr wichtige Gruppenerweiterung erwies sich die Überschneidung einiger Teilnehmer*innen mit der Frauenvernetzung für Begegnung und Austausch und dem AEP. Bei einem Treffen im Februar fiel dort die Entscheidung, im Rahmen der vielen Aktionen zum 8. März die Forderungen des Frauen*-Volksbegehrens als Hauptanliegen auf die Straße zu tragen. Dies wurde insbesondere bei der Demo am Internationalen Frauentag – mit vielen Schildern und Slogans – sicht- und hörbar. Die gute und langjährige Vernetzung der Innsbrucker autonomen und institutionell verorteten Frauen*szene führte auch dazu, dass immer wieder Kurz-Präsentationen bei einschlägigen Veranstaltungen stattfinden konnten. Auch im Zusammenhang mit den Tiroler Landtagswahlen am 25. Februar und den Innsbrucker Gemeinderatswahlen am 22. April wurden explizit die Positionen der einzelnen wahlwerbenden Gruppen zu den Forderungen des Frauen*Volksbegehrens angesprochen. Im Rahmen von Podiumsdiskussionen konnte ein noch breiteres, politisch interessiertes Publikum erreicht werden.

Aber die Aktionen beschränkten sich nicht nur auf Innsbruck, auch Interessierte in den Bezirksstädten bekamen die Möglichkeit, sich zu informieren und mitzudiskutieren: in Landeck, Imst, Reutte, Wörgl, St. Johann und Lienz wurden in Kooperation mit Einrichtungen vor Ort zu Gesprächsrunden eingeladen. Bei den Zusammenkünften der Aktionistas* war neben der Planung und Aufgabenbesprechung noch ausreichend Platz für ein entspanntes Beisammensein: gemeinsames Feiern gehört dazu!

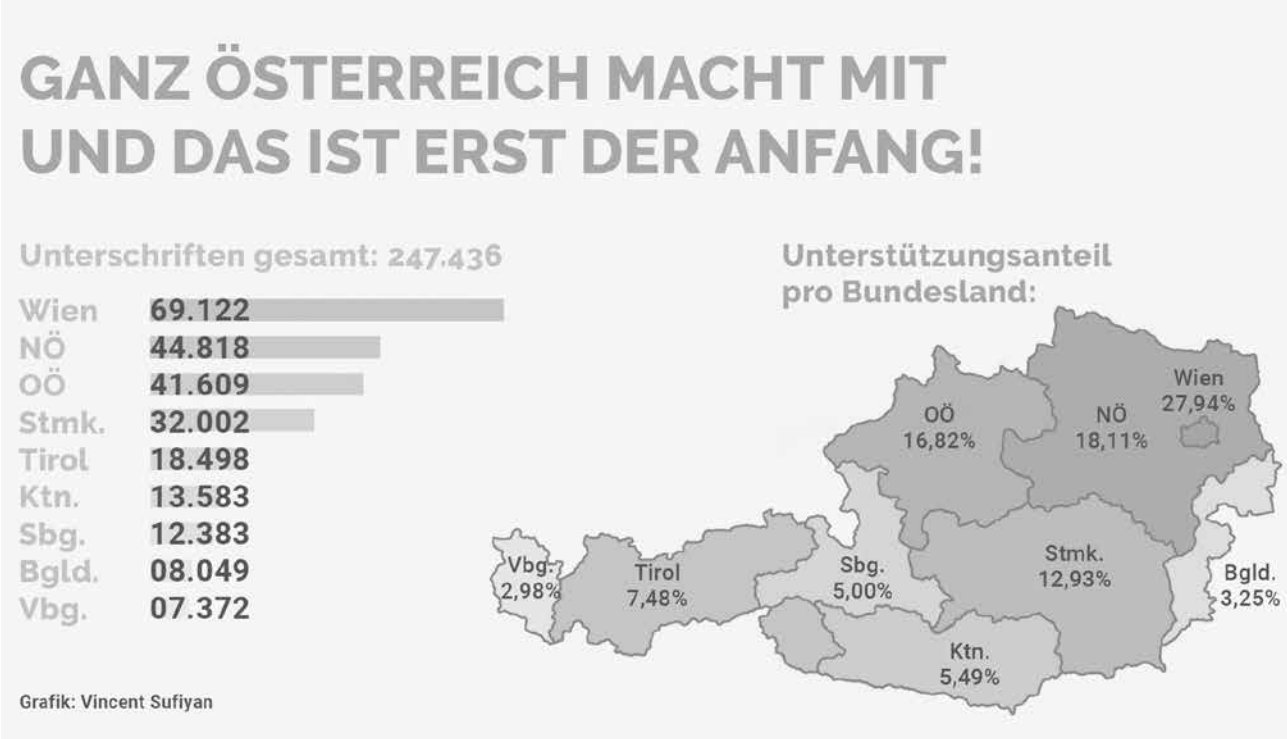
Der Kontakt zu den Medien wurde immer wieder gesucht: Am 2.3. fand ein Pressegespräch statt, bei dem die Forderung "Einkommensunterschiede beseitigen" im Zentrum stand. Vor allem in Lienz, Imst und Reutte wurden die Info-Abende medial gut aufgenommen. Am 28. März, also kurz vor dem Ende der Unterstützungsphase, kamen die Tiroler Aktionistas* mit viel Power und voller Elan "open air" zusammen, um die Öffentlichkeit nochmals auf die neun Forderungen des Frauen*Volksbegehrens aufmerksam zu machen. Beim Foto-Shooting am Inn vor der Markthalle war die Stimmung bestens.

Daten und Zahlen

Ab 12.2. wurden Unterstützungsunterschriften gesammelt, bereits am ersten Tag waren die für die offizielle Einleitung erforderlichen 8.401 Unterschriften beisammen, nach 10 Tagen war die Zahl von 100.000 erreicht, die eine Behandlung der Forderungen im Parlament verpflichtend macht. Die erste Phase endete nach sieben Wochen und zwei Tagen: Mit 4.4. wurden die gesammelten Unterstützungsunterschriften beim Innenministerium eingereicht, die offizielle Einleitung des Volksbegehrens konnte gestartet werden. Der Innenminister setzte die **Eintragungswoche vom 1. bis 8. Oktober** fest. Wer bereits unterschrieben hat, muss dann kein zweites Mal eine Unterschrift leisten.

Das Ergebnis in Zahlen: Österreichweit wurden 247.436 Unterschriften gesammelt, dies sind 3,88 % der Wahlberechtigten über 16 Jahre. Tirol liegt mit 3,42 % der Wahlberechtigten und 18.498 Unterzeichner*innen genau in der Mitte aller Bundesländer.

Besonders groß war der Erfolg in Innsbruck: Die Tiroler Landeshauptstadt steht mit 6,18 % der Wahlberechtigten (5.429 Unterzeichner*innen) an erster



Ergebnisse der Sammlung von Unterstützungsunterschriften vom 12.2. bis 4.4.2018

Stelle aller Landeshauptstädte inkl. Wien; zum Vergleich Graz mit 6,02% und Wien mit 6,01% der Wahlberechtigten.

Tiroler Bezirksergebnisse im Detail

Die Prozentzahlen beziehen sich jeweils auf die Wahlberechtigten:

Innsbruck Stadt	6,18%
Innsbruck Land	4,21%
Kufstein	2,55%
Imst	2,51%
Kitzbühel	2,50%
Schwaz	2,31%
Reutte	2,14%
Lienz	2,08%
Landeck	1,91%

Wir haben leider nicht die ausreichenden Mittel, um eine umfangreiche Marktanalyse in Auftrag zu geben und diese Ergebnisse im Detail zu erklären. Unsere Vermutungen gehen dahin, dass das Bewusstsein für strukturelle Frauen*-diskriminierung, frauen*politische Anliegen und Forderungen im Alltagsverständnis nicht stark ausgeprägt ist. Die Zusammenhänge zwischen mangelnden Betreuungsangeboten und weiblicher Altersarmut, den geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden und stereotypen Rollenzuschreibungen erschließen sich erst im Zuge einer genaueren Befassung mit den zugrunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen. Die Übertragung ins Alltagswissen und in entsprechendes politisches Handeln ist jedoch auch eine Machtfrage und setzt ein grundlegendes Verständnis von Geschlechterhierarchien und -ungleichheiten voraus. Viele Probleme, die in den Forderungen des Frauen*Volksbegehrens angesprochen werden, gelten verbreitet nicht als politisch gemachte und somit veränderbare Strukturen, sondern als individuelle Probleme und unhinterfragbare Fakten, wie Einkommensunterschiede oder die Art der Erwerbsbeteiligung (Teilzeit oder Vollzeit). Eine emanzipatorische Frauenpolitik muss nach wie vor daran arbeiten die breite Gesellschaft zu erreichen.

„WARUM ICH MICH ENGAGIERE"

Stimmen von Tiroler Aktionistas*

Ich unterstütze das Frauen*Volksbegehren, weil Frauen*rechte Menschenrechte sind und weil damit auch Männer* nur Ketten verlieren und eine Welt gewinnen können.
Max Preglau

Warum ich mich für's Frauen*Volksbegehren engagierte:
Als Mama von zwei Söhnen bedeutet das Frauen*Volksbegehren für mich einen wichtigen Schritt zur Sensibilisierung der nächsten Generation für die bestehende Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Leider ist die Mehrheit der heute Mitte-Zwanzigjährigen davon überzeugt, dass Gleichstellung schon längst erreicht wurde. Diesem Verkennen von bestehender Benachteiligung von Mädchen und Frauen muss entschieden entgegen gewirkt werden. Dafür setze ich mich täglich im privaten und beruflichem pädagogischen Tun ein.
Ariane Moser

Ich unterstütze das Frauen*Volksbegehren, weil es die Frage, wie wir überhaupt leben wollen, politisch zur Diskussion bringt. Im Gegensatz zu zahlreichen medialen Beiträgen zu wirtschaftlichem Wachstum und Leistungsbereitschaft birgt das Frauen*Volksbegehren mit Forderung der 30-Stunden-Woche das Potential, über Lebensqualität nachzudenken. Beziehungen leben, Intimität genießen, aktivistisch tätig sein… – diese essentiellen Bestandteile menschlichen (Zusammen-)Lebens benötigen Zeit. Fordern wir diese Zeit!
Daniela Schwienbacher

Gerechtigkeit ist eine Grundvoraussetzung für den Frieden und den Wohlstand eines Landes. Die Forderungen des Frauenvolksbegehrens befördern eine Gerechtigkeit, die auf Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit und Solidarität gegründet ist. Deshalb engagiere ich mich für das Frauenvolksbegehren.
Christine Baur

Ich unterstütze das Frauenvolksbegehren, weil in einem modernen Land das Recht auf den eigenen Körper eine Selbstverständlichkeit sein muss und Schwangerschaftsabbrüche und der Zugang zu Verhütungsmittel keine Frage der Brieftasche mehr sein darf. Außerdem muss es endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben.
Andreas Stolz

Warum ich beim fvb mitmache? Ich habe mir vorgenommen, aktiv etwas bewegen zu wollen, was gesellschaftlich notwendig ist, statt immer nur darüber zu jammern, was nicht richtig läuft. Deshalb kam die Einladung zur Mitarbeit beim fvb gerade recht. Es ist für mich sehr bereichernd mit einer so bunten Vielfalt von Frauen zusammen zu arbeiten.
Sehr gefreut habe ich mich darüber, dass schon in kurzer Zeit genügend Unterschriften gesammelt worden sind, damit das fvb aktionsreif wurde.
Es tut einfach gut, mit engagierten Frauen aus allen möglichen Bereichen zu arbeiten und zu sprechen. Ein Problem ist, dass ich nicht in der Nähe von Innsbruck wohne und es deshalb schwieriger ist, an möglichst vielen Aktionen teilzunehmen. Ich denke, das ist insgesamt ein Thema, wie die Menschen außerhalb der Ballungszentren zu erreichen wären.
Claudia Müller

- Es ist Zeit, dass die Menschenrechte verwirklicht – sprich gelebte Realität – werden. Frauen erhalten die ihnen gebührende Wertschätzung und Wahrnehmung. Gewaltfrei und selbstbestimmt leben – unabhängig von den Chromosomen!!!!!!!!!!! Eine Gleichstellung aller Geschlechter und ein faires Miteinander ermöglicht Begegnungen auf Augenhöhe und hilft uns auf kreative Weise, eine neue und friedvolle Welt zu gestalten.
- Wir brauchen einen Ausgleich zur herrschenden patriarchalen materialistischen Realität.
- Die herrschende Männerpolitik hat mich veranlasst, die Forderungen des Frauen*Volkslbegehrens möglichst vielen näherzubringen. Die Menschheit besteht nicht nur aus Männern!
- Vieles in unserem Bewusstsein über Frauen besteht aufgrund von Erfahrungen, geschürten Ängsten und diskriminierenden Gesellschaftsformen (weltweit!). Die Überwindung dieser Ängste und dieser mangelnden Selbstliebe braucht viel Reflexion und Überzeugungskraft.

vier Aktivistas*

Sobald ich gehört habe, dass ein neues Frauen*Volksbegehren im Anlaufen ist, war für mich klar, dass ich mich in irgendeiner Form einbringen werde. Aktiv für eine emanzipatorische Frauenpolitik einzutreten, empfinde ich als Selbstverständlichkeit, um so mehr in „diesen" Zeiten. Dass ich dann sogar die Koordination für Tirol übernehmen werde, hat sich einfach ergeben. Es ist zwar zeitweise äußerst fordernd und verlangt sehr viel Kräfte ab, aber die vielen unterschiedlichen Kontakte sowie das gemeinsame Planen und Aktiv-Sein im Sinne einer gemeinsamen Utopie sind auch sehr bereichernd.
Elisabeth Grabner-Niel

Ich engagiere mich für das Frauen*Volksbegehren, damit viele feministische Stimmen zu Wort kommen und gehört werden. Damit trotz Unterschiede und Widersprüche ein gemeinsames und solidarisches Handeln das Ziel ist. Damit neue Ideen und Visionen entstehen können. Damit alle* ein selbstbestimmtes und gutes Leben führen können.
Verena Sperk

Ich kann mich zurzeit nicht sonderlich viel für ein Frauenvolksbegehren engagieren, da meine Ressourcen und Kräfte beschränkt sind, obwohl ich mehr machen wollen würde. Ich engagiere mich im Bereich der Behindertenpolitik, da es hier noch mehr als bei der Frauenpolitik an allen Ecken und Enden im Sinne der Gleichberechtigung fehlt. Jedoch ist aber gleichzeitig für mich das Weiterbringen der Rechte von Frauen* eine fundamentale Basis, damit überhaupt etwas im Bereich der Behindertenpolitik passieren kann. Ich erlebte auf unterschiedlichsten Ebenen als Kind und als Jugendliche Einschränkungen, Gewalt und Not, da mir meine Mutter als Alleinerziehende aufgrund struktureller Bedingungen nicht mehr bieten konnte. Heutzutage macht es mich traurig, dass das Engagement meiner Mutter, das Beste aus der Not zu machen, als damals finanziell abhängige Hausfrau in ihrer jetzigen Pension nicht entsprechend honoriert wird. Ich selbst kann in meinem Leben unzählige Beispiele nennen, wo ich als behinderte Frau strukturell, zwischenmenschlich, gesellschaftlich, baulich usw. nicht ebenbürtig wie andere Menschen behandelt werde. Das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, kenne ich nur zu gut.
Des Weiteren macht es mich fassungslos, wenn so viele Menschen davon sprechen, dass Frauen* eh schon so gleichberechtigt wären und was wir als Frauen* überhaupt noch wollen würden. Und warum wir* uns nicht zufriedengeben würden. Ich beobachte, dass viele Frauen* es schon so sehr gewohnt sind, nicht gleichberechtig behandelt zu werden und dass ein Denken und Fühlen abseits der Norm gar keinen Platz bekommt. Kürzungen und Sparmaßnamen an falschen Stellen, Ausländerfeindlichkeit, leistungsorientiertes Denken, kapitalistische Ungleichheit und die entstehende Passivität hinsichtlich des Verantwortungsgefühls und der Demokratie seitens der österreichischen Politik machen mir Angst, weswegen ich hoffe, dass ein solches Frauenvolksbegehren einen Beitrag dazu leistet, dass wir AL_LE in Zukunft gleichberechtigt in der Gesellschaft leben können.
Lydia Kremslehner

Mir ist das Frauenvolksbegehren ein Anliegen, da gerade in einer männerdominierten Branche wie dem Leistungssport das Aufbrechen von geschlechterspezifischen Klischees höchst an der Zeit ist. Darüber hinaus ist mir ein effektiver und gut ausfinanzierter Gewaltschutz ein großes Anliegen – und gerade den sehe ich im gegenwärtigen politischen Klima umso mehr bedroht.
Claudia Lösch

Ich unterstütze das Frauenvolksbegehren: als Frau, als Tochter, als Partnerin, als vielleicht zukünftige Mutter. Die derzeitigen politischen Entwicklungen schlagen eine Richtung ein, die nicht für ein demokratisches Österreich – im Sinne von "gleiche Rechte für alle" – steht. Dagegen wehre ich mich. Ich will nicht, dass alle Errungenschaften, die die feministische Bewegung bis jetzt erreicht hat, Stück für Stück wieder abgetragen werden. Ich will ein Österreich, in dem eine konstruktive Diskussionskultur herrscht. Ich will, dass wir offen über Gehälter, Rollenbilder und Sexualität sprechen können. Ich will, dass wir solidarisch sind – nicht nur unter Frauen. Ich will, dass wir uns wieder auf das Gemeinsame statt auf das Trennende konzentrieren. Das Frauenvolksbegehren ist ein starkes Instrument, um unseren Politiker*innen zu zeigen, was wir uns wünschen, was wir brauchen, was in Zukunft möglich ist.
Theresa Krug

DIREKTE DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH – EIN ÜBERBLICK

Sarah Ertl

Das Frauen*Volksbegehren spiegelt mit seinen Forderungen genau jenes Prinzip wieder, für welches das Instrument Volksbegehren steht: das Einbeziehen von Themen in den politischen Entscheidungsprozess, denen aus der Perspektive von bestimmten Teilen der Bevölkerung mehr Beachtung geschenkt werden soll. Das Frauen*Volksbegehren strebt nicht nur das Einbeziehen bestimmter Themen an, vielmehr steht es für die Einbeziehung, die Teilhabe und das Ende der Benachteiligung der Hälfte der BürgerInnen selbst – der Frauen.

Statistisch immer wieder belegt, sind Frauen in Österreich in wichtigen politischen oder wirtschaftlichen Führungspositionen und Entscheidungsgremien bei weitem nicht gleich oft vertreten wie Männer. „In den 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs [finden sich] lediglich 15,8 Prozent Prokuristinnen. Eine Hierarchieebene darüber – in der Geschäftsführung – sind noch weniger Frauen vertreten, nämlich 7,2 Prozent. An der Spitze der Führungspyramide stehen überhaupt nur noch 3,6 Prozent weibliche CEOs" (Frauen.Management.Report 2017). Dazu gesellen sich hohe Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern und weitere strukturelle Probleme, die aufgrund von sichtbaren Geschlechtsmerkmalen auftreten.

Um die Aufmerksamkeit auf die bestehende Problematik zu lenken und politische Veränderung zu erwirken, wurde auf direktdemokratischem Wege ein Volksbegehren lanciert. Das Instrument, das in Österreich bereits 39 mal bemüht wurde, ermöglicht den österreichischen BürgerInnen, bundesweit relevante Themen in den öffentlichen Diskurs und in die politische Entscheidungsebene zu bringen.

Grundlegend ist Österreich eine repräsentative Demokratie: Die österreichischen BürgerInnen wählen RepräsentantInnen, die ihre Interessen auf Ebene von Gemeinde, Land, Bund und Europäischer Union vertreten und darauf basierend Gesetze beschließen sollen. In diesem Sinne sollen die gewählten PolitikerInnen und Parteien die Bedürfnisse ihrer jeweiligen Klientel und Wählerschaft im politischen Entscheidungsprozess vorbringen und vorantreiben.

Zusätzlich zur Interessensvertretung durch gewählte Parteien und PolitikerInnen sichert die österreichische Verfassung ihren BürgerInnen auch Instrumente direkter Demokratie zu. Drei wesentliche Instrumente direkter Demokratie sind das Volksbegehren, die Volksabstimmung und die Volksbefragung. Alle drei eröffnen BürgerInnen die Möglichkeit, bei politischen Fragen direkt mitzubestimmen – wenngleich die Ergebnisse zum Teil für die Gesetzgebungsorgane rechtlich nicht bindend sind. Die wichtigsten Unterschiede der genannten Instrumente liegen also (1) in ihrer rechtlichen Konsequenz, (2) in der Frage, wer sie initiieren kann und (3) in der Möglichkeit der BürgerInnen, selbst Inhalte vorzugeben.

Volksbegehren

Das Volksbegehren ist aus Sicht der BürgerInnen von besonderer Wichtigkeit, um eigene Inhalte in den politischen Diskurs einzubringen: Es ist das einzige der drei Instrumente, das BürgerInnen befähigt, selbst Themen vorzugeben und somit einen politischen Entscheidungsprozess einzuleiten.

Wie wird ein Volksbegehren durchgeführt?

Zur Beantragung eines Volksbegehrens müssen die InitiatorInnen zunächst die Unterstützung von zumindest einem Promille der österreichischen Bevölkerung beim Bundesministerium für Inneres vorweisen (dzt. 8.401 Unterstützungserklärungen). Nachdem der/die BundesministerIn für Inneres dem Antrag stattgegeben hat, müssen mindestens 100.000 Personen das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützen, wobei die bereits geleisteten Unterstützungserklärungen angerechnet werden. Damit beginnt für die InitiatorInnen des Volksbegehrens die massive Bewerbung und das Auslösen einer breiten Diskussion über die Inhalte und Forderungen des Volksbegehrens. Bisher haben übrigens nahezu alle Volksbegehren die Grenze von 100.000 Unterschriften erreicht (34 von 39). Die drei Volksbegehren mit der höchsten Beteiligungsquote seit der Jahrtausendwende wurden übrigens alle 2002 durchgeführt (VB Veto gegen Temelín, VB Sozialstaat Österreich und VB gegen Abfangjäger).

Was geschieht, wenn 100.000 Unterschriften gesammelt wurden?

Bei ausreichender Unterstützung muss sich der Nationalrat unter Einsatz des fachlich zuständigen Ausschusses mit den Inhalten des Volksbegehrens befassen und berichten. Drei VertreterInnen des Volksbegehrens haben hierbei das

Recht, sich direkt an den Beratungen des Ausschusses zu beteiligen.
Dennoch ist das Volksbegehren rechtlich nicht bindend: Der Nationalrat muss die Forderungen von Volksbegehren nicht umsetzen, wobei es keine Rolle spielt, wie viele BürgerInnen das Volksbegehren unterstützen.

Volksbefragung

Ein weiteres wesentliches Instrument direkter Demokratie in Österreich ist die Volksbefragung: Hierbei befragt der Nationalrat vor Beschlussfassung eines Gesetzes mit grundsätzlicher und gesamtösterreichischer Bedeutung die BürgerInnen nach ihrer Meinung zu diesem Gesetz. Die Bevölkerung kann in Reaktion auf die Fragestellung mit Zustimmung oder Ablehnung („Ja" oder „Nein") oder zwischen zwei Lösungsvorschlägen entscheiden. Bei der Volksbefragung erfolgt die Themensetzung also im Unterschied zum Volksbegehren nicht von den BürgerInnen selbst, sondern auf Antrag des Nationalrats oder der Bundesregierung. Die Bevölkerung hat die inhaltliche Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Gleich wie beim Volksbegehren ist die Entscheidung der Bevölkerung für die Gesetzgebungsorgane nicht bindend.
Obwohl dieses Instrument seit 1989 besteht, wurde es auf Bundesebene erst einmal, und zwar 2013 bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht, eingesetzt. Auch auf Landes- und Gemeindeebene können Volksbefragungen eingesetzt werden, so wurden etwa die BürgerInnen der Stadt Innsbruck 2017 zur Durchführung der Olympischen Spiele 2026 befragt.

Internationaler Frauentag 2018 Innsbruck. Foto: privat/Frauenvernetzung

Volksabstimmung

Das aus legaler Sicht stärkste Instrument direkter Demokratie ist die Volksabstimmung: Im Gegensatz zu Volksbegehren und Volksbefragung ist die Volksabstimmung nämlich rechtlich bindend – das Ergebnis muss verpflichtend umgesetzt werden. Dabei wird von der wahlberechtigten Bevölkerung darüber abgestimmt, ob ein bereits beschlossenes Gesetz des Nationalrates oder des Landtages in Kraft treten soll oder nicht. Auch hier entscheidet die Bevölkerung wie bei der Volksbefragung zwischen den beiden Wahlmöglichkeiten Zustimmung und Ablehnung.
Anlass und Rahmenbedingungen zur Durchführung einer Volksabstimmung sind starr definiert: Zwingend abstimmen muss die Bevölkerung über eine Gesamtänderung der Bundesverfassung sowie über die vorzeitige Absetzung der Bundespräsidentin/des Bundespräsidenten. Wird mit einem beschlossenen Gesetz die Bundesverfassung teilweise verändert, kann ebenso – bereits durch ein Drittel der Nationalratsabgeordneten – eine Volksabstimmung veranlasst werden. Bei weiteren anderen Gesetzen kann eine Mehrheit der Abgeordneten eine Volksabstimmung beschließen.

Bedeutung und Nutzen der Instrumente direkter Demokratie

In Reaktion auf niedrige Wahlbeteiligung, sinkendes Bürgervertrauen und Legitimitätsdefizite wurde 2012 die *Europäische Bürgerinitiative (EBI)* eingeführt – das erste Europäische Instrument für direkte Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union mit starker Ähnlichkeit zum österreichischen Volksbegehren.
Die Einführung eines solchen Instrumentes durch die Europäische Union zeigt besonders deutlich, dass Kanäle notwendig sind, über die Themen, die BürgerInnen beschäftigen und aus ihrer Sicht unzureichend politisch debattiert werden, an PolitikerInnen herangetragen werden können.

Durch Instrumente wie die EBI oder das Volksbegehren in Österreich werden urdemokratische Prozesse in Gang gesetzt: die politische Teilhabe wird verbreitert und BürgerInnen werden aktiviert, sich mit politisch relevanten Themen auseinanderzusetzen.

Die direktdemokratischen Instrumente bieten für BürgerInnen die Chance, öffentliche politische Debatten und Meinungsbildungsprozesse anzustoßen, wenngleich der Ausgang in den meisten Fällen rechtlich nicht bindend ist. Dennoch sind die Instrumente und direktdemokratisch gesetzten Themen auch für politische Verantwortliche von Interesse: Die Umsetzung der Forderungen ist ein Gradmesser dafür, wie sehr die Politik die Bedürfnisse und Anliegen ihrer WählerInnen annimmt. Auf Europäischer Ebene wurde beispielsweise die Bürgerinitiative Stopp-TTIP von der Europäischen Kommission nicht offiziell als EBI zugelassen. Unbeeindruckt davon haben mehr als 3,5 Millionen EuropäerInnen ihre Unterstützung bekundet, 1,5 Millionen mehr Menschen als zum Beispiel der EU-Mitgliedstaat Slowenien Einwohner hat, eine Anzahl, die von der Politik nur schwer ignoriert werden kann.

Literatur

FRAUEN.MANAGEMENT.REPORT 2017: AK Wien. www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/5/8/6/CH1557/CMS1470998798481/ak_frauen_management_report_2017.pdf

Autorin

SARAH ERTL (MMag. Dr. phil.) ist Politik-, Sprach- und Medienwissenschaftlerin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Diskurs- und Medienanalyse mit besonderem Fokus auf sprachlich etablierte Hegemonien, Protest und Bürgerbeteiligung. Zuletzt erschienen: Sarah Ertl (2015): Protest als Ereignis. Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation. Bielefeld: Transcript Verlag.

Volksbegehren alt und neu:

zusammengestellt von MAX PREGLAU

Seit 2018 sind einige Neuregelungen für Volksbegehren in Kraft, wodurch sich auch das Verfahren des Frauen*Volksbegehrens 2.0 vom dem des ersten Frauenvolksbegehrens deutlich unterscheidet (vgl. BM:I, Help gv, Parlamentsdirektion):

- Seit 2018 können die Unterstützungserklärungen im Einleitungsverfahren und Unterzeichnungen in der Eintragungsphase nicht mehr nur in der Heimatgemeinde, sondern in jeder Gemeinde oder über Internet mit qualifizierter elektronischer Signatur abgegeben werden.
- Die im Einleitungsverfahren abgegebenen Unterstützungserklärungen werden auch im anschließenden Eintragungsverfahren angerechnet, es muss also nicht nochmals unterschrieben werden.
- Neuerdings müssen Volksbegehren vom Nationalrat auch über verschiedene Gesetzgebungsperioden hinweg behandelt werden, sie behalten also auch nach Neuwahlen ihre Gültigkeit.
- Nach den Plänen der neuen ÖVP-FPÖ-Regierung sollen ab 2021 Volksbegehren, die von mehr als 900.000 Wahlberechtigten unterstützt und vom Parlament binnen eines Jahres nicht entsprechend umgesetzt wurden, den Wähler*innen in einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorgelegt werden. Zuvor wird das Begehren durch den Verfassungsgerichtshof auf Verfassungskonformität überprüft. Fragen des Grund-, Europa- und Völkerrechts sowie die Mitgliedschaft bei der EU und in internationalen Organisationen bleiben ausgenommen.

AUF GEHT'S IN DIE VERGANGENHEIT!

Die türkis-blaue Regierung macht Errungenschaften der letzten 40 Jahre rückgängig – ein „Backlash" sondergleichen

Monika Jarosch

Aktion im öffentlichen Raum, 28. März 2018. Foto: privat/Frauenvernetzung

Einige Sätze im türkis-blauen Regierungsprogramm sind besonders erwähnenswert: Da steht etwas über Frauen, Familie, schwangere Frauen. Im Folgenden meine Gedanken zu diesen programmatischen Sätzen und einige Anmerkungen zu dem, was die Regierung bisher in die Tat umsetzte.

„Differenz als Pflicht"

nennt es Judith Goetz in der Zeitschrift anschläge I/2018. *„Die Besonderheit beider Geschlechter macht den Mehrwert für die Gesellschaft sichtbar. Die Verschiedenheit von Mann und Frau zu kennen und anzuerkennen, ist ein Bestandteil menschlichen Lebens und damit unantastbar mit der Würde des Menschen verbunden"* (Regierungsprogramm).

Was bedeutet dieser Satz eigentlich? Er muss wohl so interpretiert werden, dass Frauen und Männer grundsätzlich – von Natur aus – von ihrem Wesen aus – verschieden seien. Frauen und Männer werden „in dieser Logik als gegensätzliche, aber sich ergänzende Wesen begriffen, die von ‚Natur' aus bestimmte Wesensmerkmale und Fähigkeiten hätten. So seien sie zwar gleich viel wert, hätten aber unterschiedliche Aufgaben und Rollen in dieser Gesellschaft zu erfüllen" (Goetz). Frauen sind demnach gleichwertig, aber völlig andersartig. In dieser Konsequenz müssten wohl auch die gleichen Rechte, die Frauen ja nach unserer Verfassung haben, überdacht werden, denn wenn sie nicht gleich den Männern sind, können sie auch nicht die gleichen Rechte haben.[1] Widerrufen werden mit dem Satz auch jegliche Erkenntnisse der Sozial- und Geisteswissenschaften, die betonen, dass die Verhältnisse, die Rahmenbedingungen, die Kulturen, in denen wir leben, ganz großen Einfluss auf Wesen und Fähigkeiten von Menschen haben, von Männern wie auch Frauen und all jenen, die nicht in diese zwei Kategorien passen. Frau-Sein wird hier auf die Biologie, nämlich die

Fähigkeit Mutter zu sein, Kinder zu bekommen, zurückgeführt. Mit allem, was dazu gehört, nämlich Windeln und Wäsche waschen, putzen und sorgen. Und das erinnert an die Schmähungen der FPÖ gegen jene Theorien und deren VertreterInnen, die für eine soziale Modernisierung, eine emanzipatorische Gleichstellungspolitik und für die Vielfalt sexueller und familialer Lebensformen eintreten. „Genderwahnsinn", „Genderisierung", „Genderideologie" werden solche Theorien in völliger Missinterpretation genannt.[2] Die österreichische Debatte über „Gender-Ideologie" in der FPÖ und in rechten und rechtsextremen Kreisen kann als eine Gegenbewegung nicht nur gegen Gleichstellungspolitik im engeren Sinne, sondern gegen die Politik der Modernisierung der österreichischen Gesellschaft seit den 1970er Jahren gesehen werden.[3]

Nur ein Beispiel zu den Fähigkeiten von Frauen: Im 19. Jahrhundert war es selbstverständlich, dass Frauen der ArbeiterInnenklasse Straßenbauarbeiten durchführten (Steine klopfen und verlegen) – bürgerliche Frauen selbstverständlich nicht. Oder während der Weltkriege konnten Frauen auf einmal bei der Feuerwehr tätig sein oder Schwerarbeit in Fabriken leisten, in denen normalerweise Männer beschäftigt waren.

Die ganz „normale" Familie

„Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft" (Regierungsprogramm).

Das ist ein konservatives Familienbild – hier wird eine Gesellschaft beschworen, die es nicht gibt. Dieser unzeitgemäße Familienbegriff „geht schlichtweg an der Lebenswirklichkeit eines Großteils der Menschen vorbei, da Alleinerzieher_innen, Patchworkfamilien und Familien mit gleichgeschlechtlichen Paaren seit geraumer Zeit zur selbstverständlichen gesellschaftlichen Realität geworden sind" (Goetz in an.schläge). Sie werden damit diskriminiert.

Rechtsextreme und rechtskonservative Parteien haben diesen antiquierten Familienbegriff schon immer vertreten. Ehe für alle, Adoptionsrechte etc. haben die traditionelle österreichische, heteronormative, bürgerliche Kleinfamilie mit ihren starren Geschlechterstereotypen tatsächlich ins Wanken gebracht (Goetz). Und Judith Goetz meint, wenn nun diese „normale" Familie als vermeintlich „natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft" propagiert wird, so verberge sich dahinter der Versuch, eine pronatalistische Politik mit dem Ziel zu stärken, den Fortbestand des „Volkes" durch Geburten österreichischer Familien abzusichern. Das ist rassistisch.

Aktion im öffentlichen Raum, 28. März 2018
Foto: privat/Frauenvernetzung

Schwangere als Opfer

Die Fristenlösung zum Schwangerschaftsabbruch gilt in Österreich seit 1977. Hier wurde anerkannt, dass Frauen selbständig entscheiden können, ob sie ein Kind austragen wollen oder nicht. Wenn nun im Regierungsprogramm steht, *„Schwangere Frauen bedürfen – insbesondere in schwierigen Lebenssituationen – besonderer Unterstützung. Dazu zählt auch die medizinische und soziale Beratung vor geplanten Schwangerschaftsabbrüchen",* so heißt dies nichts anderes, als dass die Regierung eine verpflichtende Beratung einführen will. Dies fordern rechte Kreise und sogenannte LebensschützerInnen (als Mindestforderung) schon lange. Damit werden Frauen als Unmündige behandelt, die nicht wissen, wie sie sich entscheiden sollen, und die auf den Weg geführt werden müssen.

Backlash – Liste der Grauslichkeiten

Frauenagenden im Familienministerium

Frauenagenden ressortieren zusammen mit den Familien- und Jugendangelegenheiten in einem Ministerium – Frauen werden also nach wie vor primär als FamilienversorgerInnen wahrgenommen.

„Familienbonus“

Die türkis-blaue Regierung hat angekündigt, 1,5 Milliarden Euro für den „Familienbonus Plus“ zu verwenden. 1,2 Millionen Kinder sollen von einem Steuerabsetzbetrag von maximal 1.500 Euro pro Jahr und Kind profitieren. Das Problem: Als Steuerabsetzbetrag kommt der Familienbonus nur jenen zugute, die Lohn- bzw. Einkommenssteuer bezahlen. Es gehen also NiedrigverdienerInnen und solche Familien völlig leer aus, die ihr Auskommen über Arbeitslosenversicherung, Notstandshilfe oder Mindestsicherung bestreiten. Dies ist ein negativer Anreiz für die Erwerbstätigkeit der jeweiligen zumeist weiblichen PartnerInnen und Prämie für das männliche Familienernährer-Modell.

In Österreich lebt rund jedes sechste Kind in einem armutsgefährdeten Haushalt. „Armut verbreitet sich unter Kindern und Jugendlichen stärker als in anderen sozialen Gruppen“, so die Präsidentin der Volkshilfe Österreich, Barbara Gross. Und Armut betrifft Kinder in migrantischen Familien aufgrund der Erwerbssituation ihrer Eltern ungleich öfter. Was wird der Familienbonus an diesen Problemen ändern? „Für die akut von Armut betroffenen Kinder leider gar nichts“, meint Gross, „weil die meist in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung der Eltern leben, die keine Lohnsteuer bezahlen und damit auch nicht in den Genuss des Familienbonus kommen.“ Mit der Einführung des Familienbonus werden zwei familienpolitische Maßnahmen abgeschafft: der Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten. Es gibt hierzu nur unzureichende Korrekturvorschläge.

Der Familienbonus wird deutlich häufiger von Männern in Anspruch genommen werden. Potentiell sind rund 25% der Arbeitnehmerinnen, aber nur rund 13% der Arbeitnehmer vom Familienbonus ausgeschlossen, weil ihre Gehälter unter der Lohnsteuergrenze liegen. Die sozial Schwächsten bekommen nichts. Das sind vielfach alleinerziehende Frauen. „Nur reiche Kinder sind der Regierung was wert“, bringt Femme Fiscale[4] den „Familienbonus“, der „Familienmalus“ genannt werden sollte, auf den Punkt. So segelt der „Familienbonus“ unter einer falschen Flagge. Es ist schlicht und einfach eine Steuererleichterung für besser Verdienende. Eigentlich verpflichtet die Verfassung die Regierung, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen. Mit dem „Familienbonus“ wird dieser Grundsatz verletzt.

Unterhaltsvorschuss

Der versprochene Unterhaltsvorschuss wurde nicht umgesetzt.

Abschaffung der Notstandshilfe

Mit der geplanten Abschaffung der Notstandshilfe wird die Anrechnung des Partnereinkommens über die Hintertür wieder eingeführt. Bei der geplanten Mindestpension werden Kindererziehungszeiten nicht berücksichtigt – wenige Frauen werden 40 Jahre durchgängige Arbeitszeit vorweisen können.

Schulische Nachmittagsbetreuung

Mit der Kürzung der Mittel wird der Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung auf die lange Bank geschoben.

Budget der Frauenministerin

Das Budget der Frauenministerin war noch nie sehr hoch. Nun wurde das Budget von etwas mehr als 10 Mio. Euro um 500.000 Euro gestrichen. Obwohl im Regierungsprogramm steht: *„Frauenbudget absichern und Ausbau der notwendigen Einrichtungen (z.B. Gewaltschutzzentren, Notwohnungen sowie Frauen- und Mädchenberatungsstellen)“.* Um die Dimensionen aufzuzeigen: Bundeskanzler und Vizekanzler bekommen laut Budget jeweils 15 Millionen Euro zur freien Verfügung. Man kann es „Spielgeld“ oder „Körberlgeld“ nennen, jedenfalls muss hier nichts abgerechnet werden.

Flexibilisierung 12-Stundentag

Unter diesem Titel werden die noch bestehenden Hürden für den 12-Stunden Arbeitstag und die 60-Stunden Arbeitswoche abgebaut. Dies betrifft Frauen und Männer, Frauen jedoch besonders, die immer noch den Großteil der familiären Arbeit leisten oder jetzt bei einem 12-Stundentag des Mannes diese Arbeit zusätzlich übernehmen müssen.

Familienberatungsgelder gekürzt

Die neue Regierung hat das Familienministerium angewiesen, heuer bei den 400 Familienberatungsstellen in ganz Österreich eine Million Euro einzusparen. **Die aktuellen Förderraten sind nun tatsächlich – ohne jede vorherige Ankündigung überfallsartig ohne jede Erklärung(!) um 8% gekürzt worden.** 18.000 Familien sind davon betroffen – 26.000 Beratungsstunden müssen österreichweit eingespart werden. *„Familienberatungsstellen sollen mit*

ihrem niederschwelligen Angebot die körperliche, soziale und psychische Gesundheit von Familien, Paaren und Kindern in Österreich absichern". So steht es im Gesetz. Ein Lippenbekenntnis!

Kinderbetreuung

Für das kommende Jahr hat der Bund keine Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung in Österreich budgetiert. Während die Länder heuer 52,5 Mio. Euro dafür bekommen, ist im Bundesvoranschlag 2019 mit **1.000 Euro** de facto nichts vorgesehen. Während der Budgetdebatte benannte Wolfgang Zanger (FPÖ) Kinderbetreuungseinrichtungen mit „Kindesweglegungseinrichtungen". Ohne Kommentar!

Geschlechtergerechte Sprache

Die frühere Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek griff Finanzminister Löger scharf an: „Der Finanzminister hat es gestern in seiner Rede in einer Stunde und 15 Minuten geschafft, niemals Arbeiterinnen, niemals Pensionistinnen, niemals Unternehmerinnen, niemals Frauen zu adressieren. Das ist mehr als retro. Es ist auch ein großer Akt der Unhöflichkeit, Frauen nicht anzusprechen, sondern so zu tun, als würden wir nicht existieren. In der Sprache zeigt sich die Haltung." Im Regierungsprogramm steht: *„Geschlechtergerechte Sprache darf jedoch nicht auf Kosten der Verständlichkeit praktiziert werden".* Ja, in der Sprache zeigt sich die Haltung!

Stopp der Finanzierung der Polizei-Schulung

Nach einer noch unbestätigten Meldung vom 26. April 2018 stoppte das Innenministerium die Finanzierung der Polizei-Schulung, die gemeinsam mit Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser entwickelt und durchgeführt wurde und eine Erfolgsgeschichte ist. Häusliche Gewalt ist das größte Sicherheitsproblem Österreichs. Tabuisiert, schambesetzt, aber sehr real. Der Innenminister weiß offensichtlich auch das nicht.

Was tun?

Die Liste der Grauslichkeiten wird wahrscheinlich fortgesetzt. Monat für Monat geht die Regierung mit neuen Maßnahmen an die Öffentlichkeit. Noch nicht berücksichtigt sind in dieser Liste die Probleme der „kulturbedingten" Diskriminierung von Gewalt gegen Frauen. Diese wird nunmehr auf Migranten geschoben.

Allen neuen Maßnahmen und Gesetzesvorlagen ist eines gemeinsam: Sie sind zutieftst frauenfeindlich und greifen – von der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkt – den in der Verfassung verankerten Grundsatz der Gleichberechtigung und die Verpflichtung zur Gleichstellung massiv an.

Es muss immer wieder auf diese frauenfeindliche Politik hingewiesen werden, immer wieder aufs Neue, auch wenn sich die Liste Monat für Monat verlängert.

Anmerkungen

[1] Gemäß Artikel 7 der Menschenrechte sind alle Menschen gleich vor dem Gesetz und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Das Prinzip der Gleichberechtigung ist also ein festgelegtes Menschenrecht, das für alle Menschen dieser Welt gilt.
Die österreichische Verfassung sagt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin."

[2] Ich zitiere aus dem Beitrag von Judith Goetz, „Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt ..." aus: Goetz, Judith; Sedlacek, Joseph Maria; Winkler, Alexander (Hg.). Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären'. Marta Press Hamburg 2018, siehe Rezensionen in diesem Heft.

[3] Ich zitiere aus dem Beitrag von Stefanie Mayer, Edma Ajanovic und Birgit Sauer, „Kampfbegriff ‚Gender-Ideologie'" aus: Lang, Juliane; Peters, Ulrich (Hg.). Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Marta Press Hamburg 2018, siehe Rezensionen in diesem Heft.

[4] Femme Fiscale ist ein Netzwerk von ExpertInnen und AktivistInnen. Alles, was man aus Geschlechterperspektive über dieses Budget wissen muss: https://mosaik-blog.at/budget-schwarzblau-loeger-frauen-si…/

Ich danke Max Preglau für seine Hinweise. Er half mir die Liste der Grauslichkeiten zu vervollständigen.

Ja! Vom 1. bis 8. Oktober 2018 das Frauen*Volksbegehren unterschreiben!

WORTRAUM – **PLATTFORM OBERLÄNDER AUTORINNEN**

Dieses Projekt wurde 2003 im Rahmen der Imster Kunststraße als offene Plattform für Oberländer Autorinnen und Autoren von Annemarie Regensburger und Myriam Hanel gegründet, um in Imst der Literatur einen Raum zu bieten und heimische AutorInnen zu fördern.
Inzwischen machten die Mitglieder des Wortraumes bei zahlreichen Lesungen an verschiedenen renommierten Tiroler Literaturveranstaltungsorten auf ihr Schreiben aufmerksam. 2009 erschien im Rahmen des Gedenkjahres das vom Land Tirol geförderte Buch „erinnerte gegenwarten – frauengeschichte(n) zwischen anpassung und widerstand", das in der Tiroler Literaturszene und in einem breiten Kreis der Bevölkerung wohlwollend aufgenommen wurde.
http://wortraum-oberland.at/

Wir danken den Frauen von wortraum, dass sie uns Texte für diese Ausgabe der AEP Informationen zur Verfügung gestellt haben. In loser Folge werden in den nächsten AEP Informationen weitere Ergebnisse ihrer Arbeit erscheinen.

eingschniart

wenn d epper muansch
des mieder von der tracht
kannsch andersch schniare

so dass de nouh
s gfühl hasch
du derschnaufsches drinn
nocha hasch dig teischt

dann nämlig
wearsch einkroast
in alle voargfiahrt
und an liabschtn
tatn sie die
als hex
auf n scheiterhaufn
verbrennen

eingeschnürt

wenn du meinst
du könntest das mieder der tracht
anders schnüren

sodass du
das gefühl hast
du bekommst darin noch luft
dann hast du dich getäuscht

dann nämlich
wirst du eingekreist
allen vorgeführt
und am liebsten
würden sie dich
als hexe
auf dem scheiterhaufen
verbrennen

Angelika Polak-Pollhammer
(aus: eppes tuet sig, Kyreneverlag)

grecht

verdienen
was ma verdient
verdienet
jede
und
jeder

lea jehle

gerecht

verdienen
was man verdient
verdiente
jede
und
jeder

lea jehle

Voarwarts

pink, oransch, gria
Spaghettiträgerleibele
Bluamemuster auf dr Pumphouse
Paschnschnitt
zeachespitzle
kaum nou am Boude
hebt fast a(b)

als Wanderstab
a bliaheter Ast in ihrer Hand
selbstbewusst
wia a Göttin geaht sie
ibern Bichl voller Bluame
schaugt nimme zrugg

Gerda Bernhart

nackat

triabe augn
angscht im schaun
zittrige händ
z oft gschlagn

letschte umarmung
weit zrugg

schwach auf die fieß
im stilln
viel rearn
nit wissen was tien

dunkl
zugluft im haus
nackat
der bagger schauflt
ohne z raschtn
weiter
weiter

lea jehle

nackt

trübe augen
angst im schauen
zittrige hände
zu oft geschlagen

letzte umarmung
weit zurück

schwach auf den beinen
im stillen viel weinen
nicht wissen was tun

dunkel
zugluft im haus nackt
der bagger schaufelt
ohne zu rasten
weiter
weiter

lea jehle

frau oder mann
oder beides
ständiges positionieren
statt tolerieren
grenzt aus

Alexandra Kleinheinz
Lesung am Tag der Frau 2018

Komlosy, Andrea. Grenzen. Räumliche und soziale Trennlinien im Zeitenverlauf

Promedia Wien 2018, ISBN 978-3-85371-434-8, 248 S., 19,90 Euro

Die Publikation der am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien tätigen Historikerin und Politologin Andrea Komlosy ist eine sehr gut fundierte, zeitgemäße, kritische historische Auseinandersetzung rund um das aktuelle Thema Grenzen. Die Autorin wendet sich in diesem Buch zum einen dezidiert gegen die Betrachtung von Grenzen als Wunsch- oder Feindbild, darüber hinaus versteht sie unter Grenze nicht nur einen Gegenstand, sondern auch eine Methode, die dem Erkennen von Ungleichheit, ihrer Durchsetzung und Verschleierung sowie dem Entwickeln sozialer Gerechtigkeit dient.

Einleitend geht Komlosy auf Begrifflichkeiten ein. Sie entscheidet sich für einen weit gefassten, nicht nur auf die räumliche Erscheinungsform konzentrierten Grenzbegriff. Mit dem Zitat des Philosophen und Soziologen Georg Simmel „Die Grenze ist nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt" (S. 17) leitet die Autorin ihr erstes Kapitel „Chronologie der Territorialität" ein. Dabei ist es ihr wichtig, auch den soziologischen Ursachen für räumlich sichtbare Grenzen nachzugehen. In den folgenden Seiten zeigt Komlosy auf, wie sich das Phänomen Territorialität unter verschiedenen historischen Bedingungen unterschiedlich ausgeformt hat. Sie geht zurück bis ins Neolithikum und arbeitet sich bis in die Gegenwart „Clouds und virtuelle Räume" vor.

Einen zweiten großen Teil widmet Komlosy der Typologie von Grenzen. Dieses Kapitel zeigt nochmals deutlich ihren differenzierten und weiten Begriff von Grenzen auf. Neben politischen, militärischen und kolonialen Grenzen geht sie auch auf nicht im allgemeinen Bewusstsein verankerte, unmittelbar sichtbare Grenzen, wie Phantomgrenzen, kulturelle und soziale Grenzen ein. Im Zentrum des dritten großen Teils der Publikation stehen Grenzregime und Politiken von Grenzen. Anhand von Waren- und Kapitalverkehr, Personenverkehr, Auf- und Abstiegsbewegungen über soziale Grenzen sowie kultureller Zugehörigkeit und Zuordnung diskutiert die Autorin das Potenzial des Trennens, Verbindens und Unterscheidens unter diversen spezifischen Grenzregimen. Besonders aktuell ist in diesem Abschnitt des Buches das Unterkapitel „Personenverkehr". Hier geht es um den Zusammenhang von Mobilität von Personen und Grenzen. Im Schlussteil dieses Unterkapitels behandelt Komlosy unter dem oft verwendeten Schlagwort „Festung Europa" u. a. den Gegensatz zwischen dem Abbau der inneren europäischen Staatsgrenzen, welcher eng mit dem Freiheitsgedanken verbunden ist, und der zunehmend militanten Abschottung der EU-Außengrenze mit einer seit dem Schengenabkommen konstant ansteigenden Zahl von Todesopfern (durch Ertrinken, Ersticken, Erfrieren, unterlassener Hilfeleistung usw.). Die Autorin erörtert in diesem Teil auch die Hintergründe der vor allem durch den Krieg in Syrien ausgelösten Fluchtbewegung nach Europa von der Willkommensphase 2015/16 bis zum heutigen Migrationsmanagement. Das Buch endet mit einem Rück- und Ausblick.

Komlosys Auseinandersetzungen sind am Puls der Zeit. Trotz der Dichte an Informationen ist die Publikation sprachlich sehr gut und ansprechend geschrieben. Es ist spannend, dieses grundlegende Werk über Migration und seine historischen Entwicklungen zu lesen. Eine Pflichtlektüre für alle, die sich für Migration interessieren oder in diesem Bereich arbeiten.

Andrea Urthaler

Goetz, Judith; Sedlacek, Joseph Maria; Winkler, Alexander (Hg.). Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären'

Marta Press Hamburg 2018, ISBN 978-3-944442-68-6, 434 S., 20,00 Euro

Dieser Sammelband will sich dafür einsetzen, dass Widerstand gegen das Erstarken autoritärer, neofaschistischer, neonazistischer und rechtsextremer Politiken, Gruppen und Einzelpersonen geleistet wird. Ein wirksames Mittel im Kampf gegen diese Ideologien, so die die Autor_innen, ist die genaue Analyse der extremen Rechten und ihrer Akteur_innen um ihre Gefährlichkeit und ihre Relevanz aufzeigen zu können. Wer sind sie? Was denken sie? Wie vermitteln sie ihre Ideologie einem breiteren Publikum? Nur auf Basis fundierter Kenntnisse kann die öffentliche Entzauberung dieser rechtsextremen Gruppierung gelingen, die oftmals mit einer Mischung aus Faszination und Grusel beobachtet wird.

Insbesondere die Gruppe der ‚Identitären', eine eigentlich recht kleine Bewegung, die aber mit aktionistischen Inszenierungen viel mediales Aufsehen erregte, steht im Mittelpunkt ihrer Analyse. Sie nennen sie die ‚Untergangster der Abendlandes' (nach Karl Kraus). Die vorliegenden detailreichen Darstellungen verdeutlichen und belegen den rechtsextremen Charakter der ‚Identitären' sowie deren Verankerung in rechtsextremen Traditionen. Jedoch haben sich heute die Erscheinungsformen, Argumentationen wie Agitationsmethoden und Strategien des Rechtsextremismus gegenüber früher verändert. Rechte Positionen, die in den 1980er und 1990er Jahren noch als unangemessen empfunden wurden, haben längst, wenn auch in abgeschwächter Form, Eingang in den allgemeinen Diskurs gefunden. Und dies wird gekonnt von diesen Gruppen eingesetzt, wenn sie sich ‚bodenständig… und weltoffen' ‚patriotisch' ‚demokratisch' oder gar ‚europäisch' nennen und unter diesen Benennungen im Grunde das Gegenteil verkünden. Sie verwenden eine moderne Sprache: Es wird nicht mehr vom ‚Volkstod' oder der ‚Reinhaltung der Rassen' gesprochen, sondern von ‚Masseneinwanderung' und von ‚Multikulturalismus'. Dies führe zur ‚Abschaffung der ethnokulturellen Identität Österreichs'. Sie nennen sich ‚identitär' um ihren Rassismus zu verschleiern. ‚Identitäre' grenzen sich ab von Nationalsozialismus, gehen daher dem Verbotsgesetz aus dem Weg. Ihre ideologischen Bezugspunkte dafür finden sie in Theorien des italienischen Faschismus oder der ‚Konservativen Revolution' in Deutschland. Durch die Besetzung historisch unbelasteter Begriffe wie ‚Identität' und ‚Vielfalt' wird eine Ideologie propagiert, die nicht mehr biologistisch, rassistisch sondern kulturalistisch begründet wird und vorgeblich nicht die Vernichtung des ‚Anderen' sondern ein getrenntes Nebeneinander anstrebt.

Was früher noch einen Skandal ausmachte – Störung einer Caritas-Veranstaltung 2012 durch die ‚Identitären' – ist inzwischen zu einer traurigen Alltäglichkeit geworden, zu deren Normalisierung und Gewöhnung österreichische Medien maßgeblich beigetragen haben. Dass die ‚Identitären' dabei selbst auf eine geschickte Kommunikations- und Medienstrategie zurückgreifen und diese im Zusammenspiel mit dem Interesse der österreichischen Medien am Spektakel zum heutigen Bekanntheitsgrad und der Bedeutung dieser Gruppe geführt haben, arbeitet Judith Goetz in ihrem Beitrag heraus. So verhalfen ihnen im Grunde die österreichischen Medien zu ihrem Erfolg und zu ihrer Bekanntheit, und sie meint, dass jede Aufmerksamkeit, die nicht von einer kritischen Analyse begleitet wird – und da sind die Medien gefordert – den ‚Identitären' Raum bietet, ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.

Wie in den Sozialen Netzwerken durch scheinbar harmlose Begriffe und komplexe, strategische, sprachliche Handlungen Bedrohungen konstruiert, eine krisenhafte Stimmung produziert und exkludierende Handlungen legitimiert werden, und wie die angewandten sprachlichen Mittel und Strategien der rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Rhetorik der ‚Politik der Angst' entsprechen, zeigt Sabine Lehner. Ines Aftenberger geht der Frage nach, inwieweit die ‚Identitären' sich der neorassistischen Argumentation bedienen und sie als Vehikel für die Verankerung rassistischer Forderungen im gesellschaftlichen Mainstream nutzen. Thorsten Mense analysiert in seinem Beitrag, dass die ‚Identitären' aufbauend auf einem völkischen Nationalismus und der Verteidigung Europas gegen Migration, Islamisierung und dem

Verlust traditioneller Werte an der Neubegründung einer gesamteuropäischen faschistischen Bewegung arbeiten.

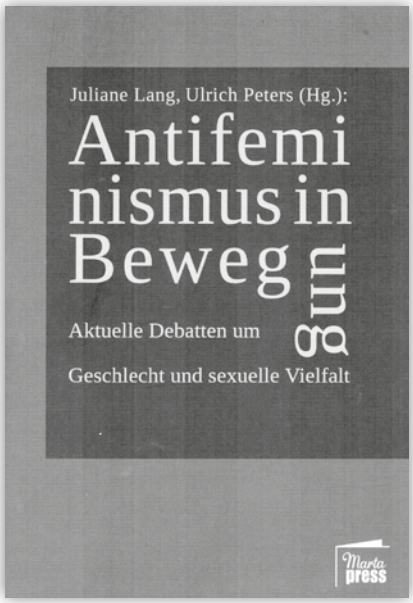
Der Kategorie Geschlecht kommt eine zentrale Bedeutung bei der Konstruktion einer vereindeutigten Identität zu, und diese wird auf Basis eines biologistisch konstruierten Geschlechterdualismus hergestellt. Aber Verhandlungen von Vielfalt, Homosexualität und Feminismus fallen in ‚identitären' Kreisen durchwegs unterschiedlich und widersprüchlich aus. So geht Judith Goetz in einem weiteren Beitrag den in ‚identitären' Kreisen propagierten Geschlechterbildern, der dahinter stehenden sexistischen Ideologie sowie den damit verbundenen Identifikationsangeboten für Frauen* auf den Grund. Darüber hinaus werden die unterschiedlichen und teilweise zutiefst widersprüchlichen Bezugnahmen der ‚Identitären' auf die Themen Feminismus und Homosexualität analysiert, und wie sich ‚identitärer' Sexismus im Alltag artikuliert. Es liegt die Vorstellung zugrunde, dass Menschen, Kulturen, Völker zwar gleichwertig seien aber *nicht gleichartig.* Sowohl Mann und Frau, aber auch die verschiedenen Völker bedürften aufgrund ihrer Verschiedenheit unterschiedliche Behandlung. Das Ideal verschieden sein zu können und in allen Belangen gleichwertig an Würde und Rechten wird umgekehrt. Gleichbehandlung werde nicht durch Gleichstellung hergestellt sondern durch Ungleichbehandlung, da nur diese „den bestimmten Fähigkeiten", dem „Wesen" der Menschen gerecht werden könne. Hier müsse man differenzieren, diskriminieren. Die Autorin zeigt auf, dass es im ‚identitären' Denken vordergründig um die Berufung auf eine vermeintliche Essenz, also eine ohne weitere Argumente auskommende, imaginierte Wesens- und Naturhaftigkeit der Geschlechter geht. Dem rigiden Geschlechterdualismus komme nicht zuletzt eine Schutzfunktion zu, die vor Zumutungen bewahren soll, die durch Pluralisierungen und Veruneindeutigungen entstehen können. Sie stellt heraus, dass ‚Identitäre' Frauenbilder entlang der Pole ‚Erhalt des Eigenen' (Mutter), und ‚Schönheit des Eigenen' (sexualisiertes Objekt) wandern. Mütterlichkeit erhält durch die Bedeutung, die ihr beim ‚Erhalt des Eigenen' für das Volk, die Nation oder die Kultur zukommt, auch eine zweifelhafte Aufwertung. Sie wird nicht nur als scheinbar naturhafte Bestimmung von Frauen* verhandelt, sondern Frauen* wird auch große Bedeutung bei der Verhinderung des ‚großen Austauschs' zugesprochen. Einer Synthese dieser beiden Pole wird im ‚Kampf für das Eigene' (Kampfgefährtin) als Idealbild angestrebt. Die Bedrohung der Kultur wird einzig auf die als migrantisch ausgemachten Männer projiziert, und Gewalt in den eigenen Reihen wird entweder verharmlost, lächerlich gemacht oder es wird abgestritten, dass es sich dabei um solche handeln würde.

Weiters behandelt der Sammelband in mehreren Beiträgen, wie die Ideologie der ‚Identitären' zu anderen Formen des Rechtsextremismus in Verbindung steht. Es gibt Überschneidungen von Islamismus, Djihadismus und Rechtsextremismus, Verbindungen zu russisch finanzierten rechten Gruppen wie auch anderer rechtsextremer Gruppierungen. Es gibt Übereinstimmungen im Antisemitismus, Antifeminismus und Antiliberalismus. So werden das völkische Denken der ‚Identitären', ihre Verschwörungstheorien und antikapitalistische Ressentiments rund um die Globalisierung, ihre Aussagen über Juden, Jüdinnen und das Judentum, das Verhältnis zu Israel und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit von Cornelia Feistinger auf ihren antisemitischen Gehalt analysiert. Antisemitismus findet sich bei den ‚Identitären' und ihrem Umfeld auf allen Ebenen, strukturell, codiert und offen. Den krönenden Abschluss liefert ein Gedicht von Stefanie Sargnagel, das sie anlässlich eines Aufmarsches der ‚Identitären' im Wiener Stadtteil Favoriten verfasste.

So verdeutlicht der Sammelband die ideologischen Positionen der ‚Identitären', benennt sie und ihre Wurzeln im Rechtsextremismus. Aber was tun? Der Band widmet sich auch dieser Frage: Wie kann Engagement gegen menschenfeindliche Einstellungen aussehen? Es sollten keine Selbstinszenierungen von ‚Identitären' reproduziert sondern Fotos von Gegenprotesten oder von Betroffenen verwendet werden, um Verharmlosungen und Selbstinszenierungen nicht in die Hände zu spielen. Es sollten Begriffe verwendet werden, die tatsächlich die Ideologie und das Programm benennen, für das die ‚Identitären' einstehen: rechtsextrem und neofaschistisch.

Es bleibt zu hoffen, dass die Publikation nicht nur von jenen rezipiert wird, die von vorneherein seriös an den ‚Identitären' interessiert sind, sondern auch von JournalistInnen und MedienvertreterInnen, die immer wieder dem Reiz der Berichterstattung über Aktionen dieser Gruppe erliegen und damit – ungewollt – deren Ziele unterstützen. Unbedingt lesen.

Monika Jarosch



Lang, Juliane; Peters, Ulrich (Hg.). Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt

Marta Press Hamburg 2018, ISBN 978-3-944442-52-5, 331 S., 22,00 Euro

Dieser Band erörtert in unterschiedlichen Beiträgen all die Debatten, die das antifeministische Denken und entsprechende Aktionen im deutschsprachigen Raum prägen. Er analysiert diese Diskurse, nennt die Akteur_innen und ihre ideologischen Hintergründe. Er stellt die Fakten dar und gibt so ein Werkzeug in die Hand, um diesen Ideologien mit Argumenten zu begegnen und die Akteur_innen benennen zu können. Es ist ein neuer Antifeminismus, seit der Jahrtausendwende immer deutlicher erkennbar, den die Autor_innen feststellen. Er verbindet sich mit dem seit ewigen Zeiten bestehenden Antifeminismus, den die Frauenrechtlerin und Feministin Hedwig Dohm 1902 in ihrem Buch „Die Antifeministen" so klar analysiert hat. Zu dessen eisernen Argumentation gehörte immer der „liebe Gott" oder „die Natur". Zum neuen Antifeminismus gehören weiterhin die sogenannte göttliche Ordnung und ein essentialisierender Biologismus, aber er ist erweitert um die „volksgemeinschaftliche Ordnung" und die Leugnung jeglicher geschlechtlicher Vielfalt. Ihm innewohnend ist dazu ein versteckter oder auch offener Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und rassistisches Denken. Es ist eine Ideologie von ganz unterschiedlichen Akteur_innen mit jeweils eigenen weltanschaulichen Verhaftungen. Dazu werden auch homophobe, anti-intellektuelle, anti-muslimische und gegen die EU oder die politische Führung gerichtete Argumente in den Diskurs eingeflochten.

Dieser neue Antifeminismus richtet sich gegen einen als übermächtig empfundenen, omnipotenten Feminismus, er bringt „extrem Rechte […] mit verbrämten Konservativen, enttäuschten Sozialdemokrat_innen, mit frustrierten Scheidungsvätern, mit christlichen Fundamentalist_innen, mit Gewaltfetischist_innen und Hooligans" zusammen (S.19). Er richtet sich gegen jene Theorien und deren Vertreter_innen, die für eine soziale Modernisierung, eine emanzipatorische Gleichstellungspolitik und für die Vielfalt sexueller, geschlechtlicher und familialer Lebensformen eintreten. Der Begriff „Gender" ist das von ihnen besetzte Feindbild, das sie „Genderwahnsinn", „Genderideologie" oder „Genderisierung" nennen, eine im Grunde völlige Misinterpretation des Begriffs. „Dass Geschlechterverhältnisse nie ‚naturgegeben' sondern immer Ergebnis sozialer Aushandlung waren, wird von den ProtagonistInnen zurückgewiesen – um eine sozialromantische Erzählung eines in sich harmonischen Friedens zwischen den Geschlechtern zu verbreiten, der durch moderne Dekadenzen in Form feministischer Politiken der Vielfalt geschlechtlicher, sexueller und familialer Lebensweisen zerstört würde" (S.14). Frauen und Männer seien zwar ‚grundsätzlich' (sic!) gleich an Rechten und doch von Natur aus wesenhaft, offensichtlich ontologisch verschieden. So zeigt sich dieser neue Antifeminismus eigentlich als „Anti-Genderismus".

Als Akteursgruppen werden benannt: 1. eine journalistische Gender-Gegnerschaft, die fortlaufend in renommierten deutschen Zeitungen (FAZ, Spiegel, Zeit) schreibt, 2. die sogenannten WissenschaftlichkeitswächterInnen, die dem forschenden und analysierenden Feminismus jegliche Wissenschaftlichkeit absprechen, 3. der christliche Fundamentalismus, 4. explizit antifeministische Akteur_innen, 5. rechte Organisationen (völkisch-neonazistisches Milieu, neu-rechtes Milieu, gewisse Männer- und Väterbünde, schlagende Burschenschaften), sowie ein ‚parlamentsorientierter' Rechtspopulismus.

Dazu kommen Christlich-Konservative und explizite Netzwerkprojekte, bei denen mehrere der benannten Akteursgruppen punktuell miteinander agieren.

Dankenswerter Weise erfüllt der Sammelband auch seinen Anspruch, die gender-feindlichen Diskurse und Akteur_innen im deutschsprachigen Raum, also auch Österreich, darzustellen. In Österreich ist derzeit eine rechtspopulistische Regierung, die von Burschenschaftern durchsetzt ist, an der Macht. Der Beitrag von Stefanie Mayer, Edma Ajanovic und Birgit Sauer untersucht Funktion und Inhalt der Rede von einer angeblichen „Gender-Ideologie". Die Autorinnen dechiffrieren die spezifische Misinterpretation von „Gender" durch gezielt antifeministisch agierende Netzwerke und untersuchen zentrale Deutungsmuster in einem Diskurs um Geschlechterpolitik, den sie in weiten Teilen als rechtspopulistisch beschreiben. Die österreichische Debatte über „Gender-Ideologie" sei eine Gegenbewegung nicht nur gegen Gleichstellungs-

politik im engeren Sinne, sondern gegen die sozialdemokratische Politik der Modernisierung der österreichischen Gesellschaft seit den 1970er Jahren.

Im Beitrag von Judith Goetz geht es um deutschnationale Burschenschaften. Burschenschaftliche Männerbünde haben sich als weitgehend resistent gegenüber gesellschaftlichem Wandel und sozialen Veränderungen – bspw. dem des Geschlechterverhältnisses – erwiesen, wie die Autorin feststellt. Sie verfechten unverändert eine Re-Traditionalisierung, Re-Patriarchalisierung und Re-Maskulinisierung der Gesellschaft und verbinden dies mit biologistischen Argumentationsmustern. Nun, da sie mit in der Regierung sitzen, werden sie diese Wünsche wohl noch wirkungsmächtiger vertreten können. Ein zentrales Öffentlichkeitsfeld antifeministischer Angriffe besonders in Österreich ist auch die Gegnerschaft zu gleichstellungspolitischen Maßnahmen, wie zum Beispiel die geschlechtergerechte Sprache, wie Birge Krondorfer in ihrem Beitrag ausführt.

Das Buch ermöglicht den Leser_innen, im Alltag fundiert gegen antifeministische Parolen aufzutreten und mitunter haltlose Anwürfe gegen die Gleichstellungspolitik evidenzbasiert zu demaskieren. Dabei ist es notwendig, dass die Geschlechterdifferenz nicht reproduziert wird sondern dass Jungen und Mädchen in ihrer Diversität wahrgenommen werden. Und es gilt zu erkennen, dass es keinem Projekt gegen Antifeminismus oder Antisemitismus gelingen wird, isoliert und für sich alleine erfolgreich zu sein; vielmehr wird sich jedes emanzipative Projekt universalisieren müssen. Und es gilt meiner Meinung nach darauf hinzuweisen – so banal es auch klingen mag –, dass bei allen Unterschiedlichkeiten der Feminismen ihr kleinster gemeinsamer Nenner doch die Freiheit aller! Menschen ist, ihr Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten.

Monika Jarosch

Krishnamurthy, Aki. Scham Macht Geschlecht. Körperdialoge in Südindien

Verlag Barbara Budrich Leverkusen 2018, ISBN 978-3-8474-2111-5, 277 S., 36,00 Euro

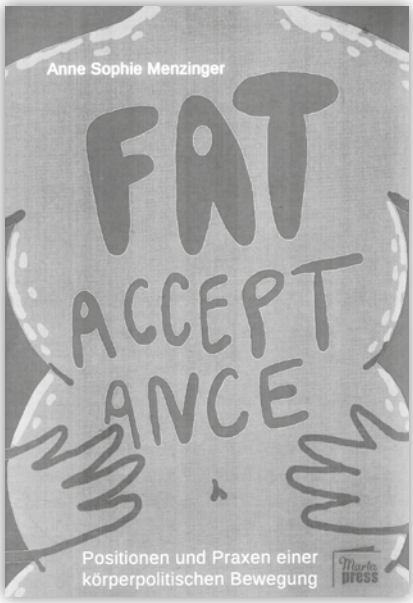
„Schäm dich!" Ein Ausruf mit psychischen und auch physischen Folgen. Doch worum handelt es sich bei Scham? Wo liegt der Ursprung? Stammt diese von innen oder von außen? Wie erlebt man diese? Welche Auswirkungen hat Scham auf den Körper? Wie wird Scham bewertet? Inwiefern erfüllt Scham eine gesellschaftliche, politische und kulturelle Funktion? Und wie ist dies mit weiblichen Subjektivierungsprozessen in Verbindung zu setzen? All diese Fragen werden in dem Werk von Aki Krishnamurthy beantwortet.

Die Autorin legt ihren Fokus auf das weibliche Geschlecht und die inkorporierten Verhaltensweisen und die Selbstwahrnehmung, welche mit geschlechtsbezogenen Ungleichheitsstrukturen und Machtverhältnissen einhergehen. Die gesellschaftliche Situation von Frauen in Südindien wird im Allgemeinen analysiert und des Weiteren koloniale, post- und antikoloniale Diskurse in Bezug auf Frauenkörper beleuchtet. Auf einen direkten westlichen Vergleich wurde bewusst verzichtet, jedoch ein Raum für die Sensibilisierung für innerpsychische und im Körper verankerte Muster geschlechtsbezogener Entwertung geschaffen.

Der Körper als Produzent und zugleich Produkt von Gesellschaft steht im Mittelpunkt der Forschung. Laut dem Soziologen Erving Goffman ist die soziale Welt eine Bühne. Und so hat die Autorin ihre theaterpädagogische Ausbildung im Rahmen des „Theaters der Unterdrückten" und das Schauspiel dazu genutzt, Mechanismen und Rollen des Alltags mittels Theaterworkshops im großstädtischen Milieu zweier Städte Südindiens sichtbar zu machen. Durch die Reinszenierung von gespeicherten Erinnerungen an beschämende und kränkende Situationen im Zuge von Übungen und Improvisationen wurde eine bewusste Reflexion ermöglicht und in weiterer Folge Handlungsweisen beziehungsweise Widerstandsstrategien für die Zukunft erprobt. Im Körper gespeicherte Gewohnheiten und Bewegungsabläufe sollen auf diese Weise verlernt werden und ein körperlicher Widerstand im Sinne einer Gegen-Habitualisierung stattfinden. Überdies spielt unter anderem die Resignifizierung, das heißt die Umdeutung von Situationen, eine maßgebliche Rolle in der Bearbeitung von Scham. Tief verankerte Orientierungs- und Wahr-

nehmungsmuster werden mittels eines eigens entwickelten körperbezogenen Verfahrens – einer „Grounding Theory in Bodies" – offengelegt, welches sich an dem Wissen und den Erfahrungen der Teilnehmer_innen orientiert.Fazit: Eine äußerst reflektierende Dissertation, welche die Sphäre der empirischen Sozialforschung erweitert, indem der Körperlichkeit ein Raum verschafft wird und damit Normen und Unsichtbarmachungen hinsichtlich des weiblichen Geschlechts noch einmal stärker in den Vordergrund rücken.

Mariella Beier



Menzinger, Anne Sophie. Fat Acceptance. Positionen und Praxen einer körperpolitischen Bewegung

Marta Press Hamburg 2018, ISBN 978-3-944442-67-9, 104 S., 16,00 Euro

Anne Sophie Menzinger, eine junge Musikerin aus Hamburg, die soziale Arbeit studiert hat und derzeit in Kulturarbeit und Kreativitätsförderung tätig ist, bringt mit diesem Buch eine Thematik auf, die bisher im deutschsprachigen Raum kaum Beachtung gefunden hat. Sie setzte es sich zur Aufgabe, eine Annäherung an die Hintergründe und Argumente der sogenannten Fat-Acceptance-Bewegung zu schaffen.

Fat-Acceptance-Bewegung – worum handelt es sich hierbei? Die Bewegung besteht bereits seit Anfang der 70er Jahre und hat den Hintergrund sich gegen Diskriminierungen aufgrund des Körpergewichts einzusetzen und dicke Körper als gleichberechtigten Ausdruck von Körpervielfalt anzuerkennen. Nach kurzzeitigem Verschwinden kehrte die Bewegung in den 90er Jahren erstarkt zurück und neue Gruppen und Plattformen bildeten sich.

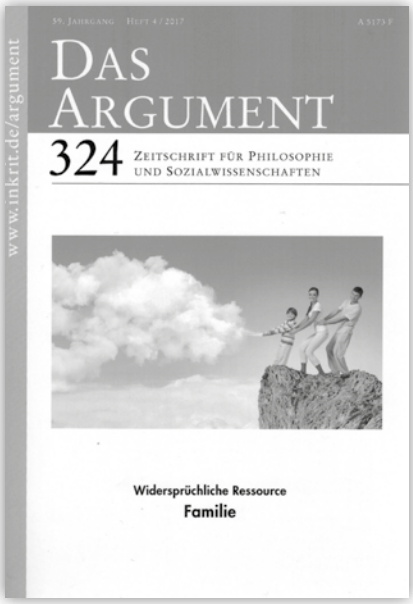
Warum Fat Acceptance?

„Körperfett wird gesundheitspolitisch immer stärker problematisiert und bekämpft." (S.18) „Diätkultur, Enthaltsamkeit und Selbstregulation sind nicht unbedingt neue, jedoch immer stärker staatlich geförderte Formen neoliberaler Individualisierungsprozesse. [...] Das Gegenstück zum Dicksein, der schlanke Idealkörper, wird als fitter Leistungsträger mit positiven Eigenschaften wie Flexibilität, Dynamik, Disziplin, Gesundheit und Aktivität kontrastiert. [...] Wer dick ist und krank wird, ist dieser Logik nach ‚selber schuld' und stellt dementsprechend darüber hinaus eine Zumutung für das Gesundheitssystem dar." (S.19) Es wird zunehmend klar, dass die mit einem hohen Körpergewicht in Verbindung stehende Diskriminierung zu sozialen Ungleichheiten und großen psychischen Belastungen führen kann. Und jede/r von uns hat wohl schon einmal die Beobachtung gemacht, dass Entwertung und Beschämung übliche kulturelle Praxen im Umgang mit übergewichtigen Menschen darstellen. Oft werden dicken Personen stereotype Eigenschaften wie Faulheit, Unkontrolliertheit oder gar Dummheit zugeschrieben. Von den Aktivist*innen der Fat-Acceptance-Bewegung wird diese Entwertung der dicken Körper als „Fat-Shaming" bezeichnet. Die Bewegung prangert die Stigmatisierung von Körperfett und darauffolgende Sanktionen für die betroffenen Personen an und fordert eine Anerkennung aller Körper als gleichwertig. Ganz nach dem Motto: „Jeder Körper ist schön."

Im Buch wird ein Abriss der geschichtlichen Entstehung der Stereotypisierung von dicken Körpern und der Angst vor Körperfett geliefert. In diesem Zuge wird auch dem Thema Rassismus im Zusammenhang mit Fat-Shaming Raum gegeben. Ein weiterer Teil des Buches widmet sich den theoretischen Bezügen und Praxen der Fat-Acceptance-Bewegung und den Ursprüngen des Fat Activism. Hierbei stellt sich heraus, dass die Ursprünge nicht sehr klar zu identifizieren sind, da sich der Fat Activism zwischen unterschiedlichen Zugängen, diversen Akteur*innen, Widersprüchen und Gemeinsamkeiten zu ähnlichen Bewegungen wie beispielsweise der Anti-Diät-Position aufspannt. Eine besonders wichtige Thematik bildet jene der Abgrenzung zum Gesundheitsdiskurs sowie die verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten der hinter der Bewegung stehenden Philosophie, welche Akteur*innen untereinander immer wieder in Diskurs miteinander stellen. In weiterer Folge werden im Buch die Ursprünge des Fat Activism erläutert, und die Forderungen der Fat-Acceptance-Akteur*innen, welche großteils aus den USA oder Großbritannien stammen, dargelegt. Schließlich wird der Bogen nach Deutschland gespannt und man erfährt, inwiefern die Bewegung hier schon Fuß fassen konnte. Auch der Zusammenhang von Feminismus und Fettaktivismus, welcher sich als doch

eher ambivalent gestaltet, wird herausgearbeitet. Das Buch verrät, wie feministische Akteur*innen die Bewegung beurteilen. Außerdem geht die Autorin gegen Ende des Buches noch auf den eigentlich Begriff „Fat“ und die Art, wie die Bewegung sich diesen angeeignet hat und nicht per se als etwas Negatives sieht, ein.
Schließlich wird Fat Activism noch im Rahmen von queeren Bezügen genauer unter die Lupe genommen, bevor die Autorin ihr Fazit formuliert, welchem man auch ihre persönliche Meinung nach der kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik entnehmen kann.
Alles in allem handelt es sich hierbei um ein angenehm zu lesendes, sehr viel und wichtige Informationen erläuterndes Buch, das für Interessierte eine umfassende und dennoch kurz gehaltene Einstiegsliteratur in die Thematik bietet. Interessieren dürfte das Buch Personen aller Art, denn: „Die Auseinandersetzung mit fettfeindlichen Körperbildern und -idealen hilft Menschen aller Körpergrößen, die Erwartungen, die an unsere Körper gestellt werden, zu verstehen.“ (S.87)

Sylvia Aßlaber



Das Argument. Widersprüchliche Ressource Familie

Das Argument, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Heft 4/2017, Argument Verlag Hamburg, ISSN 0004-1157, 590 S., 13,00 Euro

Was ist Familie? Viele Fragen, viele Antworten. ‚Familie‘ ist überladen mit Erwartungen und Sehnsüchten, mit Gefühlen, mit juristischen Regeln, mit politischen Meinungen. Welches sind die Rechte und Pflichten, wie ist das Verhältnis der Menschen zueinander, die eine Familie bilden? Können zwei kinderlose Menschen, die sich gegenseitig Schutz und Geborgenheit geben, keine ‚Familie‘ sein? Oder soll Familie nur eine wirtschaftliche Sicherung für ihre Mitglieder leisten? Auch ist nicht festgelegt, in welcher Anordnung die einzelnen Familienmitglieder je nach Kultur und Tradition, nach Geschlecht und Lebensalter leben, und also auch nicht, welche Form genau Familien haben, die wir heute vorfinden. So ist ‚Familie‘ wohl nicht zu definieren, es kommt immer auf den Blickwinkel an, aus dem man/frau sie betrachtet. Dieses sehr lesenswerte Argumentheft – wieder einmal eine explizit feministische Ausgabe – betrachtet einige der offenen und strittigen Fragen zur ‚Familie‘ unter dem Gesichtspunkt ‚Familie als Ressource‘.
Das Verhältnis der Menschen zueinander ist – wie Frigga Haug in ihren einleitenden Worten bemerkt – von Anfang an nicht nur sozial und natürlich zugleich, es ist auch von Herrschaftsanspruch und Befreiungsverlangen bestimmt. Familie trete als bestimmte Form menschlicher Reproduktion auf, also auch als Form, in der Arbeit organisiert ist. Mit ihrer Entwicklung bilden sich die Fragen nach den Bedürfnissen und deren Befriedigung, die Fragen des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und Fragen von Sein und Bewusstsein heraus.
Das Heft wird eröffnet mit einem Beitrag von Helke Sander, die 1968 den ‚Aktionsrat zur Befreiung der Frau‘ in Westberlin ins Leben rief und schon damals die Frage der menschlichen Reproduktion politisierte. In ihrem Beitrag gibt sie einen knappen Rückblick auf die Entstehung der Arbeitsteilung und der Familie, von der Steinzeit bis heute mit verrückten Anachronismen, der die heutige Politik und Forderungen nach Lebensformen immer noch anhängen. Es ist ein lesenswerter Grundlagentext.
Jutta Meyer-Siebert erinnert an die frühe Politik sozialistischer Frauen in der Tradition der Arbeiterbewegung, die die Familie als Gefängnis und Ort des Reaktionären ganz abschaffen wollten und damit die Problematik der Familie radikal skandalisierten. Sie möchte mit dieser Besinnung auf den Anfang einen Weg in die Zukunft zeigen. „Wann, wenn nicht jetzt, wäre es an der Zeit, die Produktivkräfte, die historisch aus den weiblichen Lebenszusammenhängen in der Arbeit für die Entwicklung der Menschen (der „Produktion“ des Lebens) gewonnen worden sind, auf die gesellschaftliche Ebene zu bringen und zu verallgemeinern.“ Sie verweist auf den strategischen Vorschlag von Frigga Haug mit der ‚Vier-in-einem-Perspektive‘.
Uta von Wintersfeld gibt mit ihrem „Nachdenken über die Familie“ zu bedenken, dass die Familienform nicht nur historisch jeweils unterschiedlich war, sondern dass auch ihre Bedeutung in den individuellen Leben und Zeiten immer anders erfahren wird.
Frigga Haug legt eine kleine Studie über die Zukunftserwartungen von Schul-

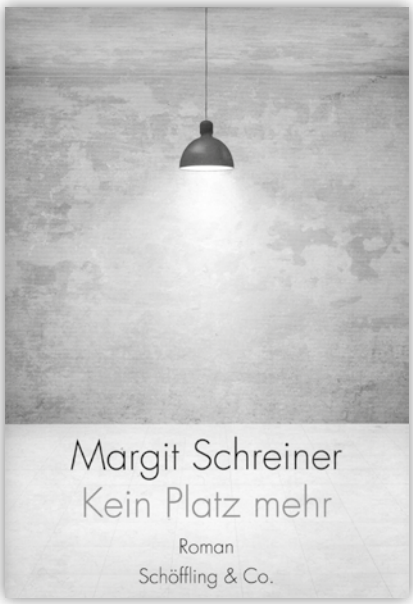
jugend vor. Sie will herausfinden und zeigen, welches Weltbild sich einige Jugendliche machen und welche Handlungen sie darin für sich denken und vorhersehen, was sie sich an aktiver Gestaltung zumessen. Mit überraschenden und auch beängstigenden Ergebnissen.

Aus den Krisenländern Griechenland und Spanien, in denen die Bedeutung der Familie für die Perspektive der „Jugend ohne Arbeit" eine neue Zuspitzung erhält, berichten Marianthi Anastasiadou und Maria Gómez Garrido, wo sie neue Paradoxien des Privaten finden: Familie als letzter Zufluchtsort?

Vertiefend aktualisiert Angela McRobbie den Zusammenhang neoliberaler Politik mit der Krise der menschlichen Reproduktion: „Wie die neoliberale Ökonomie die Familie als soziale Fürsorgeinstanz wieder herstellt und damit feministische Errungenschaften zerstört". Es besteht – gerade in den USA – ein breiter politischer Konsens darüber, was die Gefahren angeht, die vom scheinbaren Verlust ‚familiärer Werte' ausgehen, beispielsweise durch Scheidung und Alleinerziehende. Die unbezahlte Hausarbeit sei eine Ressource, die es auszubeuten und zu nutzen gelte. Die Kämpfe der Feministinnen, die Auflösung des Modells eines männlichen Ernährers seien mitverantwortlich für die heutigen sozialen Probleme. Jedoch würden die wirklichen Probleme nicht angegangen, so die Autorin: „das was wirklich zählt, [ist] wer in der Familie die Zeche der sozialen Reproduktion zahlt, für die Kindererziehung und Bildung, und dafür, was im Fall von Krankheit auf uns zukommt, im Alter und in Zeiten von Arbeitslosigkeit". Hierfür gibt der Neoliberalismus keine gerechten oder nachhaltigen Antworten.

Martha E. Gimenez berichtet über reaktionäre Familienpolitiken im 21. Jahrhundert, insbesondere über den „Krieg der Republikaner gegen die Arbeiterklasse der USA'", und Tina Haubner beleuchtet die „Ausbeutung von Pflegearbeiten" mit dem marxistischen Ausbeutungsbegriff – hochaktuell für die Care-Debatte. Außerhalb des Schwerpunkts dieses Heftes ist besonders zu erwähnen, was Elfriede Jelinek schrieb „Mein Alterswerk, da geht es hin, da fliegt es rum", anlässlich des Wahlsiegs der türkis-blauen, rechtspopulistischen (wenn nicht schlimmer) neuen österreichischen Bundesregierung. Die Leserin findet sich in dem oft sehr witzigen Text resignierend wieder.

Monika Jarosch



Schreiner, Margit. Kein Platz mehr. Roman

Schöffling & Co Frankfurt 2018, ISBN 978-3-895-6128-17, 175 S., 20,60 Euro

Das Einzige, das mich an den wunderbaren Texten Margit Schreiners immer wieder stört, ist ihre fast durchgängige Verwendung der männlichen Form. Bloß ihre Fußpflegerin benennt sie explizit weiblich, oder im vorliegenden Buch „den oder die EnergetikerIn" (154) mit dem Binnen-I (wieso gerade diese, hat sich mir nicht erschlossen, die verstärkte mediale Diskussion um diese Berufsgruppe kann nicht der Grund sein, die lief erst nach dem Erscheinen des Buches). Für andere Berufsbezeichnungen wählt sie die männliche Form. Sich selbst bezeichnet sie als „Autor", was mich jeweils mental zum Stolpern bringt. Besonders absurd wirkt es, als sie über finanzielle Probleme alternder Schriftsteller (!) berichtet, wenn „man in die [bei H&M] gängigen Kleidergrößen nicht mehr hineinpasst", oder „die Girliemode in einem bestimmten Alter einfach nicht mehr angemessen ist." (43) Daniela Strigl hat die konsequente Verwendung der männlichen Benennung in ihrer Laudatio zur Verleihung des Österreichischen Würdigungspreises für Literatur an Margit Schreiner damit erklärt, dass sie so in der „Tradition der Bachmann und der Jelinek [steht], die mit der männlichen Berufsbezeichnung ihren Anspruch auf die »richtige« Literatur anmeldeten, das heißt: die Oberliga." (Strigl 2010: 3) Mich stört's trotzdem. Was mich jedoch nicht daran hindert, gerne und tief in die Welten mit Margit Schreiner einzutauchen.

Schreiner schreibt autobiografisch – betont sie selbst. Ihre Texte haben aber eine weit über ihr Leben hinausgehende Allgemeingültigkeit. Daniela Strigl hat es ihrer Laudatio als „erfundene Autobiografien" bezeichnet, wenn Margit Schreiner „radikal subjektiv von sehr allgemeinen Problemen" erzählt (Strigl 2010: 9). Die Autorin selbst hat das 2007 unter dem Titel „Ich bin Autor" im 2008 erschienenen Sammelband „Schreibt Thomas Bernhard Frauenliteratur? Über Literatur, das Leben und andere Täuschungen" folgendermaßen erklärt: „Literatur ist vielleicht die Kunst, die Dinge

so lange zu verdrehen, bis aus der Drehung eine neue Gesamtsicht entsteht. Dazu ist die Fähigkeit nötig, den Anblick aller Seiten zu ertragen." (Schreiner 2008: 17) Um dieses Ertragen geht es auch im vorliegenden Buch, wenn „keine Ruhe, kein Platz, keine Zeit, kein Sex, keine Lebensfreude" (156) akribisch beobachtet und detailliert geschildert, dabei immer wieder schnell und präzise Blicke auf die großen Zusammenhänge geworfen werden, weltweit (beispielsweise in Japan oder Süditalien, wo sie fast an der Müllentsorgung scheitert). Dass Margit Schreiner, ausgehend vom Platz Schaffen – wobei „Möbel und Kleider, wenn man ausmistet, plötzlich immer mehr" (8) werden – dabei vom Hundertsten ins Tausendste kommt, liegt einerseits in der Natur der Sache, andererseits ist das die besondere Qualität (die schon mit Qual zu tun haben kann) dieses Buches. Nahezu atemlos lässt sie uns der Generation 60+ (aber auch Jüngeren) durch die Anforderungen und Herausforderungen der verschiedenen Lebenswege folgen, wobei sie feststellt, „dass der Mensch es nicht mehr aushält, so zu leben, wie er eben lebt" (117). Geplagt von diversen gesundheitlichen Problemen – wie etwa dem Bandscheibenvorfall beim Geschirrspüler Einräumen (18) oder von der Gartenarbeit – und drohenden Einsparungen im Sozialbereich und somit der (später vermutlich nötigen) Pflege versuchen sie gehetzt den Angeboten des (Abenteuer)Tourismus, der Wellness- und Pharmaindustrie etc. (alles nahezu lexikalisch aufgelistet) zu folgen oder Widerstand zu leisten, ihren Platz zu finden – oder eben keinen Platz dafür zu haben.

Im dem Buch vorangestellten Motto nach David Shields ist schon zu erkennen, worum es geht: das Leben „fliegt uns in grellen Splittern um die Ohren" (5). Die Aufgabe der Schriftsteller*innen dabei schildert Margit Schreiner im oben erwähnten Sammelband unter dem Titel „Frauen verstehen keinen Spaß" (2002): „Aber der Autor [sic!] wird es nicht nur nachvollziehen, sondern, wenn es ihn angeht, durch sein Innerstes ziehen müssen, er muss es waschen und walken und färben. Er muss es für sich verändern, also verarbeiten. Was ihn selbst verändern wird. Einer der wenigen Vorteile des Berufes übrigens." (Schreiner 2008: 24-25) Beim aktuellen Buch geschieht ähnliches mit den Leserinnen und Lesern: Es wird sie verändern. Das Sich-wiederfinden, das (Wieder)Erkennen der eigenen Entscheidungs(un)möglichkeiten und Verquicktheiten mit den Erfordernissen des sogenannten selbstbestimmten, modernen Lebens lässt eine*n nicht unberührt. Ein „so amüsanter wie treffender Roman" – das kündigt der Klappentext an, doch das Amüsement wird oft und plötzlich von der Betroffenheit überrollt. Zwischendurch gibt es nützliche Tipps, wie etwa hinsichtlich eines eventuellen Vor- oder Nachlasses *nicht* alle handschriftlichen Unterlagen wegzuwerfen, denn gerade die sind wertvoll (und werden gegebenenfalls entsprechend bezahlt).

Ausführliche Schilderungen von durchtrainierten und tiefgebräunten Pensionisten und (nur) tiefgebräunten Pensionistinnen in Hallenbädern, „gewohnt überspitzt und mit reichlich schwarzem Humor" (laut Klappentext) gewürzt, sind zwar sehr unterhaltsam, führen aber über die leidigen Bemühungen um die Gesundheit und eine Suada verschiedenster Wehwehchens unweigerlich zur Beschäftigung mit dem Tod beziehungsweise dem Sterben in diversen Kulturen, dem Siechen, dem Selbstmord. Doch „wenn ich schon das ganze Leben ertragen habe, wieso nicht das Sterben?" (172) fragt sich – und uns – Margit Schreiner. Sie glaubt übrigens nicht, dass „jeder den Tod sterbe, den er verdiene", weil: „Wodurch denn?" (173) In Anbetracht des überschaubarer werdenden Rests des Lebens fragt sie (ebenfalls seitenweise kompiliert) nach Wünschen und Träumen: „Werde ich aufbrechen und in die Welt hineingehen?" (174) „Werde ich mit Karawanen durch die Wüste gehen und abends auf Sanddünen liegen und in den größeren Himmel schauen?" (174) oder „In Samarkand die Farbe Blau studieren und Usbekistan mit dem Taxi durchqueren?" (175) Nach der Aufzählung von mehr oder weniger schönen Todesarten kommt sie zu dem Schluss: „Wir alle, die wir uns in Kämmerchen, Verschläge, Bibliotheken zurückziehen, üben das Sterben." (175). Denn „[w]ahrscheinlich ist der Sinn des Todes, endlich Platz zu machen" (15). Bis dahin geht das Leben aller mehr oder weniger erfundenen Protagonist*innen wie gewohnt vielfältig weiter…

Sabine Prokop

ACTIVITY

Bildarchiv der WIDI, 1950er- bis 1970er-Jahre

Zugang von Frauen zu (Aus-)Bildung und Beruf war ein zentrales Thema der Ersten Frauenbewegung (beginnend ab 1848), ebenso die Rechte von Arbeiterinnen. Bereits beim Ersten Internationalen Frauentag im Jahr 1911 wurde die Forderung **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"** erhoben.

Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Grafik: de PROGRESS-Projekt „Faire Einkommen – Fair Pension", Grafik: Bettina Heinzel

Sujet des Netzwerks österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen (2016).

Daniel Jarosch, 2016

Demonstration zum **Internationalen Frauentag 2016**, Innsbruck

ÖGB Frauen Österreich

Postkartenaktion von Frauen im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) zum „Equal Pay Day".

ZUM **EQUAL PAY DAY** FINDEN JÄHRLICH WELTWEITE AKTIONEN STATT. WÜRDEN FRAUEN UND MÄNNER GLEICH VIEL VERDIENEN, WÄRE DER „TAG DER GLEICHEN BEZAHLUNG" AM 31. DEZEMBER. AUFGRUND DES TATSÄCHLICHEN AUSMASSES DER LOHNUNGLEICHHEIT IN EINEM BESTIMMTEN LAND LASSEN SICH JEDES JAHR ZWEI EQUAL PAY DAYS BERECHNEN:

- EINERSEITS DER TAG, BIS ZU DEM FRAUEN LÄNGER ARBEITEN MÜSSEN, UM DAS EINKOMMEN ZU ERZIELEN, DAS MÄNNER BEREITS AM 31. DEZEMBER DES VORJAHRES ERREICHT HATTEN (2015 IN ÖSTERREICH: 10. MÄRZ DES FOLGEJAHRES).
- ANDERERSEITS DER TAG, AN DEM MÄNNER DAS EINKOMMEN ERREICHT HABEN, FÜR DAS FRAUEN EIN GANZES JAHR LANG ARBEITEN MÜSSEN (2015 IN ÖSTERREICH: 11. OKTOBER).

Gabi, Birgi Nutrige, www.gabriel.at

We need feminism, weil ...
Intervention im öffentlichen Raum mit Post It's zum Internationalen Frauentag. ArchFem, Innsbruck 2013.
www.archfem.net

Judith K. Moser, 2013

Die Intervention **We need feminism, weil ...** zeigte in zehn Sujets gesellschaftspolitisch relevante Themen auf und verdeutlichte so die Bedeutung von feministischen Haltungen in Theorie und Praxis.

Das Ziel war feministische Statements im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Die Botschaften begegneten BewohnerInnen und BesucherInnen der Stadt, konfrontierten sie und luden zum Reflektieren und Mitmachen ein.

Gleicher Lohn

„Die meiste unbezahlte Arbeit auf der Welt leistet die Frau. Sie wird nicht nach dem Wert der getanen Arbeit, sondern nach ihrem Geschlecht bezahlt."

Elizabeth Cady Stanton, Susan B. Anthony, Matilda Joslyn Gage
Pionierinnen der US-amerikanischen Frauenbewegung,1881

feminism loaded

Hier die Rückseite des Roll Ups „Mind the Gap – Gleicher Lohn"

Die andere Seite des Roll Ups orientiert sich am Medium Bild und beschäftigt sich unter dem Motto „Activity" mit dem Aktivismus in frauenbewegten Kontexten, passend zum jeweiligen Thema.

Projektteam feminism loaded:
Lisa Gensluckner, Katerina Haller, Monika Jarosch, Gabi Plattner, Angelika Schafferer.

Gefördert durch das Land Tirol im Rahmen von TKI open 16, von der Stadt Innsbruck im Rahmen von stadt_potenziale, dem Bundeskanzleramt Kunst und Kultur sowie der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung – ÖGPB.

P.b.b.
Verlagspostamt 6020 Innsbruck

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft
Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck
office@aep.at, bibliothek@aep.at
informationen@aep.at
familienberatung@aep.at
Tel. 0512/583698, Fax 0512/583698
www.aep.at

aep informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Unterstützen Sie den aep und werden Sie Mitglied in einem der ältesten Frauenvereine Österreichs.

Für 28 Euro pro Jahr sind Sie ordentliches Mitglied des aep und können unser umfassendes Angebot nutzen: Seit 1974 betreibt der aep eine **Frauen- und Familienberatung** und gibt die **Zeitschrift aep informationen,** feministische zeitschrift für politik und gesellschaft heraus, die Sie mit einer Mitgliedschaft gratis beziehen (4x im Jahr).
Sie erhalten in Abständen einen **Newsletter,** der Sie über feministische Neuigkeiten und Veranstaltungen informiert, und Sie können das **Angebot feministischer Bildungsveranstaltungen** im aep nutzen.
Überdies betreiben wir seit 1979 eine **Bibliothek,** in der Sie als Mitglied kostenlos Bücher aus dem umfassenden Bestand an Belletristik, Frauen und Politik, Feministische Wissenschaft, Beruf und Familie, Biographien etc. ausleihen können.
Die aep **informationen** – feministische zeitschrift für politik und gesellschaft gibt es in folgenden Buchhandlungen:
Buchhandlung Alex, Hauptplatz 21, A-4020 Linz · Fachbuchhandlung ÖGB, Rathausstraße 21, A-1010 Wien,
Buchhandlung ChickLit-Verein zur Förderung feministischer Projekte, Kleeblattgasse 7, 1010 Wien,
Liber Wiederin, Erlerstraße 6, A-6020 Innsbruck · Tyrolia Buchhandlung, Maria-Theresienstr. 15, A-6020 Innsbruck

AEP FAMILIENBERATUNG INNSBRUCK

WIR BERATEN SIE: in allen sozialen und rechtlichen Fragen des Mutterschutzes, in Fragen zu Familienplanung, Empfängnisverhütung und Kinderwunsch, bei Schwangerschaftskonflikten und ungewollten Schwangerschaften, bei Partnerschaftskonflikten und Sexualproblemen.
PSYCHOLOGISCHE BERATUNG UND PAARBERATUNG: Drei Psychologinnen helfen Ihnen, Ehekrisen und Partnerschaftskonflikte anzugehen und zu bearbeiten; ebenso allgemeine Lebenskrisen, Neuorientierung nach einem einschneidenden Erlebnis oder Ablösungsprozesse kreativ zu bewältigen.
RECHTSBERATUNG: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, unverbindlich und kostenlos mit einer Juristin über Ihre rechtlichen Angelegenheiten wie Scheidung, Unterhaltsfragen, Rechte der Frau in der Ehe, Sorgerecht für die Kinder, Besuchsregelung usw. zu sprechen.
DAS BERATUNGSTEAM: • eine Sozialarbeiterin • drei Psychologinnen • eine Juristin • eine Gynäkologin
BERATUNGSZEITEN: Mo 17.00–20.00 Uhr, Di 17.00–19.00 Uhr, Do und Fr 9.00–12.00 Uhr Telefon: 0512/57 37 98 – Fax: 0512/57 37 98

ÖFFENTLICHE FRAUENBIBLIOTHEK AEP

Feministische Literatur, Bücher zu Partnerschaft, Berufswelt, Erziehung, Geschlechterverhältnisse, Belletristik, etc.
ÖFFNUNGSZEITEN: Mo 16.30–19.30 Uhr, Do 16.30–19.30 Uhr und Fr 10.00–13.00 Uhr, Telefon: 0512/58 36 98 – Fax: 0512/58 36 98

An: AEP, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck

❏ Ich möchte mitarbeiten und ersuche um nähere Auskünfte

❏ Ich bestelle die AEP-Informationen
(jährlich € 24,00 / Ausland € 28,00)

Ich möchte dem AEP beitreten:

❏ als ordentliches Mitglied (€ 28,00 / Jahr)

❏ als unterstützendes Mitglied (Beitragshöhe freigestellt)
Konto: Tiroler Sparkasse 0200-101061 BLZ 20503
IBAN: AT 592050300200101061, BIC: SPIHAT22HF

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Telefon: . . . . . .
Datum:. . . . . Unterschrift: . . . . . .